



Bundesministerium  
der Finanzen

F a c h b l i c k

Das Ministerium

# Monatsbericht des BMF August 2004





# Monatsbericht des BMF August 2004



# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>	<b>7</b>
<b>Übersichten und Termine</b>	<b>9</b>
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2004	26
EU-Haushaltspolitik: Der Gemeinschaftshaushalt 2005 – Erste Lesung im ECOFIN-Rat am 16. Juli 2004	28
Termine	32
<b>Analysen und Berichte</b>	<b>35</b>
Die Entwicklung des Bundeshaushaltes im ersten Halbjahr 2004	37
Der Finanzplan 2004 bis 2008: Wachstum und Reformen sichern – haushaltspolitisch Kurs halten	47
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2004	55
Arbeitsplatzeffekte der Globalisierung	59
Eigenkapitalquoten deutscher Unternehmen	67
Urteil des EuGH zu den Beschlüssen des ECOFIN-Rates vom 25. November 2003	75
Bilanzkontrollgesetz: Ein innovativer Ansatz zur Selbstregulierung der Wirtschaft	77
<b>Statistiken und Dokumentationen</b>	<b>81</b>
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	84
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	104
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	108

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts  
sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen, dass sich die Konjunkturerholung im zweiten Quartal dieses Jahres fortgesetzt hat. Saison- und preisbereinigt nahm das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorquartal um 0,5 % zu. Damit lag die Wirtschaftsleistung um 2,0 % über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Die Voraussetzungen sind gut, dass sich die wirtschaftliche Erholung auch im weiteren Jahresverlauf fortsetzt: Die Zinsen sind niedrig und die Lohnstückkosten stabilitätsorientiert. Die Absatz- und Gewinnperspektiven der Unternehmen haben sich verbessert. Und: Wichtige Maßnahmen der Agenda 2010 sind bereits umgesetzt oder von der Bundesregierung auf den Weg gebracht worden.

So sind schon zum 1. Januar 2004 die Steuern für alle Bürgerinnen und Bürger nochmals um insgesamt 15 Mrd. € gesenkt worden. Auch die zu Beginn dieses Jahres in Kraft getretene Gesundheitsreform zeigt bereits erste Wirkungen. Inzwischen profitieren über 25 Millionen Versicherte von Beitragssatzsenkungen. Erstmals seit zehn Jahren schreibt die gesetzliche Krankenversicherung wieder schwarze Zahlen. In der Rentenversicherung konnte der Beitragssatz in einem immer noch schwierigen konjunkturellen Umfeld stabilisiert werden.

Die wieder anziehende Konjunktur spiegelt sich in den Steuereinnahmen noch nicht voll wider. Arbeitsmarktausgaben und Steuereinnahmen laufen der Konjunktur naturgemäß nach. Die seit Monaten erfreuliche Entwicklung bei der Körperschaftsteuer belegt aber, dass die Kapitalgesellschaften wieder bessere Gewinne erwirtschaften als in den vergangenen Jahren. Eine deutliche Aufwärtsbewegung bei den Steuereinnahmen wird es jedoch



erst dann geben, wenn der Aufschwung auf die private Konsumnachfrage und den Arbeitsmarkt übersprungen ist und als Folge davon das Aufkommen von Lohnsteuer und Umsatzsteuer steigt.

Mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2005 und dem Finanzplan bis 2008 werden die notwendigen Strukturreformen der Agenda 2010 weitergeführt. Unser Ziel ist und bleibt es, das System der sozialen Sicherung in Deutschland zukunftstauglich zu machen. Wir flankieren die langfristig angelegten Strukturreformen durch weitere Konsolidierungsschritte, insbesondere durch den Abbau von Subventionen. Gleichzeitig werden 2005 die Steuern ein weiteres Mal, und zwar um 6,5 Mrd. € gesenkt. Der Eingangssteuersatz sinkt im nächsten Jahr auf 15 %, der Spitzensteuersatz auf 42 %. Das sind historisch niedrige Steuersätze, von denen alle Einkommensteuerzahler profitieren.

Ein deutlicher Schwerpunkt der Agenda 2010 ist auch die Stärkung der Innovationskraft unseres Landes und seines Bildungssystems. Entsprechend wollen wir die Mittel, die durch die Abschaffung der Eigenheimzulage frei werden, für die Innovationsoffensive der Bundesregierung einsetzen. Der Haushalt 2005 und der Finanzplan bis 2008 spiegeln diese Prioritätensetzung deutlich wider: So werden die Etats der großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen um jährlich 3 % erhöht. Die Projektförderung im Bereich Forschung und Entwicklung wird auf hohem Niveau fortgesetzt. Besondere Schwerpunkte sind u. a. die Förderung

der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung, der Biotechnologie, der Mikrosystemtechnik und der Nanotechnologie. Darüber hinaus wird der Bund im nächsten Jahr 1 Mrd. € zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen zur Verfügung stellen.

Am 5. August 2004 hat die OECD ihren diesjährigen Deutschlandbericht vorgestellt. Sie würdigt darin sowohl die Reformen der Agenda 2010 als auch die von der Bundesregierung eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen. Nach Auffassung der OECD – und diese Auffassung teilt die Bundesregierung ausdrücklich – muss die nachhaltige Konsolidierung der Staatsfinanzen weiterhin finanzpolitische Priorität haben. Gleichzeitig gilt es aber auch, die Qualität des Budgets weiter zu verbessern. Es führt deshalb auch kein Weg

daran vorbei, Subventionen wie die Eigenheimzulage abzubauen. Nur so gewinnen wir die finanziellen Spielräume zur notwendigen Stärkung von Zukunftsausgaben und zur nachhaltigen Konsolidierung des Bundeshaushalts. Langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sowie die Förderung zukunftsrelevanter Bereiche sind und bleiben zentrale Leitlinien unserer Finanzpolitik, sie sind ein wesentlicher Beitrag zur Generationengerechtigkeit.



Volker Halsch  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen





## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2004	26
EU-Haushaltspolitik: Der Gemeinschaftshaushalt 2005 – Erste Lesung im ECOFIN-Rat am 16. Juli 2004	28
Termine	32



## Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes liegen bis einschließlich Juli 2004 mit 160,3 Mrd. € auf dem Niveau des Vorjahres. Die weiterhin hohen Belastungen des Bundeshaushalts, z. B. durch die Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt, konnten damit im

Ergebnis durch Minderausgaben in anderen Bereichen ausgeglichen werden.

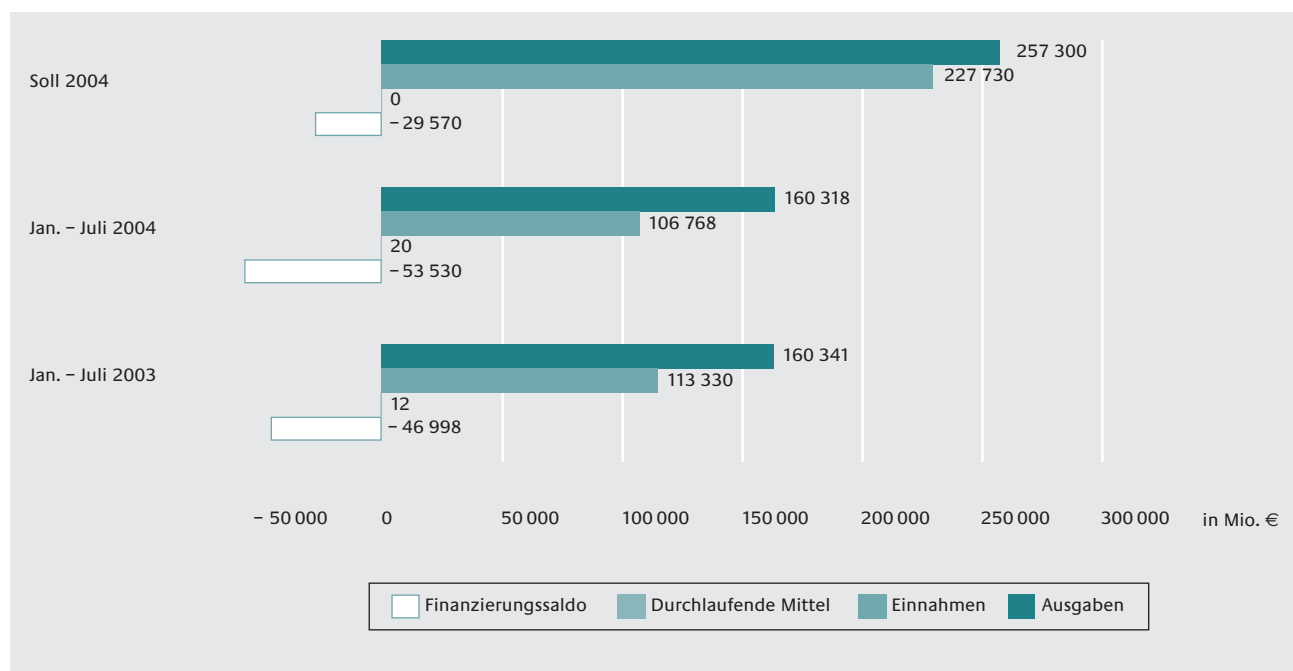
Die Einnahmen des Bundes belaufen sich bis einschließlich Juli 2004 auf 106,8 Mrd. €. Sie unterschreiten die Einnahmen des Vorjahreszeitraums um 6,6 Mrd. € oder – 5,8 %. Hierfür ist wie

## Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2004	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis Juli 2004
Ausgaben (Mrd. €)	257,3	160,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,2	0,0
Einnahmen (Mrd. €)	227,7	106,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,7	– 5,8
Steuereinnahmen (Mrd. €)	197,7	97,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,0	– 2,0
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	– 29,6	– 53,5
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	–	– 16,6
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	– 0,3	– 0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	– 29,3	– 36,7

<sup>1</sup> Buchungsergebnisse.

## Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



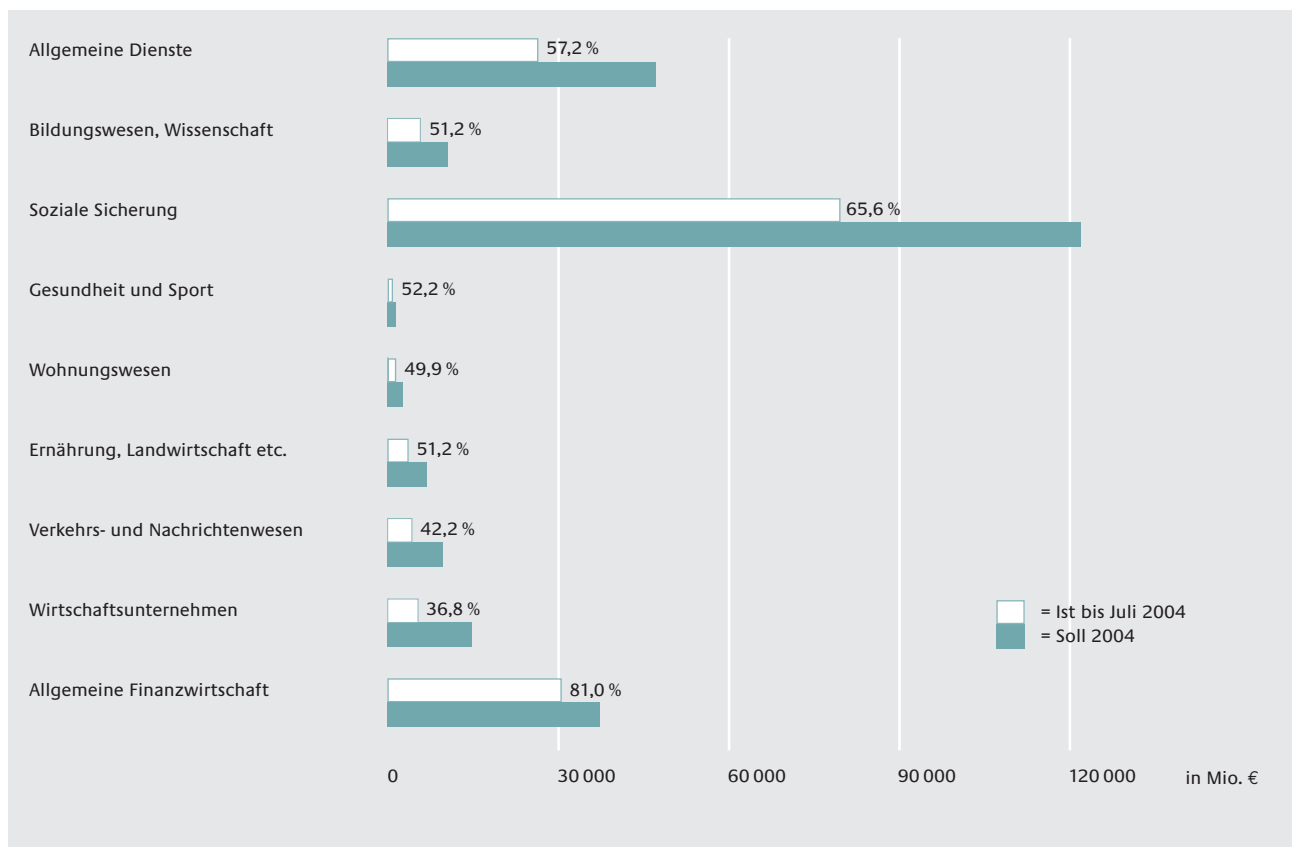
im bisherigen Jahresverlauf der starke Rückgang bei den Verwaltungseinnahmen (– 31,9 %) verantwortlich, der im Wesentlichen durch den niedrigen Bundesbankgewinn verursacht ist. Die Steuereinnahmen liegen mit 97,0 Mrd. € um 2,0 Mrd. € unter dem Vorjahresergebnis.

Aus der bisherigen Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 53,5 Mrd. €. Daraus können keine belastbaren Rückschlüsse auf die endgültige Höhe des Finanzierungssaldos 2004 gezogen werden.

## Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll 2004	Ist 2004 Januar bis Juli		Ist 2003 Januar bis Juli		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	48 433	27 693	17,3	27 677	17,3	0,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 721	2 370	1,5	1 988	1,2	19,2
Verteidigung	28 121	16 360	10,2	16 533	10,3	– 1,0
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 289	4 596	2,9	4 831	3,0	– 4,9
Finanzverwaltung	3 308	1 761	1,1	1 699	1,1	3,6
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 887	6 083	3,8	6 334	4,0	– 4,0
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	456	0,3	561	0,3	– 18,7
BAföG	951	679	0,4	638	0,4	6,4
Forschung und Entwicklung	6 790	3 622	2,3	3 865	2,4	– 6,3
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	122 583	80 417	50,2	78 717	49,1	2,2
Sozialversicherung	75 003	48 949	30,5	48 691	30,4	0,5
Arbeitslosenversicherung	5 210	7 490	4,7	7 885	4,9	– 5,0
Arbeitslosenhilfe	6 688	10 834	6,8	9 430	5,9	14,9
Wohngeld	1 859	1 876	1,2	1 745	1,1	7,5
Erziehungsgeld	2 985	1 827	1,1	1 863	1,2	– 1,9
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 367	2 175	1,4	2 354	1,5	– 7,6
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	917	479	0,3	536	0,3	– 10,6
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 025	1 011	0,6	995	0,6	1,6
Wohnungswesen	1 453	805	0,5	820	0,5	– 1,8
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	7 471	3 825	2,4	5 625	3,5	– 32,0
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 162	630	0,4	2 343	1,5	– 73,1
Kohlenbergbau	2 102	1 814	1,1	1 900	1,2	– 4,5
Gewährleistungen	2 000	565	0,4	600	0,4	– 5,8
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 836	4 569	2,8	4 733	3,0	– 3,5
Straßen (ohne GVFG)	5 875	2 509	1,6	2 555	1,6	– 1,8
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 437	5 684	3,5	6 905	4,3	– 17,7
Postbeamtenversorgungskasse	4 915	1 254	0,8	2 082	1,3	– 39,8
Bundeseisenbahnvermögen	5 700	2 906	1,8	2 798	1,7	3,9
Deutsche Bahn AG	3 245	1 115	0,7	1 587	1,0	– 29,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	37 711	30 557	19,1	28 818	18,0	6,0
Fonds „Deutsche Einheit“	2 255	1 315	0,8	1 323	0,8	– 0,6
Zinsausgaben	37 655	28 832	18,0	27 186	17,0	6,1
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>257 300</b>	<b>160 318</b>	<b>100,0</b>	<b>160 341</b>	<b>100,0</b>	<b>0,0</b>

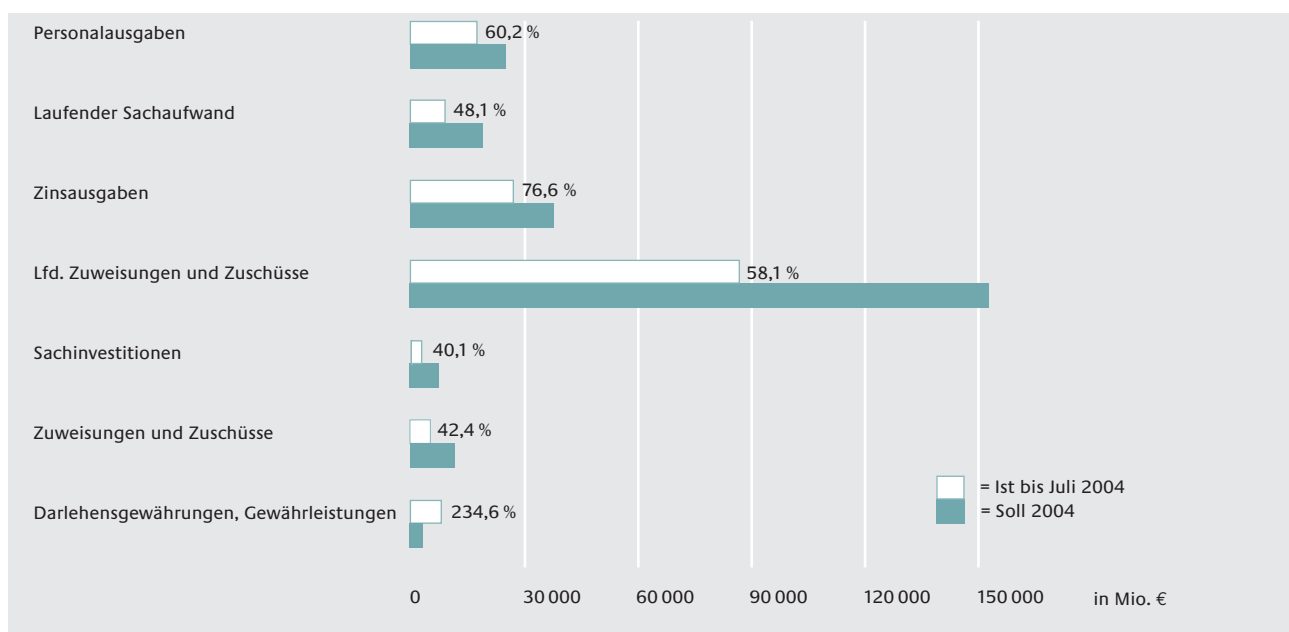
## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Juli 2004



## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2004		Ist 2004 Januar bis Juli Anteil in %		Ist 2003 Januar bis Juli Anteil in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €		Mio. €		
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>235 680</b>	<b>142 706</b>	<b>89,0</b>	<b>140 801</b>	<b>87,8</b>	<b>1,4</b>
Personalausgaben	27 325	16 455	10,3	16 104	10,0	2,2
Aktivbezüge	20 615	12 499	7,8	12 061	7,5	3,6
Versorgung	6 711	3 957	2,5	4 043	2,5	- 2,1
Laufender Sachaufwand	17 536	8 434	5,3	9 142	5,7	- 7,7
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 547	698	0,4	761	0,5	- 8,3
Militärische Beschaffungen	8 025	4 051	2,5	4 340	2,7	- 6,7
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 964	3 685	2,3	4 041	2,5	- 8,8
Zinsausgaben	37 655	28 832	18,0	27 186	17,0	6,1
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	152 786	88 756	55,4	88 129	55,0	0,7
an Verwaltungen	13 807	8 439	5,3	8 639	5,4	- 2,3
an andere Bereiche	138 979	80 305	50,1	79 454	49,6	1,1
darunter						
Unternehmen	18 707	7 774	4,8	8 604	5,4	- 9,6
Renten, Unterstützungen u. a.	24 065	14 984	9,3	13 892	8,7	7,9
Sozialversicherungen	92 507	55 406	34,6	54 740	34,1	1,2
Sonstige Vermögensübertragungen	377	229	0,1	239	0,1	- 4,2
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>24 639</b>	<b>17 612</b>	<b>11,0</b>	<b>19 540</b>	<b>12,2</b>	<b>- 9,9</b>
Finanzierungshilfen	17 510	14 754	9,2	16 630	10,4	- 11,3
Zuweisungen und Zuschüsse	13 259	5 617	3,5	7 073	4,4	- 20,6
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 685	8 646	5,4	9 111	5,7	- 5,1
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	565	490	0,3	447	0,3	9,6
Sachinvestitionen	7 129	2 858	1,8	2 909	1,8	- 1,8
Baumaßnahmen	5 517	2 271	1,4	2 411	1,5	- 5,8
Erwerb von beweglichen Sachen	1 036	380	0,2	293	0,2	29,7
Grunderwerb	576	207	0,1	205	0,1	1,0
<b>Globalansätze</b>	<b>- 3 019</b>	<b>0</b>		<b>0</b>		
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>257 300</b>	<b>160 318</b>	<b>100,0</b>	<b>160 341</b>	<b>100,0</b>	<b>0,0</b>

## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Juli 2004



## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2004	Ist 2004		Ist 2003		Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Januar bis Juli Anteil in %	Mio. €	Januar bis Juli Anteil in %	
<b>I. Steuern</b>	<b>197 677</b>	<b>97 022</b>	<b>90,9</b>	<b>99 017</b>	<b>87,4</b>	<b>- 2,0</b>
Bundesanteile an:	149 314	76 432	71,6	74 805	66,0	2,2
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	71 759	35 793	33,5	35 803	31,6	0,0
davon:						
Lohnsteuer	52 587	28 233	26,4	30 163	26,6	- 6,4
veranlagte Einkommensteuer	3 171	- 1 773	- 1,7	- 1 906	- 1,7	- 7,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5 140	4 090	3,8	3 659	3,2	11,8
Zinsabschlag	3 445	2 087	2,0	2 412	2,1	- 13,5
Körperschaftsteuer	7 416	3 155	3,0	1 474	1,3	114,0
Steuern vom Umsatz	76 199	40 117	37,6	38 127	33,6	5,2
Gewerbesteuerumlage	1 356	523	0,5	876	0,8	- 40,3
Mineralölsteuer	43 100	18 406	17,2	19 183	16,9	- 4,1
Tabaksteuer	15 853	6 990	6,5	7 386	6,5	- 5,4
Solidaritätszuschlag	10 550	5 668	5,3	5 694	5,0	- 0,5
Versicherungsteuer	8 700	5 882	5,5	6 012	5,3	- 2,2
Stromsteuer	6 700	3 918	3,7	3 635	3,2	7,8
Branntweinsteuer	2 220	1 121	1,0	1 056	0,9	6,2
Kaffeesteuer	1 020	583	0,5	552	0,5	5,6
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15 196	- 7 503	- 7,0	- 7 720	- 6,8	- 2,8
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 700	- 8 668	- 8,1	- 7 826	- 6,9	10,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 400	- 2 081	- 1,9	-	-	-
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 949	- 3 972	- 3,7	- 3 994	- 3,5	- 0,6
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>30 053</b>	<b>9 746</b>	<b>9,1</b>	<b>14 313</b>	<b>12,6</b>	<b>- 31,9</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 193	694	0,7	3 868	3,4	- 82,1
Zinseinnahmen	1 028	679	0,6	774	0,7	- 12,3
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	11 279	3 203	3,0	2 857	2,5	12,1
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>227 730</b>	<b>106 768</b>	<b>100,0</b>	<b>113 330</b>	<b>100,0</b>	<b>- 5,8</b>

## Steuereinnahmen im Juli 2004

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) sind im Juli 2004 um – 9,3 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Während die gemeinschaftlichen Steuern mit – 6,9 % und vor allem die Bundessteuern mit – 19,2 % stark rückläufig waren, verzeichneten die Ländersteuern einen Anstieg um + 1,0 %.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis Juli 2004 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum beträgt – 0,5 %.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) gingen im Juli um – 15,6 % zurück. In der kumulierten Betrachtung liegen die Steuereinnahmen des Bundes mit – 2,0 % unter dem Vorjahresergebnis.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer sind im Juli mit – 9,2 % deutlich stärker zurückgegangen als in den vergangenen Monaten. Neben der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Senkung des Ein-

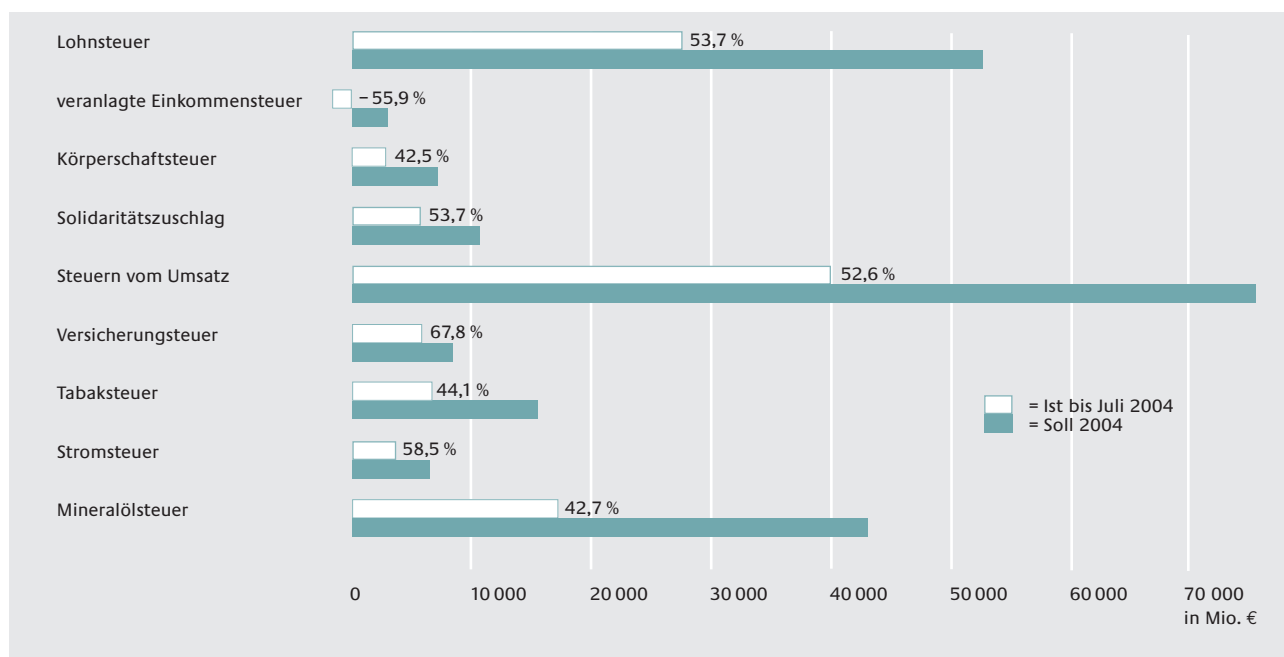
kommensteuertarifs macht sich die Entwicklung am Arbeitsmarkt negativ bemerkbar.

Um rund 200 Mio. € besser als im Vorjahresmonat fielen die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer aus. Dieser Zuwachs resultiert aus niedrigeren Abzugsbeträgen: Investitionszulagen (– 46,0 %), Erstattungen an Arbeitnehmer (– 8,8 %) und Eigenheimzulage (– 16,4 %) gingen zurück. Die Einnahmen aus dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit beliefen sich im Juli auf 49,1 Mio. € und erreichten damit wiederum das Niveau der Monate April bis Juni.

Weiterhin erfreulich verläuft die Entwicklung bei der Körperschaftsteuer. Auch in diesem Monat lag das Ergebnis wieder deutlich über dem Vorjahresresultat (+ 365 Mio. €).

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag ist gegenwärtig kein klarer Trend erkennbar. In den Bundesländern kam es im Juli teilweise zu kräftigen Zuwächsen, teilweise aber auch zu deutlichen Rückgängen. Per saldo blieben die Einnahmen um – 11,6 % unter dem Wert des Juli 2003.

## Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Juli 2004





Die Einnahmen aus dem Zinsabschlag gingen im Vorjahresvergleich um – 16,3 % und damit etwas weniger stark zurück als im Vormonat. Nach wie vor dämpft die rückläufige Durchschnittsverzinsung das Aufkommen des Zinsabschlages.

Der Konjunkturaufschwung hat bisher die private Nachfrage noch nicht erfasst. Parallel zu im Vorjahresvergleich rückläufigen Einzelhandelsumsätzen gingen die Steuern vom Umsatz erneut deutlich um – 5,6 % zurück.

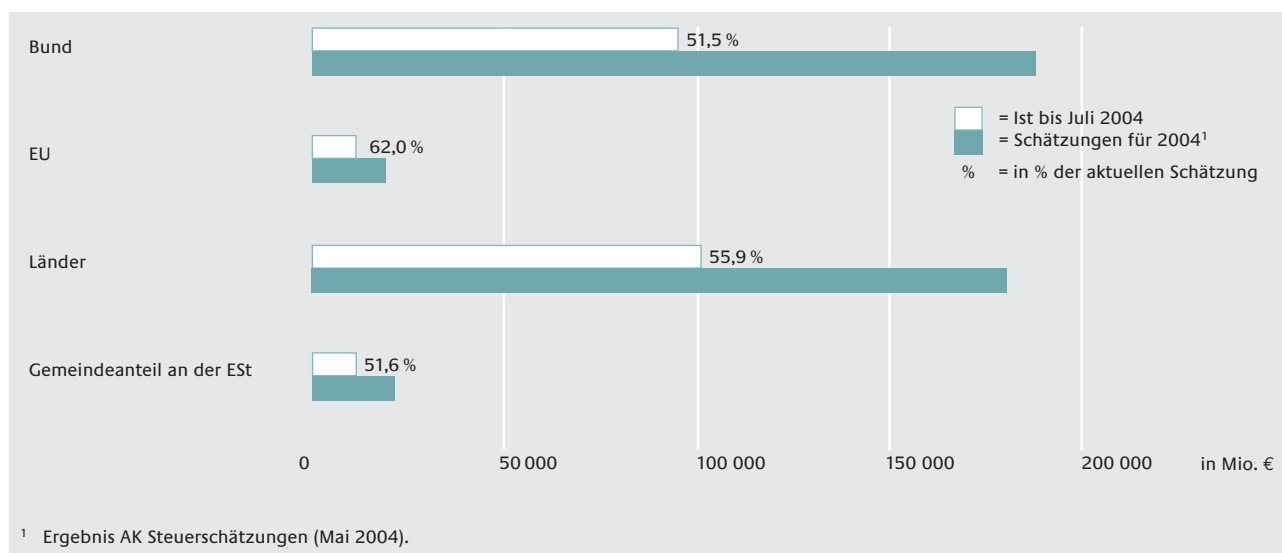
Das Aufkommen der reinen Bundessteuern fiel im Juli um – 19,2 %. Dieser Rückgang ist zum Teil die Gegenbewegung zu dem kassentechnisch bedingten Anstieg im Vormonat. Seit Jahresbeginn werden die reinen Bundessteuern periodengerecht verbucht. Aufgrund der nicht angepassten Vorjahreswerte sind damit die in diesem Jahr ausgewiesenen Veränderungsdaten teilweise erheblich verzerrt. Dies gilt insbesondere für die Tabaksteuer, deren Aufkommen im Juli um – 38,5 % zurückging. Aber auch wenn man das Aufkommen mit dem bereinigten Vorjahreswert vergleicht, ergibt sich ein deutlicher Rückgang um – 8,8 %, der seine Ursache in einem geringeren Verbrauch versteuerter Tabakprodukte hat.

Die Mineralölsteuer ist um – 10,3 % hinter dem Vorjahresergebnis zurückgeblieben. Hier gibt es nur minimale kassentechnische Verzerrungen, so dass der Rückgang nahezu vollständig auf einen Rückgang des Kraftstoffverbrauchs zurückzuführen ist. Offenbar hinterlässt die jüngste Ölpreissteigerung hier ihre Spuren.

Die Einnahmen aus Stromsteuer gingen um – 34,0 % zurück (bereinigt: + 0,1 %). Einbußen gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat gab es auch bei der Branntweinsteuer (– 13,1 %), dem Solidaritätszuschlag (– 8,4 %) und den sonstigen Bundessteuern (– 22,1 %). Lediglich die Versicherungssteuer weist ein leichtes Plus von 0,3 % auf.

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern nahm leicht um + 1,0 % zu. Erneut wuchs das Aufkommen der Erbschaftsteuer mit + 17,2 % stark an. Auch die Kraftfahrzeugsteuer konnte einen leichten Zuwachs verzeichnen (+ 0,5 %). Alle anderen Ländersteuern erreichten gegenüber dem Vorjahresmonat ein geringeres Aufkommen: Die Grunderwerbsteuer ging um – 4,6 % zurück, die Biersteuer um – 3,9 % und die Rennwett- und Lotteriesteuer erbrachte – 1,6 % weniger als im Juli 2003.

## Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Juli 2004



## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2004	Juli	Veränderung gegenüber Vorjahr	Januar bis Juli	Veränderung gegenüber Vorjahr	Schätzungen für 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € <sup>4</sup>	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	10 844	- 9,2	69 923	- 5,8	125 400	- 5,8
veranlagte Einkommensteuer	- 1 430	.	- 4 184	.	5 800	27,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	941	- 11,6	8 174	11,7	9 900	10,0
Zinsabschlag	421	- 16,3	4 741	- 13,5	6 825	- 10,6
Körperschaftsteuer	- 350	.	6 308	.	12 450	50,4
Steuern vom Umsatz	10 749	- 5,6	78 665	0,3	138 900	1,4
Gewerbesteuerumlage	508	- 38,9	1 415	- 36,6	2 944	- 41,2
erhöhte Gewerbesteuerumlage	436	12,4	985	- 0,1	2 061	- 1,0
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>22 119</b>	<b>- 6,9</b>	<b>166 028</b>	<b>- 0,6</b>	<b>304 280</b>	<b>- 0,8</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Mineralölsteuer	3 195	- 10,3	18 406	- 4,0	42 300	- 2,1
Tabaksteuer	1 130	- 38,5	6 990	- 5,4	14 500	2,9
Branntweinsteuer	180	- 13,1	1 121	6,1	2 170	- 1,6
Versicherungsteuer	420	0,3	5 882	- 2,2	8 800	- 0,8
Stromsteuer	584	- 34,0	3 918	7,8	6 550	0,3
Solidaritätszuschlag	649	- 8,4	5 668	- 0,5	10 140	- 1,4
sonstige Bundessteuern	106	- 22,1	828	5,5	1 501	4,1
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>6 265</b>	<b>- 19,2</b>	<b>42 814</b>	<b>- 2,1</b>	<b>85 960</b>	<b>- 0,8</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Erbschaftsteuer	292	17,2	2 735	44,1	4 298	27,4
Grunderwerbsteuer	371	- 4,6	2 768	- 3,7	4 800	0,0
Kraftfahrzeugsteuer	692	0,5	4 858	4,1	7 800	6,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	146	- 1,6	1 102	0,3	1 870	0,5
Biersteuer	76	- 3,9	455	0,7	800	1,8
sonstige Ländersteuern	25	- 23,1	303	- 24,4	475	- 14,8
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 602</b>	<b>1,0</b>	<b>12 220</b>	<b>7,3</b>	<b>20 043</b>	<b>7,1</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	261	4,3	1 706	6,4	2 850	- 0,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	267	- 45,5	2 081	- 39,4	3 450	- 33,8
BSP-Eigenmittel	1 248	11,7	8 668	10,8	13 800	7,5
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 776</b>	<b>- 4,4</b>	<b>12 455</b>	<b>- 3,2</b>	<b>20 100</b>	<b>- 3,9</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>13 060</b>	<b>- 15,6</b>	<b>97 287</b>	<b>- 2,0</b>	<b>188 883</b>	<b>- 1,6</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>13 724</b>	<b>- 3,2</b>	<b>100 963</b>	<b>2,0</b>	<b>180 766</b>	<b>1,8</b>
<b>EU</b>	<b>1 776</b>	<b>- 4,4</b>	<b>12 455</b>	<b>- 3,2</b>	<b>20 100</b>	<b>- 3,9</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>1 686</b>	<b>- 8,5</b>	<b>12 063</b>	<b>- 5,4</b>	<b>23 383</b>	<b>- 4,2</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>30 246</b>	<b>- 9,3</b>	<b>222 768</b>	<b>- 0,5</b>	<b>413 132</b>	<b>- 0,4</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>4</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2004.

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen gingen im Juli leicht zurück. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Juni bei 4,29 % lag, notierte Ende Juli bei 4,23 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – lagen Ende Juli unverändert bei 2,12 %. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 5. Juni 2003 die Leitzinsen verändert und gesenkt. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seitdem bei 2,0 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,0 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,0 %.

Die europäischen Aktienmärkte gaben im Juli nach. Der Deutsche Aktienindex DAX notierte

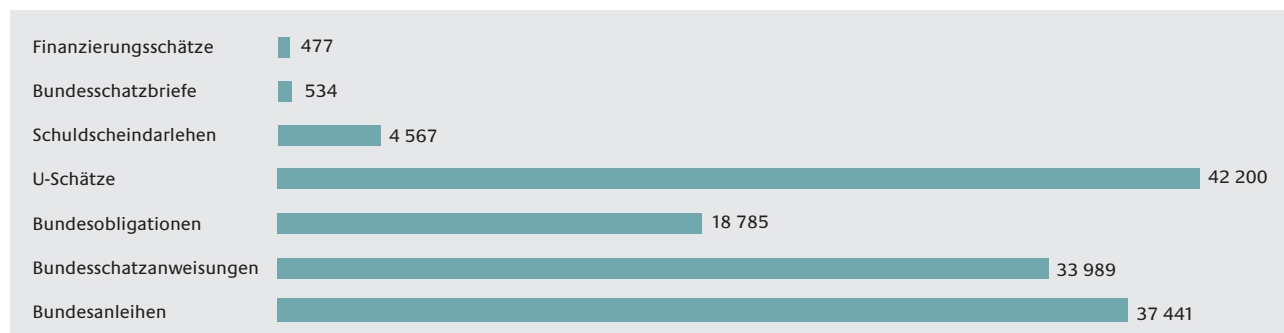
Ende Juli bei 3898 Punkten (Ende Juni: 4053 Punkte). Der 50 Spitzenwerte der EWU umfassende Euro Stoxx 50 lag Ende Juli bei 2720 Punkten (Ende Juni: 2811 Punkte).

## Monetäre Entwicklung

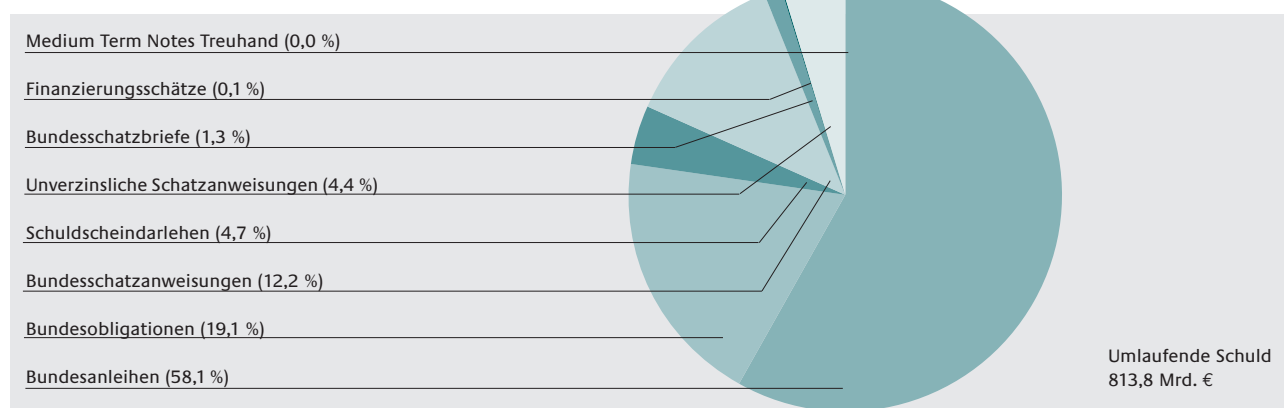
Der Dreimonatsdurchschnitt für das Wachstum der Geldmenge M 3 ist im Euroraum von April bis Juni 2004 – auf Jahresbasis gerechnet – auf 5,2 % leicht gesunken (Dreimonatsdurchschnitt März bis Mai 2004: 5,5 %; Referenzwert: 4,5 %). Der seit Monaten zu verzeichnende Trend einer steten Verlangsamung des Geldmengenwachstums setzt sich damit fort.

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor belief sich im Euroraum im Juni auf 6,2 % (verglichen mit 5,8 % im Vormonat). In Deutschland lag die vorgenannte Wachstums-

## Kreditaufnahme des Bundes bis einschl. Juli 2004 in Mio. €



## Gesamte umlaufende Schuld<sup>1</sup> des Bundes per 31. Juli 2004



<sup>1</sup> Ohne Eigenbestände, Ausgleichsforderungen Deutsche Bundesbank und Ausgleichsfonds Währungsumstellung sowie Altschulden Treuhandanstalt.

rate mit 0,5 % unter dem Vormonatswert (0,9 %). Während das Kreditwachstum im Euroraum seit Monaten auf relativ hohem Niveau stagniert, ist die Wachstumsrate in Deutschland seit Monaten leicht rückläufig.

### Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug bis zum 31. Juli dieses Jahres 137,8 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betrugen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 138,0 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2003 haben sich die Schulden des Bundes (ohne Eigenbestände, Ausgleichsforderungen Deutsche Bundesbank und Ausgleichsfonds Währungsumstellung sowie Altschulden Treuhandanstalt) einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis

zum 31. Juli 2004 um 5,8 % auf 813,8 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im dritten Quartal 2004 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen die in der Tabelle auf S. 21 dargestellten Emissionen zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der detaillierte Emissionskalender für das vierte Quartal 2004 wird in der dritten Dekade September 2004 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP belaufen sich im dritten Quartal 2004 auf insgesamt rund 53,7 Mrd. €. Ist- und Planzahlen sind berücksichtigt. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen FDE und ERP belaufen sich im dritten Quartal 2004 auf insgesamt rund 14,8 Mrd. €.

## Tilgungen und Zinszahlungen im 3. Quartal 2004 (in Mrd. €)

### Tilgungen

Kreditart	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Anleihen des Bundes	5,1	–	5,1	10,2
Bundessobligationen	–	5,0	–	5,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	12,0	12,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,3	0,1	0,3	0,7
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,2
Anleihen Treuhand	–	–	5,1	5,1
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	0,0
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	1,1	–	–	1,1
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,8	0,3	0,5	1,5
MTN Treuhand	–	–	–	0,0
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen</b>	<b>13,3</b>	<b>11,4</b>	<b>29,1</b>	<b>53,7</b>

### Zinszahlungen

	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Zinszahlungen	10,7	2,7	1,4	14,8

## Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2004

### Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesanleihe ISIN DE0001135259 WKN 113 525	Aufstockung	7. Juli 2004	10 Jahre fällig 4. Juli 2014 Zinslaufbeginn: 28. Mai 2004 Erster Zinstermin: 4. Juli 2005	8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137065 WKN 113 706	Aufstockung	14. Juli 2004	2 Jahre fällig 23. Juni 2006 Zinslaufbeginn: 23. Juni 2004 Erster Zinstermin: 23. Juni 2005	6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135226 WKN 113 522	Aufstockung	21. Juli 2004	30 Jahre fällig 4. Juli 2034 Zinslaufbeginn: 31. Januar 2003 Erster Zinstermin: 4. Juli 2004	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135259 WKN 113 525	Aufstockung	18. August 2004	10 Jahre fällig 4. Juli 2014 Zinslaufbeginn: 28. Mai 2004 Erster Zinstermin: 4. Juli 2005	ca. 8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001141455 WKN 114 145	Neuemission	25. August 2004	5 Jahre fällig 9. Oktober 2009 Zinslaufbeginn: 27. August 2004 Erster Zinstermin: 9. Oktober 2005	ca. 8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137073 WKN 113 707	Neuemission	22. September 2004	2 Jahre fällig 22. September 2006 Zinslaufbeginn: 22. September 2004 Erster Zinstermin: 22. September 2005	ca. 9 Mrd. €
			<b>3. Quartal 2004 insgesamt</b>	<b>ca. 44 Mrd. €</b>
<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.				

### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114692 WKN 111 469	Neuemission	12. Juli 2004	6 Monate fällig 12. Januar 2005	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114700 WKN 111 470	Neuemission	16. August 2004	6 Monate fällig 16. Februar 2005	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114718 WKN 111 471	Neuemission	13. September 2004	6 Monate fällig 16. März 2005	ca. 6 Mrd. €
			<b>3. Quartal 2004 insgesamt</b>	<b>ca. 18 Mrd. €</b>
<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.				

# Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Die konjunkturelle Erholung in Deutschland ist im Verlauf des ersten Halbjahres 2004 weiter vorangekommen. Dabei hat sich im zweiten Vierteljahr das Wirtschaftswachstum etwas beschleunigt. Ausschlaggebend dafür war die lebhafte Auslandsnachfrage, während die Binnenkonjunktur schwach blieb. Der private Konsum mit einem Anteil von ca. 60 % am Bruttoinlandsprodukt und die Investitionen haben offenbar ihre Schwächephase noch nicht überwunden. Die Wirtschaftsentwicklung im ersten Halbjahr verlief aber alles in allem etwas günstiger als allgemein erwartet. Damit haben sich auch die Aussichten für das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr verbessert (Frühjahrsprojektion der Bundesregierung für 2004: unterer Rand der Spanne von + 1,5 bis + 2 %). Dies lässt jedoch nicht den Schluss zu, dass sich bereits in diesem Jahr zusätzliche positive Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte ergeben, denn Steuereinnahmen sind ein nachlaufender Indikator.

Den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes zur BIP-Entwicklung im zweiten Quartal zufolge (Schnellmeldung) erhöhte sich das BIP preis- und saisonbereinigt um + 0,5 % und damit etwas stärker als im ersten Vierteljahr. Das Vorjahresniveau wurde zuletzt real um 2,0 % (kalenderbereinigt + 1,5 %) übertroffen.

Die Detailangaben zu den BIP-Komponenten lagen bis Redaktionsschluss noch nicht vor. Auf der Basis der monatlich verfügbaren Konjunkturindikatoren lassen sich jedoch die Haupttendenzen für die Entwicklung der wichtigsten Aggregate annähernd abschätzen.

Wie bereits im 1. Quartal dürfte auch im 2. Vierteljahr der Außenbeitrag (Export minus Import) den Hauptanteil am BIP-Wachstum ausgemacht haben. Die Warenexporte sind im 2. Quartal in nominaler

Rechnung um saisonbereinigt 4,2 % gestiegen. Der Stand des Vorjahresquartals wurde sogar um 14,0 % überschritten. Die Einfuhren nahmen ebenfalls zu, aber mit geringeren Wachstumsraten (saisonbereinigt + 2,3 % ggü. Vorquartal und + 7,7 % ggü. Vorjahr). Wegen des langsameren Anstiegs der Importe haben sich im 1. Halbjahr 2004 erhebliche Überschüsse in der Handels- und Leistungsbilanz gebildet. Dabei verlief das stürmische Exportwachstum nicht ohne Schwankungen. Wie häufig in der Vergangenheit folgte nach mehrmonatigem Anstieg der Ausfuhren zuletzt (Juni) ein Rückschlag (saisonbereinigt – 5,8 %). Der Aufwärtstrend blieb jedoch erhalten, wie die Mehrmonatsvergleiche belegen.

Die hohe Exportdynamik der deutschen Wirtschaft wird auch im Vorjahresvergleich sichtbar: In den ersten sechs Monaten erhöhte sich die Ausfuhr insgesamt um 11,2 %. Dabei gab es nur geringe Unterschiede zwischen den Zuwachsraten des Exports in die Eurozone (+ 11,0 %) und in Drittländer (+ 11,7 %). Bei der Ausfuhrentwicklung in Drittländer wird deutlich, dass negative Effekte aus dem hohen Eurowechselkurs durch eine noch kräftigere Nachfrage mehr als ausgeglichen wurden. Die Außenhandelsdaten belegen, dass die deutsche Exportwirtschaft in hohem Maße wettbewerbsfähig ist und von dem florierenden Weltmarkt, insbesondere von den Wachstumsmärkten China, Russland und Osteuropa in erheblichem Umfang profitierte.

Durch den Exportboom konnte sich im 2. Quartal die konjunkturelle Erholung in der Industrie insgesamt weiter fortsetzen. Allerdings sind im Juni Produktion und Nachfrage deutlich zurückgegangen (Industrieproduktion saisonbereinigt – 1,9 %, nominaler Auftragseingang saisonbereinigt – 3,7 %). Die ungünstigen Juni-Zahlen allein geben zunächst noch keinen Anlass zur Besorgnis. Monatliche Schwankungen von Konjunkturindikatoren sind eher normal und sollten nicht überbewertet werden. So enthielten beispielsweise die Auftragseingänge im Mai in überdurchschnittlichem Umfang Großaufträge, insbesondere aus dem Ausland, während im Juni ein unterdurchschnittlicher Anteil zu beobachten

## Finanzwirtschaftlich wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2003		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			4.Q.03	1.Q.04	2.Q.04 <sup>1</sup>	4.Q.03	1.Q.04	2.Q.04 <sup>1</sup>
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
real	1 985	- 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,5	+ 2,0
nominal	2 129	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,8	.	+ 1,2	+ 2,4	.
<b>Einkommen</b>								
Volkseinkommen	1 573	+ 0,1	+ 0,3	- 0,8	.	+ 1,1	+ 1,5	.
Arbeitnehmerentgelt	1 133	+ 0,2	- 0,7	+ 0,6	.	- 0,2	+ 0,0	.
Unternehmens- und Vermögenseink.	440	- 0,3	+ 2,8	- 4,3	.	+ 5,7	+ 4,9	.
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 379	+ 1,0	- 0,2	+ 1,5	.	+ 0,3	+ 1,0	.
Bruttolöhne u. Gehälter	909	- 0,1	- 0,7	+ 0,9	.	- 0,5	+ 0,1	.
Sparen d. priv. Haush.	151	+ 3,3	- 3,6	+ 4,9	.	- 2,2	+ 1,1	.

Umsätze/ Auftragseingänge/ Außenhandel	2003		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
(nominal)			Mai 04	Jun 04	3-Monats-durchschnitt	Mai 04	Jun 04	3-Monats-durchschnitt
<b>Umsätze</b>								
Industrie <sup>2</sup>	100,7	+ 0,0	+ 0,3	- 0,6	+ 2,4	+ 6,9	+ 6,7	+ 5,8
Inland <sup>2</sup>	97,0	- 0,5	- 0,8	- 1,4	+ 0,6	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,2
Ausland <sup>2</sup>	106,7	+ 0,7	+ 1,9	+ 0,6	+ 5,1	+ 13,8	+ 14,4	+ 11,3
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	6,9	- 3,3	- 1,2	.	- 2,9	- 10,1	.	- 7,3
Einzelhandel (mit Kfz. und Tankstellen)	100,3	- 0,1	- 2,5	+ 0,5	+ 0,1	- 5,0	+ 2,3	- 1,3
Großhandel (ohne Kfz.)	94,2	+ 1,1	- 1,1	- 0,6	- 0,2	- 1,2	+ 4,8	+ 2,0
<b>Auftragseingang</b>								
Industrie	98,6	+ 0,8	+ 1,6	- 3,7	+ 2,2	+ 8,0	+ 12,1	+ 9,0
Inland	94,3	+ 0,0	- 0,7	- 0,8	+ 0,7	+ 1,2	+ 10,5	+ 5,7
Ausland	104,0	+ 1,6	+ 4,2	- 6,7	+ 4,0	+ 16,0	+ 13,9	+ 13,0
Bauhauptgewerbe	79,1	- 10,7	- 4,3	.	- 7,6	- 10,1	.	- 6,8
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	664	+ 2,0	+ 3,6	- 5,8	+ 4,2	+ 11,5	+ 16,1	+ 14,0
Waren-Importe	532	+ 2,6	+ 3,2	- 4,7	+ 2,3	+ 5,9	+ 10,7	+ 7,7

Arbeitsmarkt	2003		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Mai 04	Jun 04	Jul 04	Mai 04	Jun 04	Jul 04
Erwerbstätige, Inland	38,25	- 1,1	- 10	.	.	- 100	.	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA) <sup>3</sup>	4,28	+ 7,1	+ 9	+ 2	+ 11	+ 43	+ 62	+ 83

Preise	2003		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
2000 = 100			Mai 04	Jun 04	Jul 04	Mai 04	Jun 04	Jul 04
Importpreise	96,2	- 2,2	+ 0,7	- 0,6	.	+ 2,5	+ 2,0	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	104,1	+ 1,7	+ 0,5	- 0,1	.	+ 1,6	+ 1,5	.
Preisindex der Lebenshaltung	104,5	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,3	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,8

ifo-Geschäftsklima Verarbeitendes Gewerbe Deutschland	saisonbereinigte Salden							
	Dez 03	Jan 04	Feb 04	Mrz 04	Apr 04	Mai 04	Jun 04	Jul 04
Klima	+ 6,6	+ 9,1	+ 6,5	+ 4,3	+ 5,0	+ 5,4	+ 3,7	+ 7,2
Geschäftslage	- 11,0	- 6,6	- 7,4	- 7,0	- 3,7	- 2,2	- 3,4	+ 1,1
Geschäftserwartungen	+ 25,7	+ 26,2	+ 21,3	+ 16,3	+ 14,2	+ 13,3	+ 11,1	+ 13,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut

<sup>1</sup> Vorläufige Ergebnisse.

<sup>2</sup> Berechnet aus den saisonbereinigten Zahlen.

<sup>3</sup> Ab Januar 2004 werden Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr zu den Arbeitslosen gerechnet.



war. Es ist darüber hinaus abzusehen, dass die vorläufigen Juni-Ergebnisse kräftig nach oben revidiert werden; bei der Produktion stärker als beim Auftragseingang. Insgesamt blieb aber bei beiden Indikatoren – auch nach den vorläufigen Zahlen – die Aufwärtstendenz erhalten. Die Impulse für die Aufwärtsbewegung in der Industrie im 2. Vierteljahr kamen überwiegend aus dem lebhaften Exportgeschäft. Der Auslandsumsatz und die Auslandsbestellungen haben sich wesentlich dynamischer entwickelt als die relativ schwachen Inlandsumsätze und -aufträge. Auch verschiedene Industriebranchen berichteten zuletzt über wachsende Exporterfolge – z. B. der Verband der Automobilindustrie (VDA) und der Verband der Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA). Für die nächsten Monate signalisieren die Stimmungsindikatoren wie der ifo-Konjunkturtest und der Einkaufsmanger-Index eine anhaltende, hauptsächlich exportgestützte Belebung der Industriekonjunktur.

Im Bauhauptgewerbe sind die meisten Konjunkturindikatoren abwärts gerichtet. Hier treffen strukturelle Anpassungsprozesse und eine schwache Binnennachfrage zusammen.

Die Einzelhandelsumsätze haben sich nach ihrer steilen Talfahrt zuletzt stabilisiert. Die nominalen Verkaufsziffern stiegen im Juni etwas an und im Quartalsdurchschnitt wurde die abwärts gerichtete Tendenz zunächst abgebremst (+ 0,1 %). Jedoch bewegen sich die Einzelhandelsumsätze dabei nur auf einem stark abgesenkten Niveau. Die statistischen Zahlen sind zudem erfahrungsgemäß sehr revisionsanfällig. Die insgesamt schleppende Verkaufstätigkeit spiegelt sich auch in dem hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Umsatzsteueraufkommen wider. Darüber hinaus fielen die Zahlen für den Inlandsabsatz und für die Inlandsaufträge in der Konsumgüter-Industrie vergleichsweise ungünstig aus. Zusammengenommen deutet dies darauf hin, dass die privaten Konsumausgaben im 2. Quartal eher schwach geblieben sind. Die weiter in die Zukunft reichenden Stimmungsindikatoren bieten ein eher unklares Bild für die Aussichten des privaten Verbrauchs: Einerseits hat sich im Juli die

Stimmung der Einzelhändler (ifo-Geschäftsklima) leicht gebessert, andererseits ist die ohnehin recht schwache Konsumneigung der Verbraucher (GfK-Konsumklima) zuletzt wieder etwas zurückgegangen. Angesichts der Stimmungsschwankungen im letzten halben Jahr sind hier keine klaren Entwicklungstendenzen erkennbar.

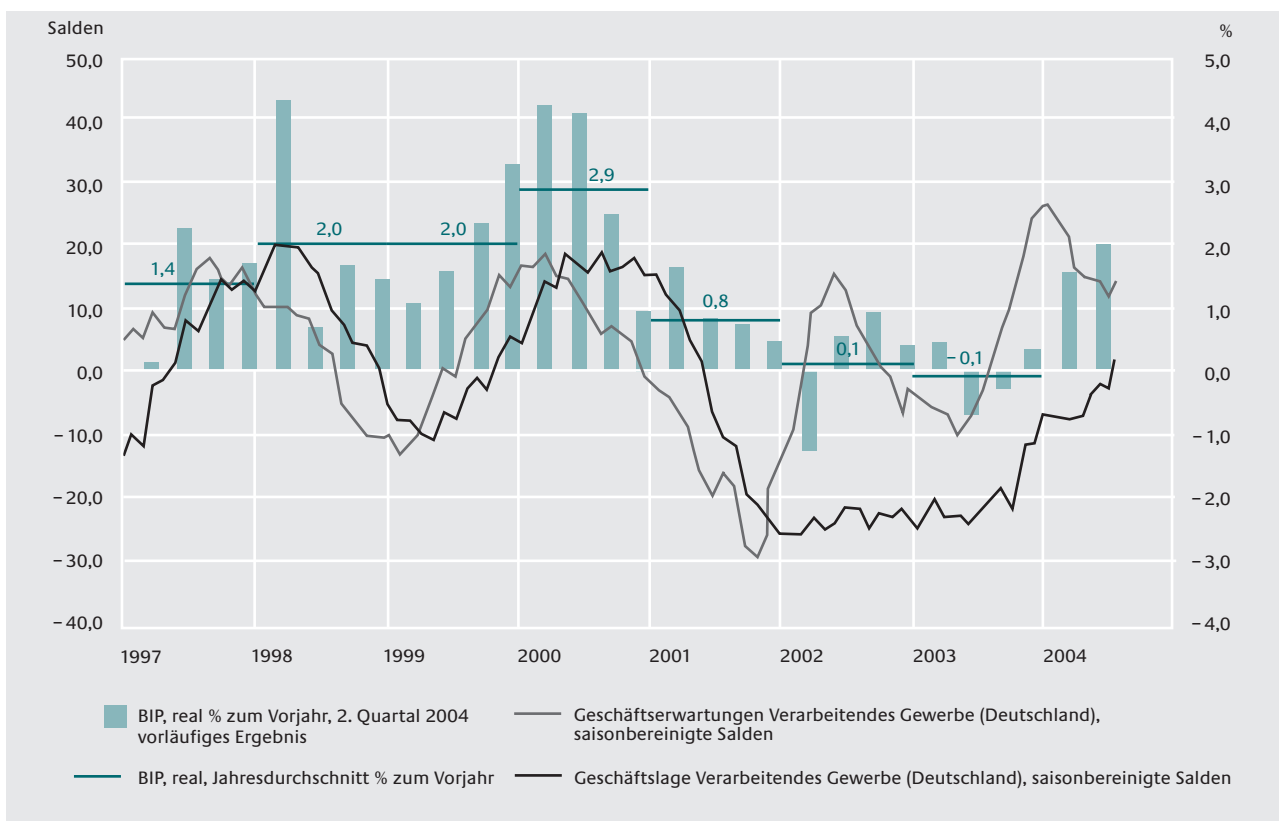
Auf dem Arbeitsmarkt sind noch deutlich die Nachwirkungen der wirtschaftlichen Schwächephase zu spüren. Die Konjunkturerholung ist noch nicht weit genug vorangeschritten, um positive Impulse für die Beschäftigung auszulösen. Notwendig ist vor allem eine Belebung der Binnenkonjunktur, damit sich die Absatzperspektiven auf dem Inlandsmarkt verbessern. Die Unternehmen können – angesichts der nur mäßig ausgelasteten Kapazitäten – die für den Export erforderliche Produktionsausweitung derzeit offenbar auch ohne Neueinstellungen bewältigen. Nach den aktuellen Arbeitsmarktdaten scheint jedoch die ungünstige Entwicklung allmählich abzubauen, wenngleich die Zahlen weiterhin unbefriedigend sind. Im Juli waren insgesamt 4,36 Mio. Arbeitslose registriert, 83000 mehr als ein Jahr zuvor (basisbereinigt). Von Juni auf Juli erhöhte sich die Arbeitslosenzahl saisonbereinigt um 11000. Dies entspricht dem monatsdurchschnittlichen Anstieg des zweiten Quartals. Im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahrs waren es dagegen noch + 34000 gewesen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in nationaler Abgrenzung belief sich zuletzt auf 10,6 % (West 8,5 %, Ost 18,5 %) und nach der EU-weit harmonisierten Definition auf 9,9 %. Bei der Beschäftigung zeichnet sich aus den erst bis Mai vorliegenden Erwerbstätigenzahlen ein spürbar verlangsamter Rückgang ab. Saisonbereinigt gab es 10000 weniger Erwerbstätige als im April. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Beschäftigung um 100000 auf 38,18 Mio. ab. Dabei hat die Arbeitsmarktpolitik offensichtlich den Beschäftigungsabbau spürbar abgebremst. Die neuen Arbeitsmarktinstrumente haben erheblich dazu beigetragen, dass die Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit, die Förderung regulärer Beschäftigungsverhältnisse und die geringfügige Beschäftigung deutlich ausgeweitet wurden.



Die Preisentwicklung kann alles in allem als moderat bezeichnet werden, obwohl die Rohstoffpreise gegenüber dem Vorjahr erheblich angestiegen sind. Hauptursache für die Preiserhöhungen bei Industrierohstoffen und Erdöl ist die konjunkturelle Belebung der Weltwirtschaft und die damit einhergehende weltweit steigende Nachfrage. Hinzu kommt die anhaltende Verunsicherung wegen drohender Terroranschläge und der angespannten Lage im Irak. In diesem Umfeld sind auch spekulative Übertreibungen nicht auszuschließen. Von der inländischen Nachfrage gehen dagegen eher dämpfende Impulse auf die Preisentwicklung aus. Außerdem ist der Eurowechselkurs für Importe weiterhin günstig. Jedoch konnte der Preisanstieg – anders als zuvor – durch einen hohen Außenwert des Euro nicht mehr vollständig kompensiert wer-

den. Die Importpreise gingen im Juni nach einem Anstieg im Mai wieder zurück. Gegenüber dem Vorjahr belief sich der Abstand auf + 2,0 % (Mai + 2,5 %). Ausschlaggebend waren die Preisbewegungen bei den Mineralölerzeugnissen, insbesondere Motorenbenzin. Auch die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte gingen im Juni etwas zurück und überschritten den Vorjahresstand um 1,5 %. Auf der Verbraucherstufe gab es im Juli einen leichten Preisanstieg gegenüber dem Vormonat um 0,3 %. Damit belief sich die jährliche Teuerungsrate zuletzt auf + 1,8 % (Juni + 1,7 %). Dabei sind 0,3 %-Punkte auf die Verteuerung von Heizöl und Kraftstoffen zurückzuführen. Aber auch die Auswirkungen der Gesundheitsreform (+ 0,7 %-Punkte) und der Tabaksteuer (+ 0,3 %-Punkte) waren am Preisauftrieb beteiligt.

## BIP-Wachstum und Geschäftsklima



## Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2004

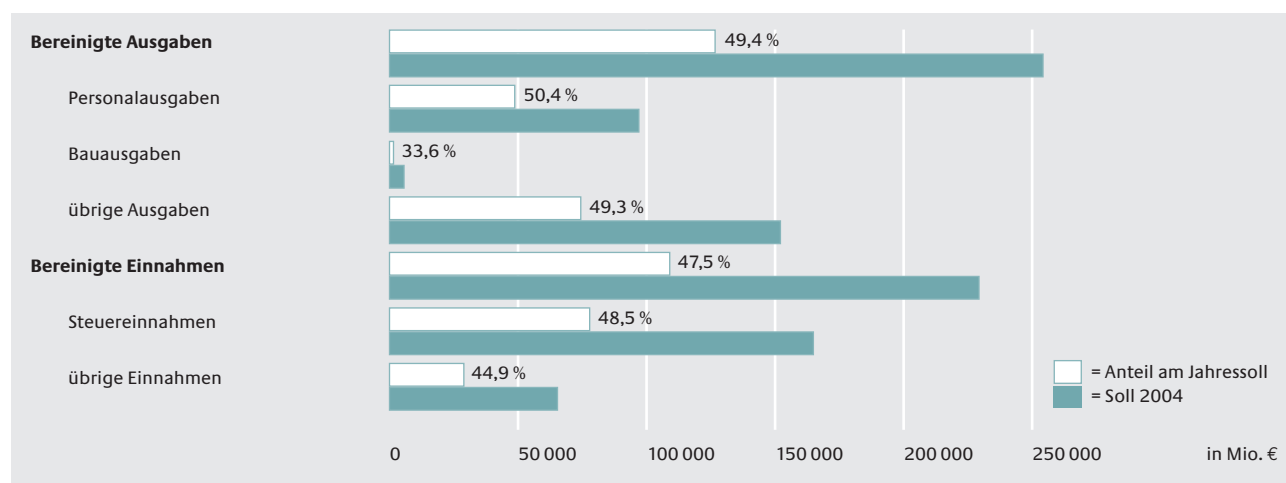
Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung der Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Juni 2004 vor.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verringerten sich die bereinigten Ausgaben der Länder insgesamt um  $-0,5\%$ , während die bereinigten Einnahmen  $2,7\%$  über dem Vorjahresniveau lagen. Entsprechend belief sich das Defizit der Länder insgesamt auf 16,6 Mrd. €, rund 3,5 Mrd. €

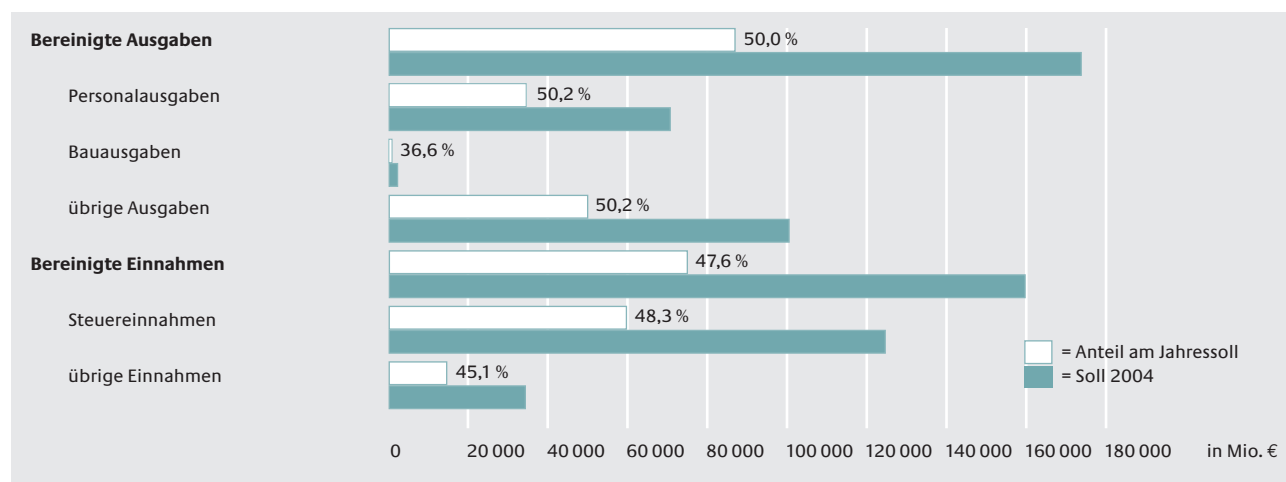
unter dem Defizit im Vorjahreszeitraum. Die Haushaltsplanungen der Länder gehen für das Jahr 2004 von einem Gesamtdefizit in Höhe von 24,5 Mrd. € aus. Die bisherigen Ausgaben schöpften den Soll-Ansatz zu rund  $49\%$  aus, die bisherigen Einnahmen erreichen rund  $48\%$  des Soll-Ansatzes.

Allerdings besitzt die Haushaltsentwicklung der Länder zum jetzigen Zeitpunkt noch wenig Aussagekraft für den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie zu den Haushaltsplanungen erlaubt daher keine weiter gehende Bewertung.

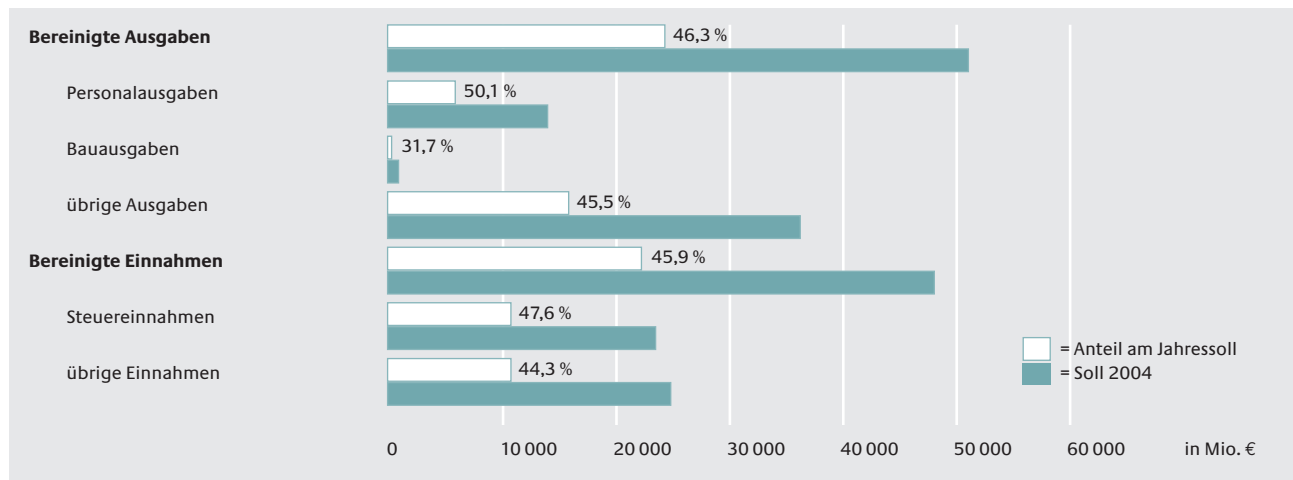
### Länder insgesamt



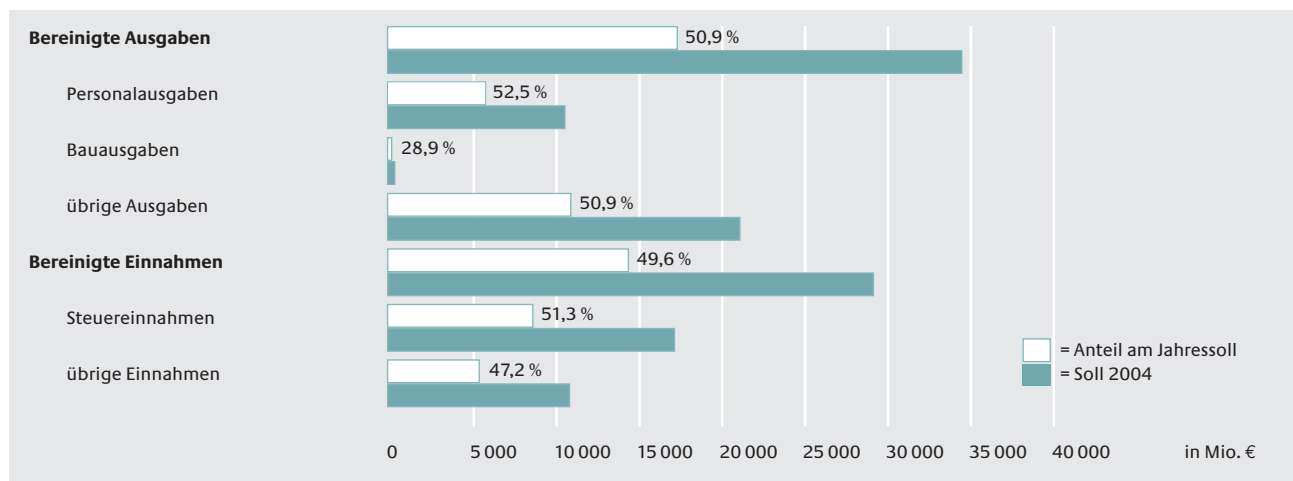
### Flächenländer West



## Flächenländer Ost



## Stadtstaaten



# EU-Haushaltspolitik: Der Gemeinschaftshaushalt 2005 – Erste Lesung im ECOFIN-Rat am 16. Juli 2004

## Eckdaten des Ratsentwurfs zum EU-Haushalt 2005

Der ECOFIN-Rat hat am 16. Juli 2004 den von der EU-Kommission vorgelegten Haushaltsvorentwurf unter dem Gesichtspunkt der Budget-Disziplin kritisch überprüft. Er hat den Vorentwurf um gut 4,3 Mrd. € gekürzt und einen Haushaltsentwurf mit einem Volumen von rd. 105 Mrd. € aufgestellt. Gemessen an der Wirtschaftsleistung der erweiterten Union liegt das Volumen bei 0,99 %. Nach 2004 unterstreicht der Haushaltsentwurf 2005 damit erneut die Haltung der Bundesregierung: Die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben kann zukünftig mit einem Finanzvolumen unterhalb von 1 % der EU-Wirtschaftsleistung gewährleistet werden.

Im Umfeld strikter Ausgabenkonsolidierung wächst das Ausgabenvolumen der Gemeinschaft im Gefolge der Erweiterung um 5,4 %. Die Beschlüsse des Europäischen Rates Kopenhagen vom Jahr 2002 zur Finanzierung der neuen Mitgliedstaaten setzt der Haushaltsentwurf 2005 eins zu eins um. Für die neuen Mitgliedstaaten sieht der Haushaltsentwurf rd. 10 Mrd. € vor. Dies ist ein deutliches Signal für den Aufholprozess der neuen EU-Mitglieder.

## Einsparungen gegenüber dem Kommissionsvorentwurf

Die beschlossenen Einsparungen am Vorentwurf stellen einen ausgewogenen Kompromiss dar. Mit dem beschlossenen Gesamtkürzungspaket werden die Sparbemühungen aller Mitgliedstaaten wirkungsvoll unterstützt. Das Gesamtaus-

gabenvolumen gewährleistet gleichzeitig eine angemessene finanzielle Ausstattung der Gemeinschaftspolitiken im Jahr 2005.

Das Gesamtkürzungspaket von 4,3 Mrd. € teilt sich im Wesentlichen wie folgt auf die einzelnen Rubriken des EU-Haushalts auf:

- Die Kürzungen in den Rubriken Agrarpolitik, Strukturfonds und Heranführungsstrategie machen über 95 % des Kürzungspakets aus. Im Einzelnen werden die **Agrarausgaben** durch horizontale Einsparungen um 1 Mrd. € gemindert. Wegen der hohen Unterausnutzung in den Vorjahren können die Mittel für Zahlungen bei den **Strukturpolitischen Maßnahmen** um 3 Mrd. € zurückgenommen werden. Aufgrund der weiterhin schlechten Mittelabsorption in den Beitrittsstaaten können die Mittel für die **Heranführungsstrategie** um 200 Mio. € reduziert werden.
- Bei den **externen Politiken** hat der ECOFIN-Rat klare politische Prioritäten gesetzt: Die Leistungen an den Irak sollen auf hohem Niveau fortgesetzt werden. Der Haushalt für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) soll mindestens 62,6 Mio. € betragen und damit nicht gegenüber dem Vorjahr zurückfallen. Durch horizontale Kürzungen der großen regionalen Haushaltslinien kann die Finanzierung dieser Ziele gewährleistet werden, ohne dabei auf die von der EU-Kommission vorgeschlagene Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments (200 Mio. € außerhalb der Rubriken) zurückzugreifen.

Der vom ECOFIN-Rat aufgestellte Haushaltsentwurf sieht die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Beträge für die einzelnen Politikbereiche vor.

## Die Einnahmen der Gemeinschaft

Seit 1970 basiert das Finanzierungssystem des Gemeinschaftshaushalts im Wesentlichen auf

## Die Ausgaben der EU nach Rubriken

1	EU-Haushalt 2004 (Soll) <sup>1</sup>		EU-Haushalt 2004 (Soll – EU 25) <sup>2</sup>		Steigerung in % Spalte 4 zu 2
	Mio. € 2	in % 3	Mio. € 4	in % 5	
<b>Rubrik</b>					
1. Gemeinsame Agrarpolitik	45 693,3	45,8	49 113,9	46,7	7,5
2. Strukturpolitische Maßnahmen	30 822,3	30,9	32 396,0	30,8	5,1
3. Interne Politikbereiche	7 510,4	7,5	7 686,2	7,3	2,3
4. Externe Politikbereiche	4 950,9	5,0	4 986,2	4,7	0,7
5. Verwaltungsausgaben	6 121,3	6,1	6 308,1	6,0	3,1
6. Reserven	442,0	0,4	446,0	0,4	0,9
7. Heranführungsstrategie	2 856,2	2,9	2 979,9	2,8	4,3
8. Ausgleichszahlungen	1 409,5	1,4	1 305,0	1,2	-7,4
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>99 805,9</b>	<b>100,0</b>	<b>105 221,3</b>	<b>99,9</b>	<b>5,4</b>

<sup>1</sup> EU-Haushalt 2004 (endgültige Feststellung; einschl. Nachtragshaushalte 1-6/2004)

<sup>2</sup> EU-Haushalt 2005 (Ratsentwurf vom 16.07.2004)

einem Eigenmittelsystem. Die Eigenmittel werden von den Mitgliedstaaten an die Gemeinschaft abgeführt und werden nach einheitlichen Maßstäben von den Mitgliedstaaten aufgebracht.

Die Eigenmittel decken die Ausgaben der Gemeinschaft unbeschadet der sonstigen Einnahmen. Die Möglichkeit einer Kreditfinanzierung der Gemeinschaftsausgaben besteht nicht. Das Eigenmittelsystem setzt sich aus folgenden Eigenmittelquellen zusammen:

- Zölle, einschließlich Agrarzölle und Zuckerabgaben (sog. traditionelle Eigenmittel)
- Mehrwertsteuer-Eigenmittel
- Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel

Zu diesen Eigenmitteln kommen verschiedene Einnahmen hinzu, wie „Überschüsse aus den vorangegangenen Haushaltsjahren, Zinsen“ und „sonstige Einnahmen“. Die Gesamteinnahmen decken den Gesamtbetrag der Ausgaben vollständig.

Die prozentuale Aufteilung auf die Einnahmearten im Haushaltsjahr 2005 ergibt sich aus Grafik 1, Seite 30.

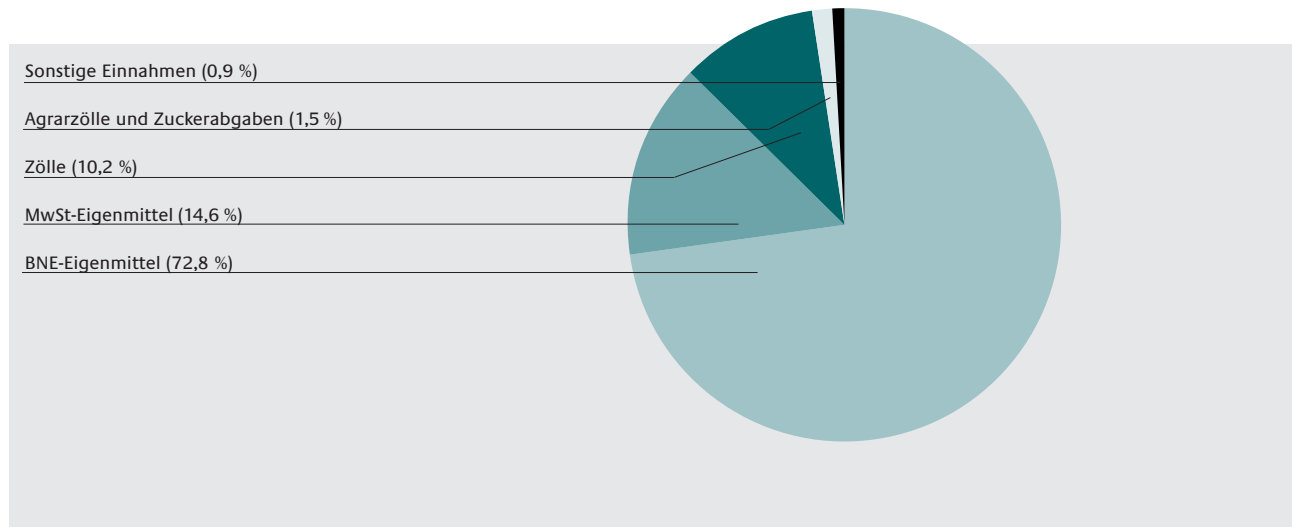
### Deutscher Finanzierungsanteil

Der Gemeinschaftshaushalt 2005 trägt mit dazu bei, das Ziel der Bundesregierung – die Konsolidierung des Bundeshaushalts – zu sichern. Ursächlich dafür ist, dass der deutsche Finanzierungsanteil weiter sinkt auf 21 % nach rd. 22 % in 2004 (vgl. Grafik 2, Seite 30). Im Jahr 1999 betrug der Finanzierungsanteil noch 25,5 %. Mit den Beschlüssen des Europäischen Rates Berlin vom März 1999 über die Finanzierung der Gemeinschaft bis zum Jahr 2006 gelang es, diese Entwicklung einzuleiten.

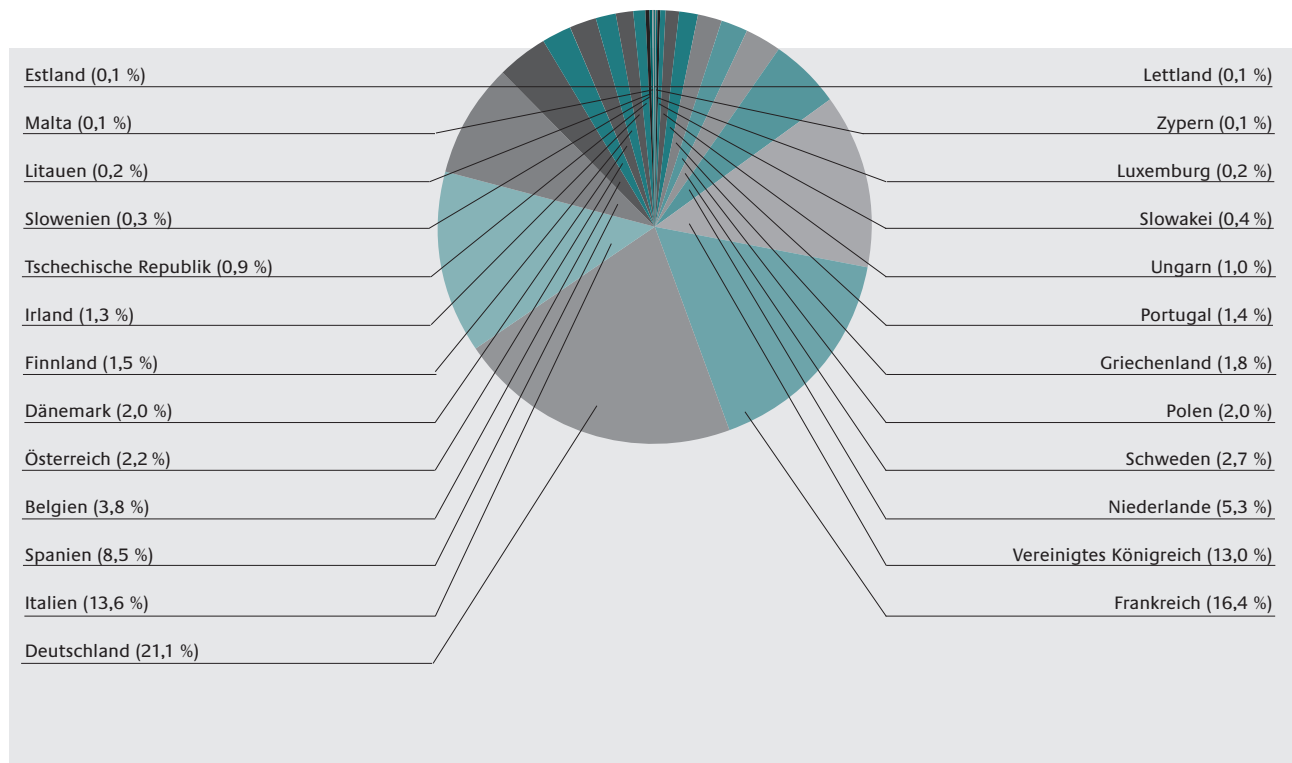
### Weiteres Verfahren

Das Verfahren zur Aufstellung des EU-Haushalts 2005 hat bereits im Mai mit Vorlage des **Vorentwurfs** durch die EU-Kommission begonnen. Der ECOFIN-Rat hat auf seiner Julisitzung den **Entwurf** des Haushaltsplans mit qualifizierter Mehrheit aufgestellt. Bereits zu diesem Zeitpunkt wird das Europäische Parlament einbezogen. Auf einer Konzertierungssitzung vor Beginn der Ratstagung werden in einem Gespräch zwischen Rat und einer Delegation des Europäischen Parlaments die politischen Grundvorstellungen zum Haushalt erörtert.

## Grafik1: Einnahmearten in % der Gesamteinnahmen im Jahr 2005



## Grafik 2: Finanzierungsanteile der EU-Mitgliedstaaten im EU-Haushalt 2005



Anfang September übersendet der Rat den Haushaltsentwurf an das **Europäische Parlament**, das ihn zunächst im Haushaltsausschuss berät und Ende Oktober in **erster Lesung** im Plenum beschließt. Bei den so genannten nicht-obligatorischen Ausgaben kann das Europäische Parlament ihn mit Mehrheit seiner Mitglieder abändern; bei den obligatorischen Ausgaben kann es mit absoluter Mehrheit Änderungen vorschlagen.

Der vom Europäischen Parlament geänderte Entwurf wird anschließend dem **Rat** zugeleitet. Dieser entscheidet in seiner **zweiten Lesung** über

die vom Europäischen Parlament vorgenommenen Abänderungen bei den nichtobligatorischen und die Änderungsvorschläge bei den obligatorischen Ausgaben.

Das **Europäische Parlament** berät den überarbeiteten Haushaltsentwurf in **zweiter Lesung** bis Mitte Dezember. Dabei entscheidet das Parlament endgültig über die nichtobligatorischen Ausgaben. Das letzte Wort bei den obligatorischen Ausgaben hat der Rat. Ihre Höhe hat der Rat bereits in seiner zweiten Lesung festgestellt. Nach Abschluss des Verfahrens stellt der Präsident des Europäischen Parlaments den endgültigen Haushaltsplan fest.

## Termine

### Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 10./11. September 2004 – Informeller ECOFIN in Scheveningen
- 10./11. September 2004 – Deutsch-Russische Konsultationen in Hamburg
- 1. bis 3. Oktober 2004 – Gemeinsame Jahrestagung von IWF und Weltbank/  
G 7-Finanzministertreffen in Washington
- 20./21. Oktober 2004 – Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg

### Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Innenansichten** – Das Alterseinkünftegesetz: Gerecht für Jung und Alt
- Klarsicht** – Einkommen- und Lohnsteuer
- Klarsicht** – Steuerliche Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge

Die Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen  
– Referat Bürgerangelegenheiten –  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

telefonisch: 01 80 / 5 22 19 96 (0,12 €/Min.)  
per Telefax: 01 80 / 5 22 19 97 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>



## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2004	September	August 2004	20. September 2004
	Oktober	September 2004	21. Oktober 2004
	November	Oktober 2004	19. November 2004
	Dezember	November 2004	20. Dezember 2004

## Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2005

- 19. Januar 2004 – Aufstellungsroundschreiben
- Mitte März bis Mitte Juni 2004 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 11. bis 13. Mai 2004 – Steuerschätzung
- 9. Juni 2004 – Arbeitskreis Finanzplanungsrat
- 16. Juni 2004 – Finanzplanungsrat
- 18. Juni 2004 – Zuleitung an Kabinett
- 23. Juni 2004 – Kabinettsbeschluss
- 13. August 2004 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 7. bis 10. September 2004 – 1. Lesung Bundestag
- 24. September 2004 – 1. Beratung Bundesrat
- September/November 2004 – Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages
- 23. bis 26. November 2004 – 2./3. Lesung im Bundestag
- 17. Dezember 2004 – 2. Beratung im Bundesrat





## Analysen und Berichte

Die Entwicklung des Bundeshaushaltes im ersten Halbjahr 2004	37
Der Finanzplan 2004 bis 2008: Wachstum und Reformen sichern – haushaltspolitisch Kurs halten	47
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2004	55
Arbeitsplatzeffekte der Globalisierung	59
Eigenkapitalquoten deutscher Unternehmen	67
Urteil des EuGH zu den Beschlüssen des ECOFIN-Rates vom 25. November 2003	75
Bilanzkontrollgesetz: Ein innovativer Ansatz zur Selbstregulierung der Wirtschaft	77



# Die Entwicklung des Bundeshaushaltes im ersten Halbjahr 2004

- 1 Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2004 37
- 2 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen 41
- 3 Die Entwicklung der Einnahmen 44

## 1 Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2004

### Finanzpolitische Ausgangslage

In der noch fragilen Phase des konjunkturellen Aufschwungs gilt es alles zu unterlassen, was diesen beeinträchtigen könnte. Kurzfristige Steuererhöhungen oder Ausgabensperren über die bereits vorhandenen Sparauflagen hinaus würden kontraktiv wirken.

ken. In einer gefestigteren Konjunkturlage können die Konsolidierungsanstrengungen verstärkt werden.

Die Bundesregierung verfolgt auch weiterhin das Ziel der Haushaltskonsolidierung unter Beachtung einer qualitativen Prioritätenentscheidung zugunsten zukunftsorientierter Ausgabenbereiche. So wurde mit dem Kabinettsbeschluss vom 14. Juli 2004 die Abschaffung der Eigenheimzulage als ökonomisch nicht mehr zu rechtfertigende Steuersubvention beschlossen. Zeitgleich wurde eine Innovationsoffensive gestartet, um die frei werdenden Finanzmittel für Bildung und Forschung zu verwenden. Mit der Umsetzung dieses Konzepts kann aus einer nicht mehr erforderlichen Steuervergünstigung ein zukunftsorientierter Ausgabenblock entstehen.

**Ausgaben.** Die Ausgaben des Bundes addieren sich im ersten Halbjahr 2004 auf 131,0 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr fielen die Ausgaben des Bundes um 0,6 Mrd. €. Dies entspricht einem Ausgabenrückgang von 0,5 %.

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Bezeichnung	Soll 2004	Januar bis Juni 2004	Januar bis Juni 2003	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
		in Mrd. € <sup>1</sup>		in %	
<b>Die Entstehung des Finanzierungssaldos:</b>					
<b>1. Ausgaben</b>	<b>257,3</b>	<b>131,0</b>	<b>131,6</b>	<b>- 0,6</b>	<b>- 0,5</b>
<b>2. Einnahmen</b>	<b>227,7</b>	<b>90,3</b>	<b>94,6</b>	<b>- 4,3</b>	<b>- 4,6</b>
- Steuereinnahmen	197,7	82,9	82,4	+ 0,5	+ 0,6
- Verwaltungseinnahmen	30,1	7,4	12,2	- 4,8	- 39,3
<b>Einnahmen -/- Ausgaben</b>					
<b>= Finanzierungssaldo</b>	<b>- 29,6</b>	<b>- 40,7</b>	<b>- 37,1</b>	<b>- 3,6</b>	<b>+ 10,0</b>
<b>Die Finanzierung des Finanzierungssaldos:</b>					
Nettokreditaufnahme/ aktueller Kapitalmarktsaldo zzgl. Kassenmittel	29,3	40,6	36,8	+ 3,9	+ 10,5
Münzeinnahmen	0,3	0,1	0,3	- 0,2	- 55,7
<b>nachrichtlich:</b>					
Investitionen	24,6	15,4	17,2 <sup>2</sup>	- 1,8	- 10,3

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>2</sup> Inklusive einmaliger investiver Zuschüsse an den Fonds „Aufbauhilfe“

Die investiven Ausgaben des Bundes summieren sich zum Ende des zweiten Quartals 2004 auf 15,4 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahreswert von 17,2 Mrd. € entspricht dies einer Abnahme von 1,8 Mrd. € oder 10,3 %. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf das Auslaufen der einmaligen investiven Ausgaben für die Hochwasserhilfe in 2003 (1,3 Mrd. € bis zum zweiten Quartal 2003). Ohne Berücksichtigung dieser Ausgaben liegen die investiven Ausgaben des Bundes bis zum zweiten Quartal 2004 lediglich um 0,5 Mrd. € oder 3,1 % unter dem Vorjahresniveau.

**Einnahmen.** Die Einnahmen des Bundes (ohne Münzeinnahmen) summieren sich im ersten Halbjahr 2004 auf 90,3 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahreshalbjahr, mit Einnahmen in Höhe von 94,6 Mrd. €, entspricht dies einem Rückgang von 4,3 Mrd. € oder 4,6 %. Während die Steuereinnahmen mit 82,9 Mrd. € gegenüber dem Vorjahreshalbjahr um 0,5 Mrd. € zulegten, verringerten sich die Verwaltungseinnahmen von 12,2 Mrd. € im ersten Halbjahr 2003 deutlich um 4,8 Mrd. € auf 7,4 Mrd. € im ersten Halbjahr 2004. Grund für den Rückgang der Verwaltungseinnahmen ist insbesondere der geringere Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank. Während die Deutsche Bundesbank in 2003 noch 3,5 Mrd. € Bundesbankgewinn überwiesen hatte, waren es in diesem Jahr lediglich 0,25 Mrd. €.

Trotz weit reichender deutlicher Entlastungen der Steuerpflichtigen am Jahresanfang durch die Steuerreform übertreffen die laufenden Steuereinnahmen mit 82,9 Mrd. € um 0,5 Mrd. € das Vorjahresniveau. Dennoch bleiben die Zuwächse bei den Steuereinnahmen hinter den Erwartungen der für die Haushaltsaufstellung maßgeblichen Steuerschätzung vom November 2003 zurück.

**Defizit.** Für das erste Halbjahr 2004 ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 40,7 Mrd. €. Bei der Bewertung dieses Betrages ist zu berücksichtigen, dass im Jahresverlauf die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung nicht gleichmäßig verläuft. Aus

diesem Grund können hieraus keine Rückschlüsse auf den weiteren Jahresverlauf gezogen werden. Der Finanzierungssaldo entspricht zum 30. Juni 2004 der Entwicklung der Vorjahre. In der Regel steigt er im Jahresverlauf bis Ende November stetig an, bevor dann mit den erfahrungsgemäß höheren Steuereinnahmen im Dezember eine Reduzierung von deutlich über 10 Mrd. € eintreten wird.

Nachfolgend wurden die Differenzen aller Ausgabenpositionen im ersten Halbjahr 2004 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ermittelt. Die Tabelle 2 gibt die wesentlichen positiven und negativen Abweichungen wieder.

#### **Erläuterungen zu den wesentlichen Einnahmen- und Ausgabenänderungen**

**Arbeitsmarktpolitik.** Die Arbeitsmarktausgaben entwickeln sich wegen saisonaler Einflüsse auf dem Arbeitsmarkt im Jahresverlauf nicht gleichmäßig. Der Bereich Arbeitsmarktpolitik befindet sich zudem in einer starken Umstrukturierungsphase. Insofern sind insbesondere unterjährige Vergleiche von Quartalsdaten wenig aussagekräftig. Beim Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit besteht gegenüber dem Soll von 5,2 Mrd. € das Risiko begrenzter Mehrausgaben. Bei der Arbeitslosenhilfe sind steigende Belastungen aufgrund höherer Langzeitarbeitslosigkeit festzustellen.

**Zinsen.** Zinszahlungen sind unabhängig von der Entwicklung des Bundeshaushalts zu betrachten, da sich die Zinszahlungstermine unterjährig nicht gleichmäßig auf bestimmte Monate oder Quartale verteilen. Aus diesem Grund kann durch einen Vergleich einzelner Quartalswerte kein Rückschluss auf die laufende Entwicklung der Zinsausgaben im Jahr 2004 gezogen werden.

**Wirtschaftliche Zusammenarbeit.** Die Zahlungen an den „Europäischen Entwicklungsfonds“ wurden aufgrund einer Änderung des Abrufmodus im ersten Quartal in erhöhtem

**Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum**

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis Juni 2004	Januar bis Juni 2003	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
Arbeitsmarktpolitik	27,8	17,0	15,9	+ 1,1	+ 7,0
Zinsen	37,7	18,7	18,0	+ 0,8	+ 4,2
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	3,7	2,1	1,6	+ 0,4	+ 27,3
Bundeszuschuss an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	37,1	21,6	21,4	+ 0,3	+ 1,3
Regionale Förderungsmaßnahmen	1,2	0,5	2,2	- 1,7	- 78,1
Zuschuss an die Postunterstützungskasse	4,9	0,7	1,6	- 0,8	- 52,2
Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)	24,0	11,2	11,6	- 0,4	- 3,3
Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG –	4,0	0,9	1,2	- 0,3	- 23,8
Weltraumforschung	0,7	0,3	0,5	- 0,3	- 51,7
Wohngeld	1,9	1,3	1,1	+ 0,2	+ 15,2
<b>Nachrichtlich:</b> Bundesbankgewinn	3,5	0,2	3,5	- 3,3	- 92,9

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Umfang fällig. Der erhöhte Abfluss im sonstigen Bereich der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit ist insbesondere auf die rechtsverbindliche Zusage der ersten Zahlung für die 13. Wiederauffüllungsrunde der International Development Association (Weltbank) zurückzuführen. Ferner hat sich der Mittelabfluss im Bereich der Finanziellen Zusammenarbeit aufgrund der Projektfortschritte gegenüber dem Vorjahr beschleunigt.

**Bundeszuschuss an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten.** Der allgemeine Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung wird per Gesetz jährlich fortgeschrieben. Dabei folgt die Entwicklung des Bundeszuschusses der Veränderung der Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer und der Veränderung des Beitragssatzes.

**Regionale Förderungsmaßnahmen.** Der erhebliche Ausgabenrückgang gegenüber dem

Vorjahr erklärt sich aus der vollständigen Leistung des Beitrages des Bundes zum Fonds „Aufbauhilfe“ in Höhe von 3,5 Mrd. € in 2003. Gemeinsam mit den Zahlungen der Länder, die bis Ende 2003 ebenfalls vollständig geleistet wurden, ist der Fonds mit den gesetzlich vorgesehenen Mitteln ausgestattet.

**Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG.** Der Rückgang bei den Ausgaben für die Bundesdieselschienenwege gegenüber dem ersten Halbjahr 2003 ist im Wesentlichen auf die inzwischen abgeschlossene Synchronisierung der mittelfristigen Finanzplanungen von Bund und Deutsche Bahn AG zurückzuführen. Ein Rückschluss auf das Jahresergebnis kann hieraus noch nicht gezogen werden.

**Weltraumforschung.** Das Ausgabenvolumen für diesen Aufgabenbereich ist ggü. dem Vorjahr nahezu unverändert. Lediglich eine Auszahlung wurde ins 2. Halbjahr verschoben. Hieraus erklärt

sich der Ausgabenrückgang ggü. dem Vorjahres-  
halbjahr.

**Wohngeld.** Es mussten überplanmäßige Mittel in Höhe von 1 Mrd. € bereitgestellt werden. Das In-Kraft-Treten von Hartz IV wurde auf den 1. Januar 2005 verschoben. Hierdurch treten die Ausgabeminderungen beim Wohngeld entsprechend später ein. Zudem hat sich die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage schlechter als angenommen entwickelt.

**Bundesbankgewinn.** Der Jahresüberschuss der Deutschen Bundesbank für das Geschäftsjahr 2003 betrug 248 Mio. € und wurde gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz an den Bund abgeführt. Die Verringerung des Bundesbankgewinns bedeutet für den Bundeshaushalt 2004 gegenüber dem Soll-Ansatz einen unmittelbaren Einnahmeausfall in Höhe von rd. 3,25 Mrd. €.

#### **Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2004**

**Arbeitsmarktreformen.** Mit den Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz I bis IV) sowie dem Gesetz für Reformen am Arbeitsmarkt sind umfangreiche Reformen am Arbeitsmarkt eingeleitet worden. Zentrale Inhalte sind die Verbesserung der Qualität und Schnelligkeit der Arbeitsvermittlung, die Verbesserung der Beschäftigungschancen für ältere Arbeitnehmer, der Abbau von Einstellungs- und Beschäftigungshemmnissen sowie die Förderung der Aufnahme selbstständiger Beschäftigung. Wesentliche Projekte sind der Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einem modernen Dienstleister für die Arbeitsvermittlung und Betreuung von erwerbsfähigen Arbeitslosen sowie die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung – der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

**Gesetzliche Rentenversicherung.** Ziel ist es, den Beitragssatz für 2004 bei 19,5 % zu halten. Dazu wurden folgende Maßnahmen ergriffen: Die

Rentenanpassung zum 1. Juli 2004 wird ausgesetzt. Die Mindestschwankungsreserve wird von 50 % auf 20 % einer Monatsausgabe abgesenkt. Ab April übernehmen Rentnerinnen und Rentner den Pflegeversicherungsbeitrag. Der Auszahlungstermin für Neurentner ab dem 1. April 2004 wird auf das Monatsende verschoben. Beitragssatzänderungen in der gesetzlichen Krankenversicherung durch die Gesundheitsreform werden zeitnah an die Rentnerinnen und Rentner weitergegeben.

**Einsparungen Öffentlicher Dienst.** Bei Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern sowie Soldatinnen und Soldaten wurde das Urlaubsgeld abgeschafft und die Sonderzuwendung (sog. Weihnachtsgeld) abgesenkt. Die Sonderzuwendung der Versorgungsempfänger wurde ebenfalls abgesenkt. Die Einsparungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung wurden wirkungsgleich auf den Beihilfereich übertragen.



**Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform.** Durch das teilweise Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform steigt zum 1. Januar 2004 der Grundfreibetrag auf 7664 €. Gleichzeitig sinken der Eingangssteuersatz auf 16 % und der Spitzensteuersatz auf 45 %.

**Abbau von Steuervergünstigungen.** Die Entfernungspauschale wurde zum 1. Januar 2004 auf einen einheitlichen Satz von 30 Cent je Entfernungskilometer abgesenkt.

Der Pauschbetrag für Werbungskosten von Arbeitnehmern vermindert sich auf 920 €, wenn nicht höhere Werbungskosten nachgewiesen werden.

Die Eigenheimzulage wurde zum 1. Januar 2004 gekürzt. Zukünftig wird nicht mehr zwischen Neubauten und bereits bestehenden



Gebäuden unterschieden. Ausbauten und Erweiterungen werden nicht mehr gefördert. Der Fördergrundbetrag wird auf einheitlich 1250 € herabgesetzt. Die Kinderzulage wird auf 800 € erhöht. Die Einkunftsgrenze für die Geltendmachung der Eigenheimzulage verringert sich auf 70 000 € für Alleinstehende und 140 000 € für Verheiratete; für jedes berücksichtigungsfähige Kind erhöht sich der Betrag um 30 000 €.

Der Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende wurde zum 1. Januar 2004 endgültig abgeschmolzen. Für „echte“ Alleinerziehende wird ein steuerlicher Entlastungsbetrag von 1308 € eingeführt.

Die Wohnungsbauprämie wird ab dem Sparjahr 2004 von 10 % auf 8,8 % der Aufwendungen herabgesetzt.

**Erziehungsgeld.** Beim Erziehungsgeld wurden die Einkommensgrenzen verändert, so dass dieses nur noch für unterdurchschnittliche bis durchschnittliche Verdienere gewährt wird.

**Tabaksteuer.** Die Tabaksteuer wird in drei Stufen zum 1. März 2004, 1. Dezember 2004 und 1. September 2005 angehoben.

**Gewerbsteuer.** Die Gewerbesteuerumlage wird zur Verbesserung der Einnahmen der Kommunen bereits im Jahr 2004 abgesenkt.

**Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit.** Mit einer zeitlich befristeten „Brücke in die Steuerehrlichkeit“ wird bisher steuerunehrlichen Bürgern die Möglichkeit gegeben, durch Abgabe einer Erklärung bis spätestens 31. März 2005 und Entrichtung einer pauschalen Abgabe Strafbefreiung oder Befreiung von Geldbußen zu erlangen.

## Ausblick

Der Entwurf des Bundeshaushaltsplans 2005 und des Finanzplans des Bundes 2004 bis 2008 wurde am 23. Juni 2004 vom Bundeskabinett beschlossen. Die parlamentarischen Beratungen

finden in der Zeit vom 7. bis 10. September 2004 im Deutschen Bundestag statt.

Für das Jahr 2005 ist ein Ausgabenvolumen von 258,3 Mrd. € geplant. Mit 253,6 Mrd. € in 2006, 257,1 Mrd. € in 2007 und 260,0 Mrd. € in 2008 wird über den Finanzplanungszeitraum ein moderates Ausgabenwachstum angestrebt. Nicht zuletzt die bereits umgesetzten Strukturreformen sollen helfen, diese Ausgabenziele zu erreichen.

## 2 Erläuterung wesentlicher Ausgabenpositionen

### Soziale Sicherung

Die Tabelle 3 (s. S. 42) zeigt die Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Die Zuständigkeiten des Bundes für die einzelnen Bereiche ergeben sich aus dem Grundgesetz. Die Ausgaben für soziale Sicherung sind im Jahr 2004 mit 122,6 Mrd. € veranschlagt worden. Das entspricht einem Anteil von 47,6 % an den Gesamtausgaben.

### Allgemeine Dienste

Die Tabelle 4 (s. S. 42) zeigt die Ausgaben des Bundes für Allgemeine Dienste. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste sind im Jahr 2004 mit 48,4 Mrd. € veranschlagt worden. Das entspricht einem Anteil von 18,8 % an den Gesamtausgaben.

### Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Die Tabelle 5 (s. S. 43) zeigt die Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen, der

**Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung**

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis Juni 2004	Januar bis Juni 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Leistungen an die Rentenversicherung (RV)</b>	<b>77,9</b>	<b>44,1</b>	<b>44,0</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 0,3</b>
– Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter u. Angestellten	37,1	21,6	21,4	+ 0,3	+ 1,3
– zusätzlicher Zuschuss	17,3	10,1	10,1	– 0,01	– 0,1
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,8	5,9	5,9	– 0,02	– 0,3
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,6	0,4	0,4	– 0,04	– 9,2
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	7,2	4,1	4,2	– 0,02	– 0,5
– Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,8	1,4	1,5	– 0,1	– 5,6
– Überführung der Sondernversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1,6	0,9	0,9	+ 0,02	+ 2,2
<b>Landwirtschaftliche Sozialpolitik</b>	<b>3,8</b>	<b>1,9</b>	<b>2,0</b>	<b>– 0,04</b>	<b>– 2,2</b>
darunter:					
– Alterssicherung	2,3	1,2	1,2	+ 0,01	+ 0,7
– Krankenversicherung	1,0	0,6	0,6	– 0,02	– 3,3
– Unfallversicherung	0,3	0,1	0,1	– 0,01	– 5,7
<b>Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>27,8</b>	<b>17,0</b>	<b>15,9</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>+ 7,0</b>
darunter:					
– Bundesagentur für Arbeit	5,2	7,2 <sup>2</sup>	7,6 <sup>2</sup>	– 0,4	– 4,9
– Arbeitslosenhilfe i. e. S.	6,7	9,3	8,0	+ 1,3	+ 15,7
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,7	0,3	0,2	+ 0,2	.
– Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	14,7	0,02	–	–	–
– Arbeitslosengeld II	10,6	–	–	–	–
<b>Erziehungsgeld</b>	<b>3,0</b>	<b>1,6</b>	<b>1,6</b>	<b>– 0,02</b>	<b>– 1,5</b>
<b>Wohngeld</b>	<b>1,9</b>	<b>1,3</b>	<b>1,1</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>+ 15,2</b>
<b>Wohnungsbau-Prämiengesetz</b>	<b>0,5</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>– 0,04</b>	<b>– 10,5</b>
<b>Kriegsopferversorgung und -fürsorge</b>	<b>3,4</b>	<b>1,9</b>	<b>2,1</b>	<b>– 0,1</b>	<b>– 6,5</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>2</sup> Betriebsmitteldarlehen; kein Rückschluss auf Zuschussbedarf möglich.

**Tabelle 4: Allgemeine Dienste**

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis Juni 2004	Januar bis Juni 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Versorgung</b>	<b>6,7</b>	<b>3,4</b>	<b>3,3</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 1,9</b>
– Ziviler Bereich	2,6	1,2	1,3	– 0,01	– 2,4
– Verteidigung, einschließlich militärischer Bereich	4,1	2,2	2,1	+ 0,1	+ 3,5
<b>Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)</b>	<b>24,0</b>	<b>11,2</b>	<b>11,6</b>	<b>– 0,4</b>	<b>– 3,3</b>
– Militärische Beschaffungen, Forschung und Entwicklung, Materialerhaltung	8,0	3,5	3,6	– 0,1	– 1,5
<b>Wirtschaftliche Zusammenarbeit</b>	<b>3,7</b>	<b>2,1</b>	<b>1,6</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>+ 27,3</b>
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,6	0,7	0,6	+ 0,1	+ 18,8
– Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation	0,4	0,3	0,3	+ 0,1	+ 25,1
– Europäischer Entwicklungsfonds	0,5	0,5	0,2	+ 0,2	.
<b>Politische Führung und zentrale Verwaltung</b>	<b>4,5</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 8,1</b>
– Zivildienst	0,8	0,3	0,5	– 0,2	– 35,9
<b>Finanzverwaltung</b>	<b>2,5</b>	<b>1,1</b>	<b>1,1</b>	<b>+ 0,05</b>	<b>+ 4,6</b>
<b>Öffentliche Sicherheit und Ordnung</b>	<b>2,7</b>	<b>1,2</b>	<b>1,1</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 7,3</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

**Tabelle 5: Verkehrs- und Nachrichtenwesen**

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis Juni 2004	Januar bis Juni 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG</b>	<b>4,0</b>	<b>0,9</b>	<b>1,2</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 23,8</b>
<b>Bundeseisenbahnvermögen</b>	<b>5,7</b>	<b>2,5</b>	<b>2,4</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 5,7</b>
<b>Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)</b>	<b>5,9</b>	<b>2,0</b>	<b>2,0</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>+ 0,5</b>
– Bundesautobahnen	4,1	1,3	1,2	+ 0,1	+ 9,4
– Bundesstraßen	1,6	0,7	0,8	- 0,1	- 14,7
<b>Wasserstraßen und Häfen</b>	<b>1,3</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>+ 0,001</b>	<b>+ 0,2</b>
<b>Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz</b>	<b>1,7</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>- 0,03</b>	<b>- 5,3</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bundeswasserstraßen sowie der Aus- und Umbau der Schienenwege. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sind im Jahr 2004 mit 10,8 Mrd. € veranschlagt worden, was einem Anteil von 4,2 % an den Gesamtausgaben entspricht.

### Wirtschaftsförderung

Die Tabelle 6 zeigt die Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Landwirtschaft, Energie- und Wasserwirtschaft sowie für Gewerbe und Dienstleistungen. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sind im Jahr 2004 mit 7,5 Mrd. € veranschlagt worden. Das entspricht einem Anteil von 2,9 % an den Gesamtausgaben.

### Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Die Tabelle 7 (s. S. 44) zeigt die Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Für diesen Aufgabenbereich sind im Jahr 2004 Mittel in Höhe von 12,4 Mrd. € veranschlagt worden. Das entspricht einem Anteil von 4,8 % an den Gesamtausgaben.

### Übrige Ausgaben

Die Tabelle 8 (s. S. 44) gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes aus

**Tabelle 6: Wirtschaftsförderung**

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis Juni 2004	Januar bis Juni 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Regionale Förderungsmaßnahmen</b>	<b>1,2</b>	<b>0,5</b>	<b>2,2</b>	<b>- 1,7</b>	<b>- 78,1</b>
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ einschließlich EFRE-Mittel	0,9	0,4	0,3	+ 0,02	+ 6,6
<b>Förderung des Kohlenbergbaus</b>	<b>2,2</b>	<b>1,7</b>	<b>1,7</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 3,4</b>
<b>Mittelstandsförderung</b>	<b>0,8</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>- 0,02</b>	<b>- 8,8</b>
<b>Förderung erneuerbarer Energien</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>+ 0,03</b>	<b>+ 43,0</b>
<b>Gewährleistungen</b>	<b>2,0</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>- 0,02</b>	<b>- 3,8</b>
<b>Landwirtschaft</b>	<b>1,1</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>- 0,004</b>	<b>- 1,7</b>
– Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,7	0,1	0,1	+ 0,01	+ 7,8

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

**Tabelle 7: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur**

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis Juni 2004	Januar bis Juni 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Investitionsprogramm Ganztagschulen</b>	<b>1,0</b>	<b>0,1</b>	<b>–</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>–</b>
<b>Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen</b>	<b>6,8</b>	<b>2,9</b>	<b>3,3</b>	<b>– 0,4</b>	<b>– 13,0</b>
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	2,6	1,0	1,1	– 0,1	– 9,7
– Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft	0,8	0,2	0,3	– 0,1	– 32,5
– Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,4	0,6	0,6	– 0,02	– 3,0
– Weltraumforschung	0,7	0,3	0,5	– 0,3	– 51,7
<b>Leistungen nach dem Bundesausbildungs- förderungsgesetz (BAföG)</b>	<b>1,0</b>	<b>0,6</b>	<b>0,6</b>	<b>+ 0,03</b>	<b>+ 4,7</b>
<b>Hochschulen</b>	<b>1,9</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 18,1</b>
– Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,9	0,4	0,5	– 0,1	– 18,2
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. Bonn	0,7	0,3	0,3	+ 0,01	+ 16,4
<b>Berufliche Weiterbildung</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>+ 0,01</b>	<b>+ 16,4</b>
<b>Kunst- und Kulturpflege</b>	<b>1,5</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>	<b>+ 0,03</b>	<b>+ 3,1</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

den Aufgabenbereichen Gesundheit und Sport, Wohnungswesen, Wirtschaftsunternehmen und Allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen.

### 3 Die Entwicklung der Einnahmen

Die Tabelle 9 (s. S. 45) gibt einen Überblick über die Entwicklung der Einnahmen des Bundes. Die

Steuereinnahmen haben mit 197,7 Mrd. € oder 76,8 % den weitaus größten Anteil an den formalen Einnahmen des Bundes in Höhe von 257,3 Mrd. €. Die Verwaltungseinnahmen bilden mit 30,1 Mrd. € oder 11,7 % die zweitwichtigste Einnahmequelle. Die Nettokreditaufnahme und die Münzeinnahmen vervollständigen entsprechend der Soll-Planung mit 29,6 Mrd. € oder 11,5 % das zur Finanzierung der Ausgaben benötigte Einnahmenvolumen.

**Tabelle 8: Übrige Ausgaben**

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis Juni 2004	Januar bis Juni 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Zinsen</b>	<b>37,7</b>	<b>18,7</b>	<b>18,0</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>+ 4,2</b>
<b>Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“</b>	<b>2,3</b>	<b>1,1</b>	<b>1,1</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 0,6</b>
<b>Wohnungswesen</b>	<b>1,5</b>	<b>0,7</b>	<b>0,7</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 0,7</b>
– Sozialer Wohnungsbau	0,5	0,3	0,3	– 0,05	– 15,3
– Wohnraummodernisierungsprogramme	0,8	0,4	0,4	– 0,01	– 3,1
<b>Städtebauförderung</b>	<b>0,5</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>+ 0,02</b>	<b>+ 20,2</b>
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>0,9</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>– 0,02</b>	<b>– 5,1</b>
<b>Zuschuss an die Postbeamtenversorgungskasse</b>	<b>4,9</b>	<b>0,7</b>	<b>1,6</b>	<b>– 0,8</b>	<b>– 52,2</b>
<b>Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt</b>	<b>0,4</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 5,8</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2004	Januar bis Juni 2004	Januar bis Juni 2003	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Einnahmen</b>	<b>227,7</b>	<b>90,3</b>	<b>94,6</b>	<b>- 4,3</b>	<b>- 4,6</b>
darunter:					
<b>Steuern</b>	<b>197,7</b>	<b>82,9</b>	<b>82,4</b>	<b>+ 0,5</b>	<b>+ 0,6</b>
<b>Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage</b>	<b>149,3</b>	<b>66,5</b>	<b>64,2</b>	<b>+ 2,2</b>	<b>+ 3,4</b>
- Lohnsteuer	52,6	23,7	25,1	- 1,3	- 5,4
- Veranlagte Einkommensteuer	3,2	- 1,2	- 1,2	+ 0,05	- 3,9
- Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5,1	3,6	3,1	+ 0,5	+ 15,8
- Zinsabschlag	3,4	1,9	2,2	- 0,3	- 13,2
- Körperschaftsteuer	7,4	3,3	1,8	+ 1,5	+ 81,8
- Steuern vom Umsatz	76,2	34,6	32,6	+ 2,1	+ 6,3
- Gewerbesteuerumlage	1,4	0,4	0,6	- 0,2	- 38,1
<b>Bundessteuern</b>	<b>88,6</b>	<b>36,5</b>	<b>36,0</b>	<b>+ 0,6</b>	<b>+ 1,5</b>
- Mineralölsteuer	43,1	15,2	15,6	- 0,4	- 2,6
- Tabaksteuer	15,9	5,9	5,5	+ 0,3	+ 5,6
- Solidaritätszuschlag	10,6	5,0	5,0	+ 0,03	+ 0,7
- Versicherungsteuer	8,7	5,5	5,6	- 0,1	- 2,3
- Stromsteuer	6,7	3,3	2,7	+ 0,6	+ 21,3
- Branntweinsteuer	2,2	0,9	0,8	+ 0,1	+ 10,8
- Kaffeesteuer	1,0	0,5	0,5	+ 0,05	+ 10,0
- Schaumweinsteuer	0,5	0,2	0,2	+ 0,02	+ 12,2
- Sonstige Bundessteuern	0,01	0,003	- 0,001	+ 0,004	-
<b>Abzugsbeträge</b>	<b>- 40,2</b>	<b>- 20,1</b>	<b>- 17,9</b>	<b>- 2,3</b>	<b>+ 12,8</b>
- Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15,2	- 7,5	- 7,7	- 0,2	- 2,8
- Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen	- 6,9	- 3,4	- 3,4	+ 0,02	- 0,5
- Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3,4	- 1,8	-	- 1,8	-
- Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	- 14,7	- 7,4	- 6,7	- 0,7	+ 10,6
<b>Sonstige Einnahmen</b>	<b>30,1</b>	<b>7,4</b>	<b>12,2</b>	<b>- 4,8</b>	<b>- 39,3</b>
- Ablieferung Bundesbank	3,5	0,2	3,5	- 3,3	- 92,9
- Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	11,3	2,2	1,9	+ 0,3	+ 14,7

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.



# Der Finanzplan 2004 bis 2008: Wachstum und Reformen sichern – haushaltspolitisch Kurs halten

1	Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und finanzpolitische Konzeption	47
2	Eckwerte des Bundeshaushalts 2005 und des Finanzplans 2004 bis 2008	49
3	Ausgewählte Positionen des Bundeshaushalts 2005 und des Finanzplans 2004 bis 2008	49
3.1	Soziale Sicherung und weitere Ausgabenschwerpunkte	49
3.2	Personalausgaben	50
3.3	Investitionen	52
3.4	Einnahmen	52

## 1 Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und finanzpolitische Konzeption

In diesem Jahr erholt sich die deutsche Wirtschaft nach einer drei Jahre andauernden Phase wirtschaftlicher Stagnation merklich. Die aktuellen Konjunkturindikatoren wie die Stimmungsaufhellung in der gewerblichen Wirtschaft oder die deutlich aufwärts gerichtete Nachfrage und Produktion in der Industrie unterstreichen das Bild der wirtschaftlichen Erholung. Das Bruttoinlandsprodukt nahm im ersten Vierteljahr 2004 saison- und preisbereinigt um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal zu und übertraf damit das Vorjahresniveau um real 1 ½ %. Die konjunkturelle Belebung wurde im Wesentlichen gestützt durch die starke Auslandsnachfrage, während im Inland Investitionen und privater Konsum noch zur Schwäche neigen. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich die begonnene konjunkturelle Erholung fortsetzen, sich allmählich verstärken und an Breite gewinnen. Wichtige Voraussetzungen dafür sind erfüllt: Die Zinsen befinden sich auf niedrigem Niveau, die Lohnstückkosten bleiben

stabilitätsorientiert und stützen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die Absatz- und die Gewinnperspektiven der Unternehmen haben sich verbessert. Die eingeleiteten Reformen der Sozialsysteme und am Arbeitsmarkt zeigen zunehmend Wirkung. All das begünstigt eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung.

Der Bundeshaushalt 2004 kann kurzfristig von dieser Erholung nicht profitieren, er wird im Wesentlichen noch durch die verzögerte konjunkturelle Erholung geprägt. Arbeitsmarktausgaben und Steuereinnahmen laufen der Konjunktur hinterher. Hieraus ergeben sich gegenüber den ursprünglichen Annahmen für den Bundeshaushalt 2004 Mehrbelastungen durch Steuerminderungen und höhere Arbeitsmarktausgaben. Daher wird sich die veranschlagte Neuverschuldung des Bundes in Höhe von 29,3 Mrd. € nicht einhalten lassen. Für eine verlässliche Prognose der voraussichtlichen Höhe der Nettokreditaufnahme ist es derzeit noch zu früh. Die Arbeitsmarktausgaben wie auch einige Steuereinnahmen sind stark konjunkturabhängig und unterliegen unterjährig teilweise starken Schwankungen. Das erschwert eine verlässliche Einschätzung zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2004 ein reales Wachstum in der Spanne von 1 ½ bis 2 %. Für 2005 wird ein reales Wachstum eher am oberen Rand dieser Spanne prognostiziert. Für den mittelfristigen Zeitraum 2006 bis 2008 geht die Bundesregierung – entsprechend ihrer Frühjahrsprognose – von einem jahresdurchschnittlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von real rd. 2 % aus. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich allerdings erst allmählich stabilisieren und verbessern. Es braucht eine gewisse Zeit, bis die Umsetzung des Hartz-Konzeptes in Verbindung mit der konjunkturellen Belebung stärkere Beschäftigungswirkungen entfaltet. Die Zahl der Arbeitslosen wird daher zunächst nur geringfügig zurückgehen, erst im nächsten Jahr kommt es zu deutlichen Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt. Nach den gesamtwirtschaftlichen

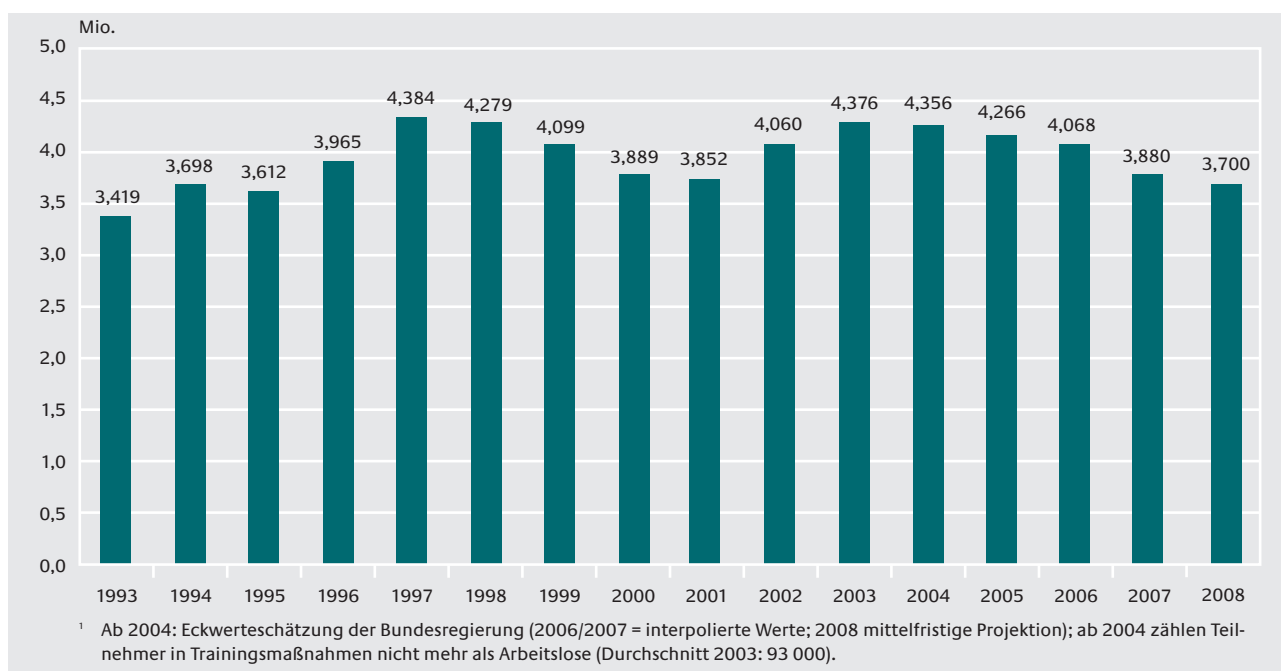
Eckwerten der Bundesregierung wird sich die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 2005 voraussichtlich auf 4,266 Mio. und bis zum Jahr 2008 weiter auf 3,7 Mio. im Jahresdurchschnitt verringern (Abbildung 1).

Die Bundesregierung hält am Ziel der nachhaltigen Konsolidierung fest. Der Bundeshaushalt 2005 hält die Grenzen des Art. 115 Grundgesetz ein. Die Nettokreditaufnahme liegt mit 22,0 Mrd. € unterhalb der Summe der veranschlagten Investitionen. Niedrigere Kredite wären finanzpolitisch erstrebenswert. Doch zunächst kommt es darauf an, die begonnenen Reformen abzuschließen und das Wachstum zu stärken. Wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung belebt, sind weitere Konsolidierungsschritte geboten. Privatisierungserlöse in Höhe von 15,45 Mrd. € tragen dazu bei, dass die Nettokreditaufnahme unterhalb der veranschlagten Investitionen bleibt. Privatisierungen sind Teil einer umfassenden Staatsmodernisierung. Die Bundesregierung flankiert ihre verantwortungsvolle und nachhaltige Konsolidierungspolitik im Finanzplanungszeitraum durch eine wachstumsfördernde Strategie, denn die vergan-

genen Jahre haben gezeigt, dass ohne Wachstum keine nachhaltige Konsolidierung möglich ist. Deshalb werden die Steuersätze der Einkommensteuer, wie bereits gesetzlich verankert, zum 1. Januar des kommenden Jahres nochmals gesenkt. Eingangssteuersatz und Spitzensteuersatz erreichen dann mit 15 % bzw. 42 % historische Tiefstände. Der letzte Schritt der Steuerreform entlastet die Bürger um fast 7 Mrd. €. Das ist ein wichtiger Impuls für privaten Konsum und Investitionen. Darüber hinaus werden vor allem die Bereiche Bildung und Forschung gestärkt. Die nicht mehr zu rechtfertigende Eigenheimzulage soll abgeschafft und die dadurch frei werdenden Mittel für eine Innovationsoffensive vor allem in Bildung und Forschung eingesetzt werden.

Im Übrigen stehen auch der Haushalt 2005 und der Finanzplan bis 2008 im Zeichen der Fortsetzung der Strukturreformen der „Agenda 2010“. An diesen Strukturreformen führt kein Weg vorbei, wenn wir unser System der sozialen Sicherung zukunftstauglich machen wollen. Für 2005 bedeutet das vor allem, die Zusammenle-

**Abbildung 1: Entwicklung der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen 1993 bis 2008<sup>1</sup>**





gung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem neuen Arbeitslosengeld II. Flankiert werden diese langfristig angelegten Strukturreformen durch weitere Konsolidierungsschritte, u. a. durch die Fortsetzung des begonnenen Subventionsabbaus (Abbildung 2).

## 2 Eckwerte des Bundeshaushalts 2005 und des Finanzplans 2004 bis 2008

Der Bundeshaushalt 2005 und der Finanzplan bis 2008 sehen die aus der Tabelle (s. S. 53) ersichtlichen Eckwerte vor. Im Vergleich zu den Kennzahlen der Jahre 2003 und 2004 bleiben die Ausgaben des Bundes über den gesamten Finanzplanungszeitraum in etwa konstant. Im Zeitraum von 2003 bis 2008 steigen die Ausgaben insgesamt nur um 1,3 %, das heißt im Jahresdurchschnitt lediglich um  $\frac{1}{4}$  %. Die durchschnittliche Ausgabensteigerungsrate liegt damit unter der Inflationserwartung. Dies belegt, dass die Bundesregierung ihren moderaten Ausgabenkurs beibehalten hat. Der Anteil der Ausgaben des Bundes am Bruttoinlands-

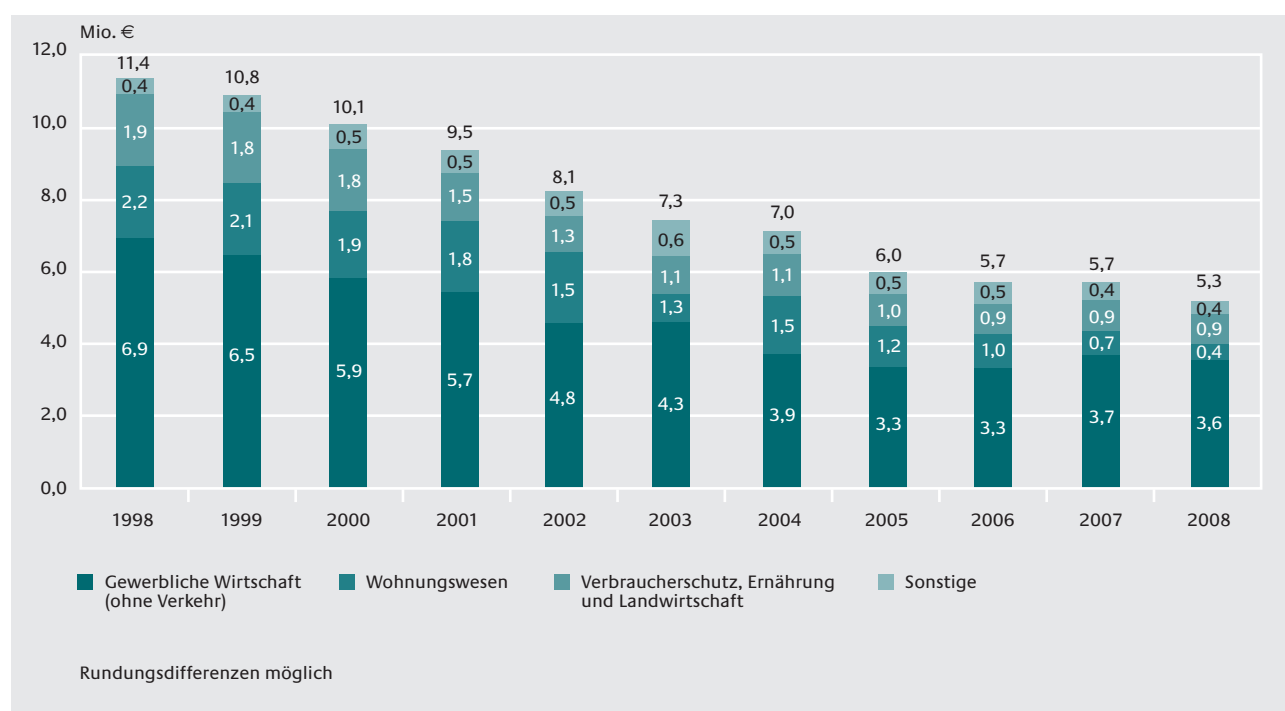
produkt beträgt 11,5 % im Jahr 2005 gegenüber 12,1 % im Jahr 1998.

## 3 Ausgewählte Positionen des Bundeshaushalts 2005 und des Finanzplans 2004 bis 2008

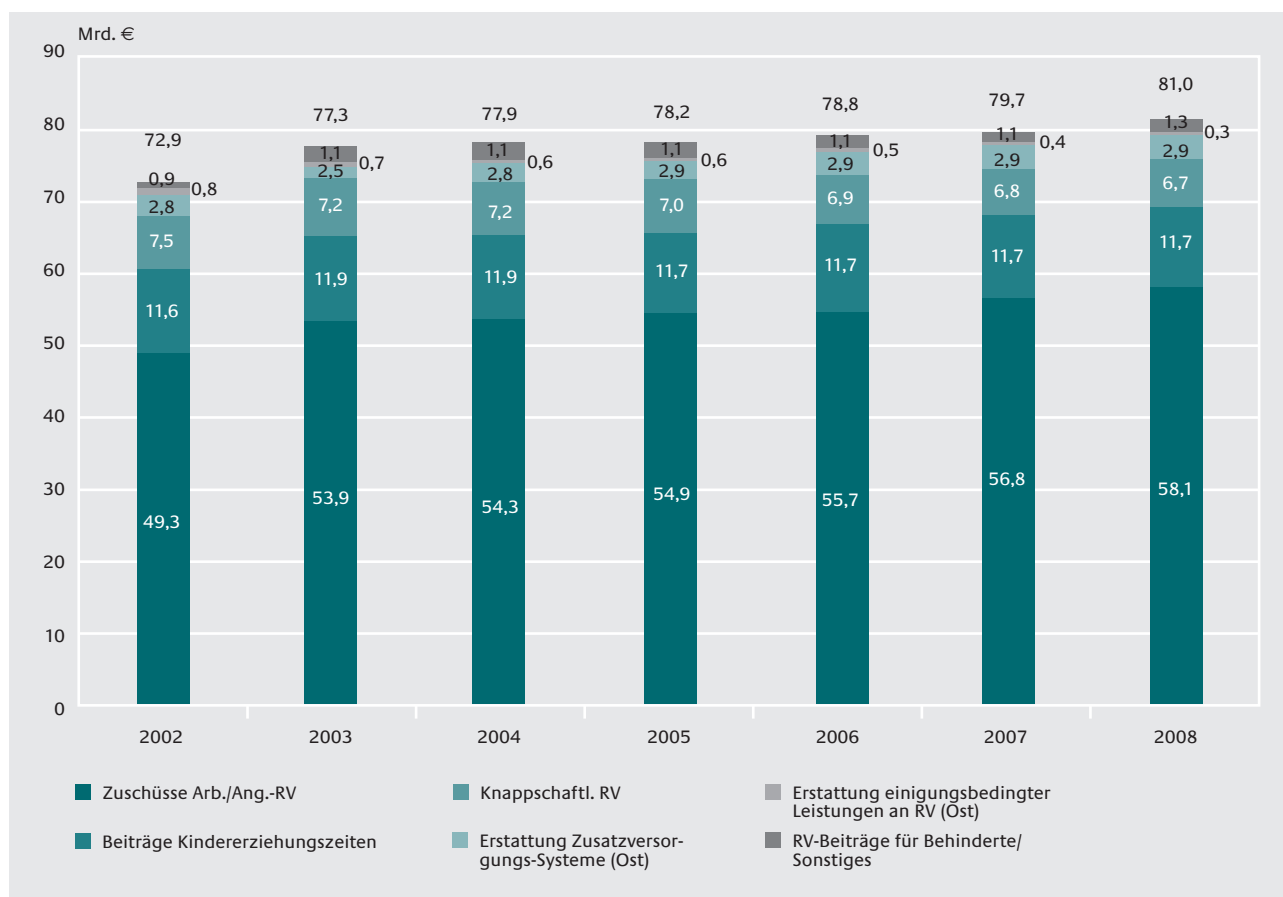
### 3.1 Soziale Sicherung und weitere Ausgabenschwerpunkte

Der Bereich der sozialen Sicherung ist der größte Ausgabenblock im Bundeshaushalt. Im Haushaltsentwurf 2005 sind hierfür fast 125 Mrd. € vorgesehen. Dies sind rd. 48 % der gesamten Ausgaben des Bundes. Auch in den folgenden Jahren werden die Sozialausgaben auf einem Niveau von 119 bis 120 Mrd. € jährlich liegen. Der größte Ausgabenposten sind die Leistungen des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung, die von rd. 78,2 Mrd. € im Jahre 2005 bis auf fast 81 Mrd. € am Ende des Finanzplanzeitraums anwachsen (s. Abb. 3, S. 50). Bei den Arbeitsmarktausgaben (rd. 30 Mrd. € im Haushaltsentwurf 2005) werden die Leistungen der neuen Grundsicherung (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe)

Abbildung 2: Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes 1998 bis 2008



## Abbildung 3: Entwicklung der Rentenversicherungsleistungen des Bundes 2002 bis 2008



erstmalig in den Finanzplan aufgenommen. Den hieraus resultierenden Mehrausgaben gegenüber dem alten Finanzplan stehen Mehreinnahmen im Bundeshaushalt durch den von der Bundesagentur für Arbeit zu leistenden Aussteuerungsbetrag (rd. 6,7 Mrd. € im Entwurf 2005) gegenüber. Die im Zuge der zum 1. Januar 2004 in Kraft getretenen Gesundheitsreform vereinbarte pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für „versicherungsfremde“ Leistungen durch den Bund führt zu Ausgaben von 2,5 Mrd. € im Jahre 2005 und jährlich 4,2 Mrd. € in den Folgejahren. Diesen Ausgaben stehen allerdings deutlich geringere Mehreinnahmen bei der Tabaksteuer gegenüber.

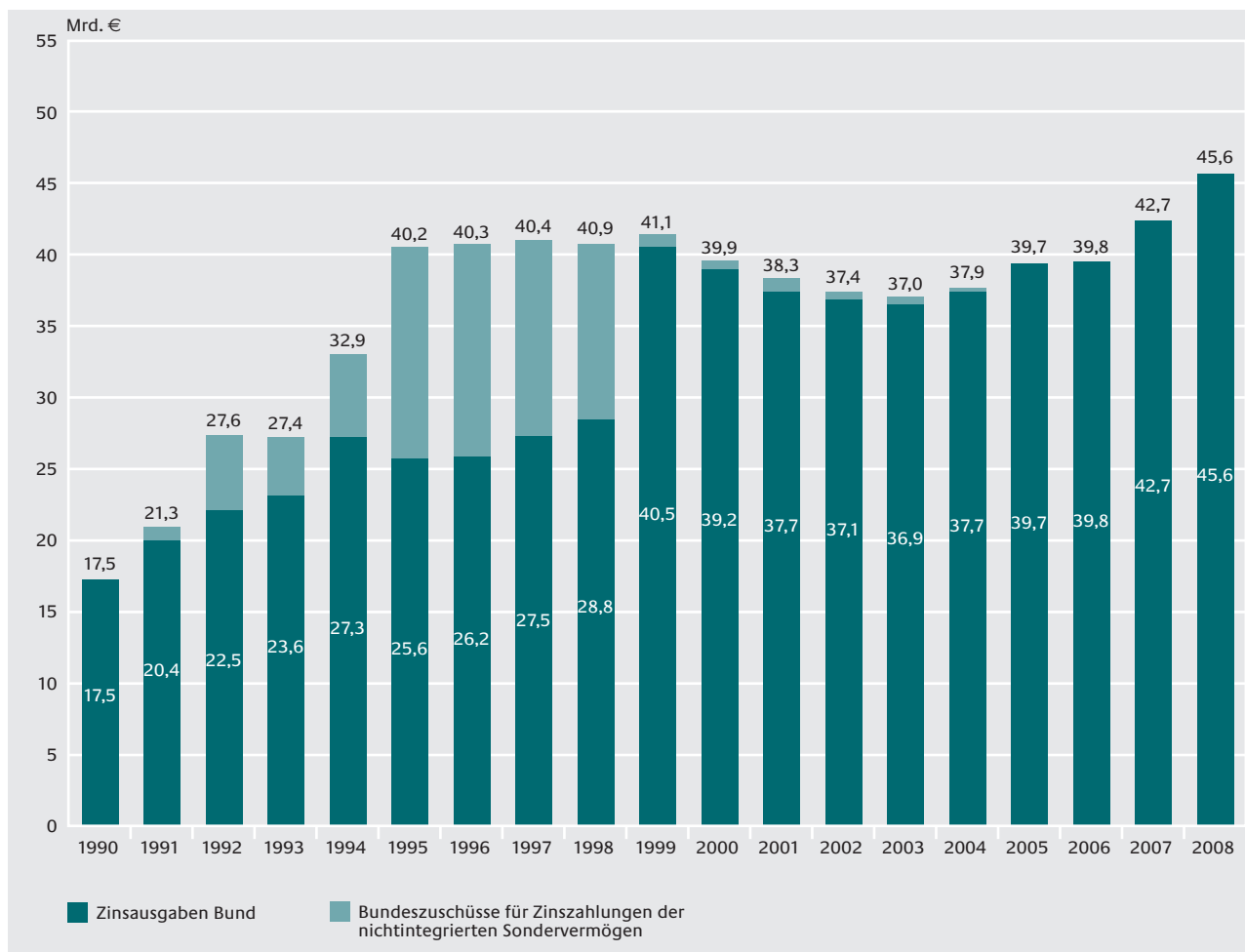
Ausgabenmäßige Schwerpunkte sind neben dem Sozialbereich die Zinsausgaben (im Bundeshaushalt 2005 sind fast 40 Mrd. € für Zinsausgaben veranschlagt, das entspricht rd. 15 % der

gesamten Bundesausgaben; die Zinsausgaben (s. Abb. 4, S. 51) werden bis zum Jahr 2008 auf rd. 45,6 Mrd. € ansteigen), die Verteidigungsausgaben (2005: rd. 24 Mrd. € bzw. 9,3 % der Bundesausgaben) sowie die Verkehrsausgaben (2005: rd. 19,5 Mrd. € bzw. 7,5 % der Bundesausgaben).

### 3.2 Personalausgaben

Der Bereich der Personalausgaben des Bundes wird maßgeblich bestimmt von den Bezüge- und Vergütungszahlungen an die aktiven Beschäftigten (Zivil- und Militärpersonal) sowie den Versorgungsleistungen an die Pensionäre. Die Personalausgaben insgesamt konnten in den letzten zehn Jahren trotz einer durchschnittlichen jährlichen Besoldungs- und Tarifverbesserung von annähernd 2 % sowohl nominal als auch in Relation zum Gesamthaushalt in etwa auf einem konstanten Niveau gehalten werden. So stiegen die Perso-

Abbildung 4: Entwicklung der Zinslasten des Bundes 1990 bis 2008



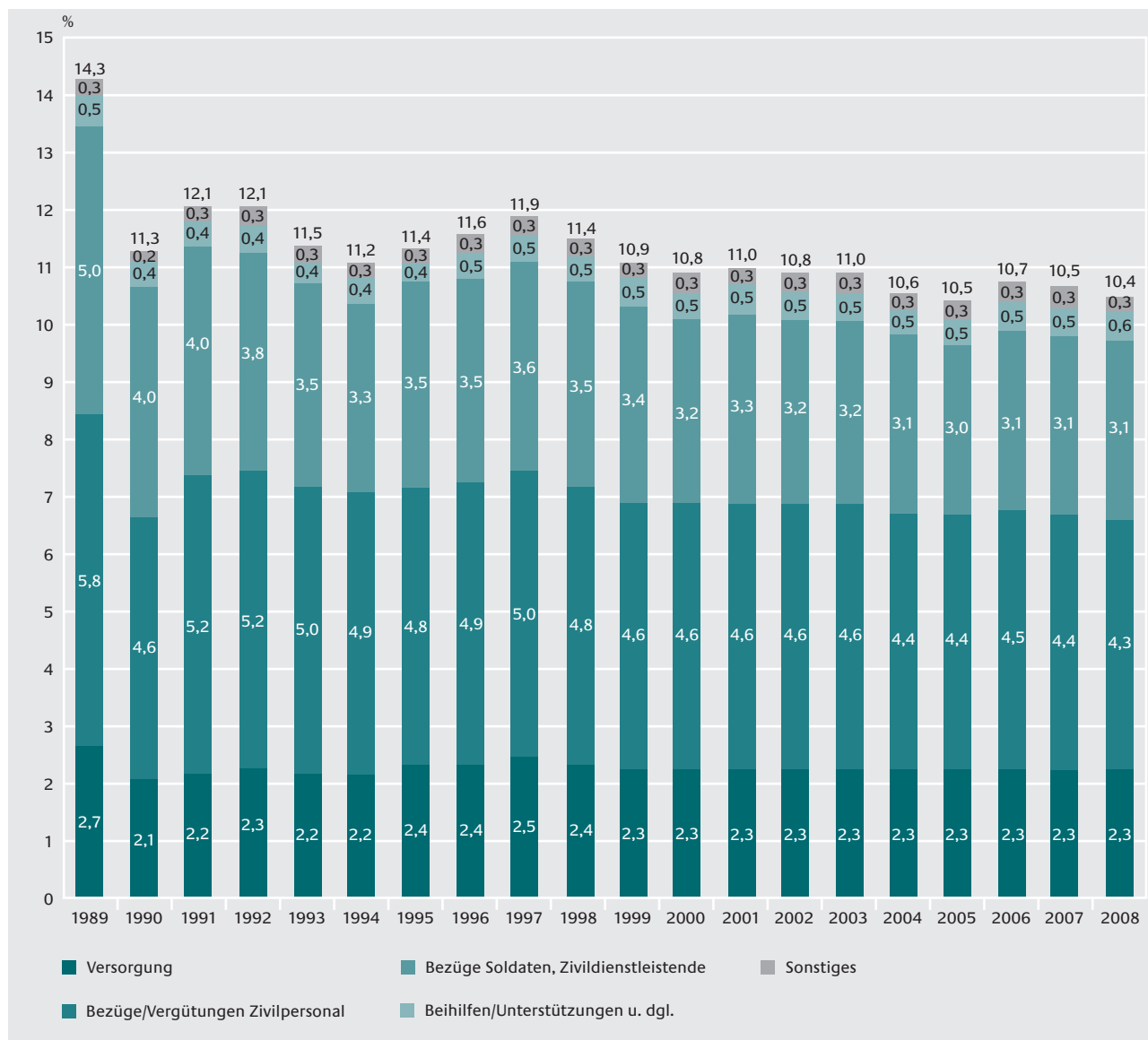
Personalausgaben nach der Wiedervereinigung zunächst an und erreichten im Jahre 1993 mit rd. 27 Mrd. € das Niveau, welches sie mit kleineren Schwankungen bis zum Jahr 2003 beibehalten haben. Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes erreichte im Jahr 2002 mit 10,8 % seinen bisher niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Dieses Verhältnis wird – unter Berücksichtigung der sich aus dem Haushaltsstabilisierungskonzept ergebenden Einsparungen – voraussichtlich auch in den nächsten Jahren in etwa gehalten werden können (s. Abb. 5, S. 52).

Entsprechend dem Haushaltsstabilisierungskonzept 2004 sind die notwendigen Belastungen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts auf viele Schultern gerecht verteilt worden. Dies bedeutet,

dass auch die aktiven und ehemaligen Beschäftigten des Bundes ihren Beitrag geleistet haben. So sieht der Regierungsentwurf 2005 dauerhafte Einsparungen bei den Personalausgaben im öffentlichen Dienst des Bundes in Höhe von 500 Mio. € (auf die einzelnen Ausgabetitel in den Einzelplänen verteilt) vor. Dieser Betrag wird durch folgende Maßnahmen erreicht:

- Halbierung der jährlichen Sonderzuwendung („Weihnachtsgeld“) für Versorgungsempfänger ab dem Jahr 2004;
- Kürzung des „Weihnachtsgeldes“ der aktiven Beamten, Richter und Soldaten um 30 % ab dem Jahr 2004;
- Streichung des jährlichen Urlaubsgeldes bei den aktiven Beamten, Richtern und Soldaten;
- Übertragung von Belastungen für gesetzliche Krankenversicherte auf Beihilfeberechtigte.

Abbildung 5: Anteil der Personalausgaben am Gesamthaushalt



### 3.3 Investitionen

Die Ausgabendisziplin geht auch an den Investitionen nicht spurlos vorüber. Dennoch ist es gelungen, die Investitionen im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2008 auf einem Niveau von rd. 22 Mrd. € zu stabilisieren (s. Tabelle S. 53). Die Veränderung im Jahr 2008 ist bedingt durch das Auslaufen von Sonderprogrammen (Ganztagsschulen, DDR-Sonderlasten bei der Schieneninfrastruktur). Die Höhe der Investitionen ist für die Beurteilung der wachstumsfördernden Wirkungen des Bundeshaushalts zudem nicht allein ausschlaggebend und lässt die von der Bundes-

regierung erkennbar verstärkte Förderung etwa von Bildung und Forschung im Rahmen der Innovationsoffensive zu großen Teilen außer Betracht.

### 3.4 Einnahmen

Bei den Einnahmen des Bundes im Jahre 2005 (258,3 Mrd. €) lassen sich drei große Bereiche unterscheiden (s. Abb. 6, S. 53). Den größten Anteil (194,5 Mrd. €) stellen die Steuereinnahmen, bestehend aus den Bundesanteilen an den großen Gemeinschaftssteuern (Lohnsteuer und veranlagte Einkommensteuer, Körperschaft-

## Der Finanzplan des Bundes 2004 bis 2008 – Gesamtübersicht –

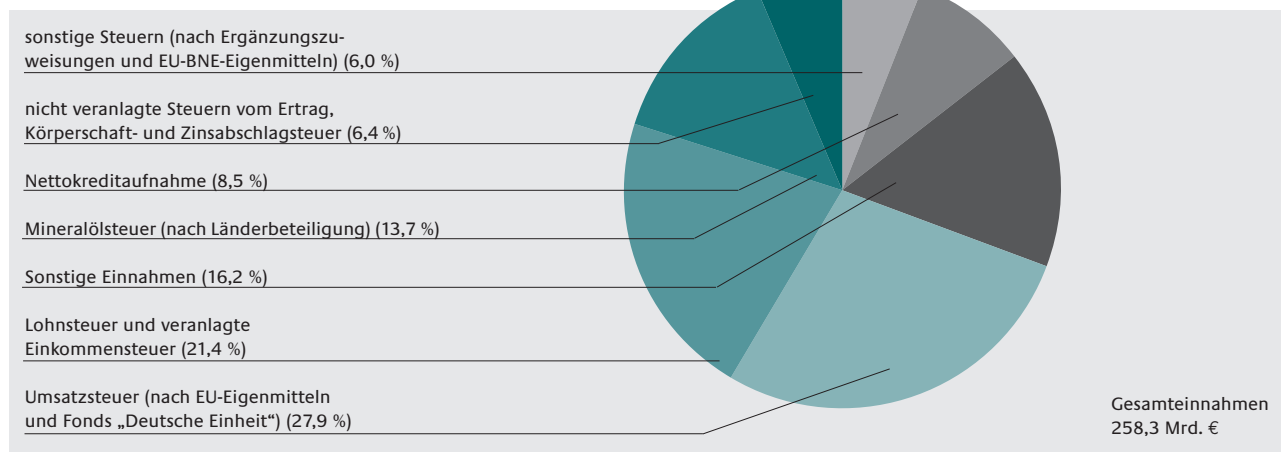
	Ist 2003	Soll 2004	Entwurf 2005	2006	Finanzplan 2007	2008
	– in Mrd. € –					
<b>Ausgaben</b>	<b>256,7</b>	<b>257,3</b>	<b>258,3</b>	<b>253,6</b>	<b>257,1</b>	<b>260,0</b>
Veränderung ggü. Vorjahr in %	+ 3,0	+ 0,2	+ 0,4	– 1,8	+ 1,4	+ 1,1
<b>Einnahmen</b>	<b>256,7</b>	<b>257,3</b>	<b>258,3</b>	<b>253,6</b>	<b>257,1</b>	<b>260,0</b>
Steuereinnahmen	191,9	197,7	194,5	202,6	210,3	216,8
Sonstige Einnahmen	26,2	30,3	41,8	29,3	25,6	23,7
Nettokreditaufnahme	38,6	29,3	22,0	21,7	21,2	19,5
nachrichtlich:						
Ausgaben für Investitionen	25,7	24,6	22,8	22,3	22,2	20,8
Differenzen durch Rundungen möglich.						

steuer und Umsatzsteuer), speziellen Verbrauchsteuern (z. B. Mineralöl-, Tabak-, Versicherungs- und Stromsteuer) und weiteren Bundessteuern (Solidaritätszuschlag). Die Steuern machen im Jahre 2005 75,3 % der Gesamteinnahmen des Bundes aus.

Neben den Steuereinnahmen erzielt der Bund im Jahre 2005 sonstige Einnahmen in Höhe von 41,8 Mrd. €. Hierzu gehören insbesondere ein Anteil am Gewinn der Deutschen Bundesbank, Einnahmen aus Gewährleistungen, die LKW-Maut, Erstattungen der Länder, Einnahmen aus Privatisierungen und Grundstücksverkäufen sowie Zinseinnahmen und Darlehensrückflüsse.

Schließlich ist im Entwurf des Bundeshaushalts 2005 eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 22,0 Mrd. € veranschlagt. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes im Jahre 2008 wird die Neuverschuldung auf 19,5 Mrd. € zurückgeführt. Trotz vielfältiger Belastungen ist es gelungen, die Nettokreditaufnahme des Jahres 2005 deutlich unter die Nettokreditaufnahme des Vorjahres (Soll: 29,3 Mrd. €) abzusenken. Hierzu tragen die Privatisierungserlöse in Höhe von 15,45 Mrd. € maßgeblich bei. Im gesamten Finanzplanungszeitraum liegt die Nettokreditaufnahme unter der Summe der investiven Ausgaben. Die Kreditfinanzierungsquote ist 2005 mit 8,5 % weitaus niedriger als die des Jahres 1998 von 12,3 %.

### Abbildung 6: Einnahmenstruktur des Bundes im Jahre 2005





# Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Halbjahr 2004<sup>1</sup>

- 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. Halbjahr 2004 55
- 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 2. Quartals 2004 57
- 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen 57

## 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. Halbjahr 2004

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. Halbjahr 2004 nach endgültigen Ergebnissen **192 521 Mio. €**, das sind + 2 050 Mio. € bzw. + **1,1 %** mehr als im 1. Halbjahr 2003.

Die Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2004 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Die **gemeinschaftlichen Steuern** nahmen im 1. Halbjahr 2004 im Vorjahresvergleich um + 0,4 % zu. Während ihr Aufkommen im 1. Quartal mit – 1,7 % noch unter dem vergleichbaren Vorjahreswert lag, brachte das 2. Quartal mit einer Zunahme um + 2,3 % eine deutliche Aufkommensverbesserung.

Die Entwicklung bei der Lohnsteuer war im 1. Halbjahr 2004 von der seit Jahresbeginn geltenden Tarifsenkung geprägt. Im 1. Quartal war der Rückgang mit – 3,5 % vergleichsweise gering, da sich zum einen die seit Jahresbeginn geltende Tarifsenkung erstmals bei der Abführung der Lohnsteuer für den Monat Januar im Februar-Aufkommen niederschlug. Zum anderen wurden offenbar flexible Lohnbestandteile in verstärktem Umfang nicht im Jahr 2003, sondern erst im Jahr 2004 wegen der dann geringeren Steuerbelastung ausgezahlt. Im 2. Quartal hingegen zeigte sich die Tarifsenkung deutlich im Aufkommen, das um – 6,7 % zurückging. Bezogen auf die ersten sechs Monate des Jahres 2004 resultiert daraus ein Rückgang der Lohnsteuereinnahmen um – 5,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Aufkommenssituation bei der veranlagten Einkommensteuer war nach der ersten Jahreshälfte 2004 mit – 2 754 Mio. € um knapp 100 Mio. €

	1. Halbjahr – Mio € –		Änderungen ggü. Vorjahr	
	2004	2003	in Mio €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	143 909	143 321	588	0,4
Reine Bundessteuern	36 548	35 994	554	1,5
Reine Ländersteuern	10 618	9 803	815	8,3
Zölle	1 446	1 353	93	6,8
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern)	192 521	190 471	2 050	1,1

<sup>1</sup> Endgültige Ergebnisse – Einschließlich Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“, im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

besser als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Bereinigt um die aus dem Kassenaufkommen gezahlten Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer, Investitionszulage und Eigenheimzulage ergab sich eine Aufkommensverbesserung um + 670 Mio. € bzw. + 3,5 %. Darin enthalten sind bereits die aufkommensmindernden Wirkungen der Tarifsenkung. Hier wurden die Vorauszahlungen bisher wohl nur unvollständig an die niedrigeren Steuersätze angepasst. Aus dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit wurden im 1. Halbjahr 2004 Einnahmen in Höhe von 224 Mio. € bei der Einkommensteuer verbucht.

In kassenmäßiger Betrachtung verlief die Einkommensteuerentwicklung in den beiden ersten Quartalen sehr unterschiedlich: Während im 1. Quartal die Kasseneinnahmen um – 358 Mio. € unter dem vergleichbaren Vorjahreswert lagen, überstiegen sie im 2. Quartal das Vorjahresergebnis um + 458 Mio. €. Ursächlich hierfür war die unterschiedliche Entwicklung der aus dem Einkommensteueraufkommen gezahlten Erstattungen und Zulagen (insbesondere Eigenheimzulage, bei der im März 2004 ein weiterer Baujahrgang in die Förderung einbezogen wurde).

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer waren nach den ersten sechs Monaten um knapp 3 Mrd. € höher als im Vorjahr. Lag das Aufkommen nach dem 1. Quartal, bedingt durch einen Sondereffekt (im Zuge einer Konzernumstrukturierung erfolgten Ausschüttungen einer Tochtergesellschaft an die Konzernmutter, die zu einer Anrechnung der Kapitalertragsteuer und damit zu einer Körperschaftsteuererstattung führten), noch um – 265 Mio. € unter dem Vorjahreswert, brachte das 2. Quartal einen kräftigen Aufkommensschub von + 3 260 Mio. €. Diese Zunahme beruhte zu fast  $\frac{2}{3}$  auf höheren Nachzahlungen für zurückliegende Veranlagungszeiträume und gut  $\frac{1}{3}$  auf höheren Vorauszahlungen für das Veranlagungsjahr 2004.

Beim Zinsabschlag setzte sich die negative Aufkommensentwicklung des 1. Quartals (– 12,3 %)

im 2. Quartal mit – 16,0 % in verstärktem Maße fort. Für das 1. Halbjahr 2004 ergab sich damit ein Rückgang im Vorjahresvergleich um – 13,2 %. Ursächlich hierfür war die weiterhin rückläufige durchschnittliche Verzinsung der Geldanlagen.

Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag stiegen im 1. Halbjahr um + 980 Mio. € bzw. + 15,7 %. Diese kräftige Zunahme beruhte ausschließlich auf zwei Sondereffekten im 1. Quartal (+ 23,4 %, siehe Körperschaftsteuer) und im 2. Quartal (+ 9,1 %). Ohne diese Sondereinflüsse wäre das Aufkommen im Vergleich zum Vorjahr sogar leicht zurückgegangen.

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz im 1. Halbjahr 2004 spiegelte mit einer Zunahme um + 1,4 % die schwache inländische Verbrauchsnachfrage wider. In der quartalsweisen Betrachtung war die Entwicklung im 1. Quartal mit einer Zunahme um + 1,6 % leicht besser als im 2. Quartal mit + 1,1 %.



Nach einem Anstieg im 1. Quartal um + 2,4 % schwächte sich der Aufkommenszuwachs bei den **reinen Bundessteuern** im 2. Quartal mit + 0,9 % ab, so dass das Halbjahresergebnis um + 1,5 % über dem Vorjahreswert lag. Die Aussagekraft dieser Veränderungsdaten ist indes begrenzt, da seit Januar 2004 durchgängig eine periodengerechte Verbuchung der Zahlungseingänge erfolgt, während die Vorjahresbasis nicht bereinigt ist. Die daraus resultierenden Verzerrungen in den Veränderungsdaten werden auch in der zweiten Jahreshälfte fort dauern, ab dem kommenden Jahr aber vollständig entfallen.

Das 2. Quartal war geprägt von Aufkommensrückgängen bei Mineralölsteuer (– 1,3 %) und



Tabaksteuer (– 3,2 %), die jedoch durch einen Anstieg der Stromsteuer (+ 17,2 %) und des aufkommensstarken Solidaritätszuschlags (+ 3,8 %) ausgeglichen wurden.

In der Halbjahresbetrachtung waren einzig bei Mineralölsteuer (– 2,6 %) und Versicherungssteuer (– 2,3 %) rückläufige Einnahmen zu verzeichnen, alle anderen Bundessteuern wie z. B. Solidaritätszuschlag (+ 0,7 %), Tabaksteuer (+ 5,6 %), Branntweinsteuer (+ 10,8 %) und Stromsteuer (+ 21,3 %) wiesen Zuwächse auf – unter der Einschränkung der in diesem Jahr begrenzten Aussagefähigkeit der Veränderungsraten.

Die **reinen Ländersteuern** entwickelten sich im 1. Halbjahr mit einer Zunahme um + 8,3 % außerordentlich dynamisch. Dabei war sowohl im 1. wie auch im 2. Quartal die Erbschaftsteuer mit + 59,8 % bzw. + 38,5 % Hauptträger der Dynamik (Halbjahr: + 48,2 %). Auch bei der Kraftfahrzeugsteuer (Halbjahr: + 4,8 %), Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 0,6 %), Biersteuer (+ 1,7 %) und Feuerchutzsteuer (+ 9,4 %) setzte sich die positive Aufkommenstendenz des 1. Quartals im 2. Quartal fort. Die Grunderwerbsteuer hingegen war in beiden Quartalen rückläufig und lag nach den ersten sechs Monaten um – 3,6 % unter dem Vorjahreswert.

## 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 2. Quartals 2004

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im **April 2004** gegenüber dem Vorjahresmonat um + 8,6 %. Die gemeinschaftlichen Steuern nahmen um + 10,0 % zu. Dabei wurde der durch die Tarifsenkung bedingte Rückgang bei der Lohnsteuer (– 6,7 %) durch kräftige Aufkommensverbesserungen bei Körperschaftsteuer, veranlagter Einkommensteuer und nicht veranlagten Steuern vom Ertrag überkompensiert. Auch die Steuern vom Umsatz überraschten mit einer Zunahme um + 3,7 %. Die reinen Bundessteuern brachten + 4,8 % mehr als im

Vorjahresmonat, die reinen Ländersteuern + 4,5 %.

Im **Mai 2004** gingen die Steuereinnahmen um – 2,6 % zurück. Verantwortlich hierfür war ein in erster Linie kassentechnisch bedingter Rückgang der reinen Bundessteuern um – 9,0 %. Aber auch die reinen Ländersteuern (– 1,7 %) und die gemeinschaftlichen Steuern (– 0,6 %) konnten nicht an die Dynamik des Vormonats anknüpfen. Dabei reichten die Einnahmeverbesserungen bei Körperschaftsteuer und Steuern vom Umsatz (+ 2,6 %) nicht aus, um den starken Rückgang bei der Lohnsteuer (– 7,1 %) auszugleichen.

Im **Juni 2004** lagen die Steuereinnahmen um + 1,9 % über dem Vorjahreswert. Während die gemeinschaftlichen Steuern mit – 0,5 % leicht rückläufig waren, verzeichneten die reinen Bundessteuern und die reinen Ländersteuern mit + 8,6 % bzw. + 18,5 % kräftige Zuwächse. Dabei war der Anstieg bei den reinen Bundessteuern erneut ausschließlich kassentechnisch bedingt, derjenige der reinen Ländersteuern auf einen großen Erbschaftsteuerfall in einem Bundesland zurückzuführen. Bei den gemeinschaftlichen Steuern enttäuschten die Steuern vom Umsatz mit einem Rückgang um – 2,9 %. Dagegen brachte der zweite Vorauszahlungstermin des Jahres bei der Körperschaftsteuer eine kräftige Zunahme um + 48 %. Zwar entfiel knapp die Hälfte dieses Zuwachses auf einen Basiseffekt (im Vorjahr gab es eine hohe Erstattung). Insgesamt verfestigte sich jedoch die Tendenz zur Erholung des Körperschaftsteueraufkommens.

## 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 2004 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden<sup>2</sup> und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der nachstehenden Tabelle dargestellt:

<sup>2</sup> Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz.

	1. Halbjahr – Mio € –		Änd. ggü. Vorjahr	
	2004	2003	in Mio €	in %
Bund	84 226	83 796	430	0,5
EU	10 679	11 003	– 324	– 2,9
Länder	87 239	84 771	2 468	2,9
Gemeinden	10 377	10 902	– 525	– 4,8
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern)	192 521	190 471	2 050	1,1

Die Stadtstaaten vereinnahmten darüber hinaus im 1. Halbjahr 2004 an Gemeindesteuern (ohne Berücksichtigung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz sowie der Gewerbesteuerumlage) 1727 Mio. €, das sind 134 Mio. € bzw. + 8,4 % mehr als im 1. Halbjahr 2003.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. Halbjahr 2004 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter <http://www.bundesfinanzministerium.de/Steuern-und-Zoelle/Steueraufkommen-459.htm>

# Arbeitsplatzeffekte der Globalisierung

1	Auslandsinvestitionen und zunehmende Vorleistungsimporte	59
2	Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen	60
2.1	Steigende Exporte aufgrund verbesserter Wettbewerbsfähigkeit	60
2.2	Wachsender Beitrag des Außenhandels am Bruttoinlandsprodukt	61
2.3	Hohe Exportdynamik sichert Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Inland	62
3	Schlussbemerkungen	64

Im Prozess der Globalisierung nehmen die weltweite Arbeitsteilung und die Verflechtung nationaler Volkswirtschaften rasant zu. Dies zeigt sich in einer starken Zunahme der Handels- und Kapitalströme. Die sehr außenwirtschaftlich orientierte deutsche Wirtschaft ist in diesen Prozess überdurchschnittlich eingebunden, aber profitiert sie auch davon?

Im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung zum 1. Mai dieses Jahres waren vermehrt skeptische Stimmen zu vernehmen, die eine zunehmende Verlagerung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen aus Deutschland in das kostengünstige Ausland („Outsourcing“, auch „Offshoring“) befürchteten. Gelegentlich wird in diesem Zusammenhang auch der Begriff „Basarökonomie“ genannt. Danach würden die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft überwiegend durch steigende Vorleistungsimporte erkauft, wodurch sich der Anteil der Wertschöpfung am Produktions- und Exportwert verringere. Infolgedessen würden Produktion und damit Arbeitsplätze an das Ausland verloren gehen. Wie stichhaltig sind diese Überlegungen?

## 1 Auslandsinvestitionen und zunehmende Vorleistungsimporte

Deutsche Unternehmen investieren – nach Branchen und Zielländern sehr differenziert –

bereits seit langer Zeit in steigendem Umfang im Ausland. Aktuelle Schwerpunkte sind die USA, China und – schon seit mehreren Jahren – die mittel- und osteuropäischen Nachbarländer. Dabei gibt es unterschiedliche Typen von Direktinvestitionen, z. B. in Form von Beteiligungskapital, Finanz- und Handelskrediten. Dazu gehört auch die Neuanlage von Produktionskapazitäten im Ausland. Insbesondere bei diesen ist direkt erkennbar, dass damit Teile der Wertschöpfungskette, die sonst unter Umständen im Inland realisiert würden, ins Ausland verlagert werden.

Die Deutsche Bundesbank hat in einer umfassenden Untersuchung „EU-Osterweiterung: Merkmale und Besonderheiten“<sup>1</sup> die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in diesen Ländern beleuchtet. Als Hauptmotive für den Kapitalexport werden dabei sowohl die Marktnähe und die Markterschließung als auch die Kostenvorteile durch Ausnutzung des Lohngefälles hervorgehoben.

Dieses „Outsourcing“ ist ein Teil des globalen Strukturwandels sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen. Dieser äußert sich vor allem darin, dass in der Weltwirtschaft insgesamt die Handelsströme und Kapitalexporte schneller wachsen als die gesamte Wirtschaftsleistung. In der deutschen Industrie, bei der diese Tendenzen seit Jahrzehnten zu beobachten sind, zeigt sich die zunehmende Arbeitsteilung in einem steigenden Anteil der Vorleistungen am Produktionswert. Dieses Phänomen spiegelt sich in der amtlichen Statistik in verschiedenen Kennzahlen wider: So steigt zum einen die Industrieproduktion (gemessen mit dem Produktionsindex) schneller als die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe. Zum anderen zeigt sich eine Erhöhung der „Vorleistungsquote“ (Anteil des Vorleistungswertes am gesamten Produktionswert) bzw. eine sinkende „Wertschöpfungsquote“ (Anteil der Wertschöpfung am Produktionswert). Dieser Prozess hat sich in der 2. Hälfte der 90er Jahre beschleunigt. So sank die Wertschöpfungsquote

<sup>1</sup> Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, Mai 2004, S. 5 ff.

im Verarbeitenden Gewerbe von rd. 37 % im Jahr 1995 auf 32 % (nominal auf 34 %) im Jahr 2003. In den letzten drei Jahren hat sich diese Entwicklung aber merklich verlangsamt (Abbildung 1). Dabei reflektiert die steigende Vorleistungsquote deutscher Industrieunternehmen sowohl die zunehmende inländische Arbeitsteilung – z. B. die Auslagerung von Dienstleistungsaktivitäten – als auch einen wachsenden Vorleistungsimport.

In den Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamtes, die derzeit bis zum Jahr 2000 vorliegen, lassen sich die Quellen der nominalen Wertschöpfung über alle Vorstufen hinweg detailliert nachweisen (s. Tabelle S. 65). Daraus geht auch hervor, dass sich in ähnlicher Weise wie der Anteil der Vorleistungen am Produktionswert auch der Anteil der Vorleistungsimporte am Exportwert erhöht bzw. der Anteil der Wertschöpfung verringert hat. Der Wertschöpfungsgehalt eines Exportguts (exportinduzierte Bruttowertschöpfung) ist im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt von 72,0 % im Jahre 1991 auf 60,7 % im Jahre 2000 gesunken.

Wie ist dieser statistische Befund nun zu bewerten? Zweifelsfrei gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Wertschöpfung und Arbeitsplätzen. Wenn Industrieunternehmen für ihre Produktion

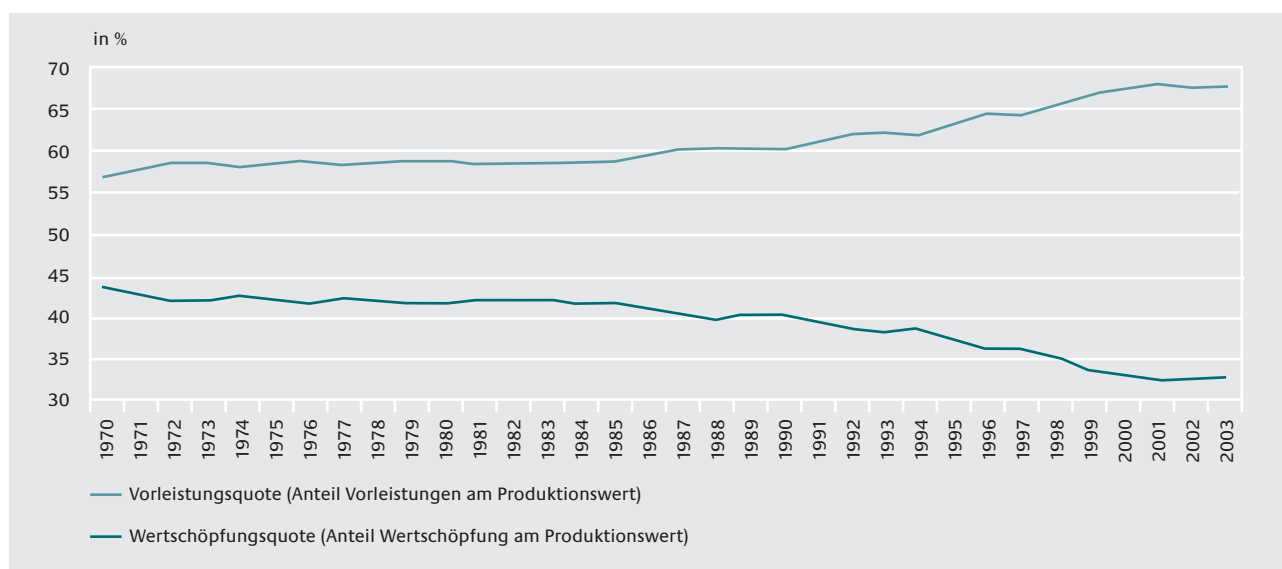
bzw. ihre Exporte verstärkt Vorleistungen importieren (evtl. sogar aus dem eigenen Tochterunternehmen im Ausland), so bedeutet das für diese Produktion zunächst eine Verlagerung von Wertschöpfungsteilen und gegebenenfalls Arbeitsplätzen ins Ausland. Ist damit aber die These von der „Basarökonomie“, im Sinne des Imports von Vorprodukten, die in Deutschland nur montiert bzw. komplettiert und dann weltweit verkauft werden, bewiesen? Welche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat diese Entwicklung tatsächlich?

## 2 Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen

### 2.1 Steigende Exporte aufgrund verbesserter Wettbewerbsfähigkeit

Ein entscheidendes Ergebnis der Auslandsaktivitäten der deutschen Unternehmen (Motiv: Kostensenkung und Markterschließung) ist die offensichtlich gestiegene Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten. Dies trägt zu den Exporterfolgen der deutschen Wirtschaft bei. Unter den großen Volkswirtschaften weist Deutschland im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) die höchsten Exporte auf. Die Relation belief sich im Jahr 2003 für Deutschland auf 36,8 %, für das

**Abbildung 1: Vorleistungs- und Wertschöpfungsquote im Verarbeitenden Gewerbe (real)**



Vereinigtes Königreich (UK) auf 32,2 %, für Frankreich auf 28,3 %, für Japan auf 12,2 % und für die USA auf 11,4 % (lediglich die hoch entwickelten kleineren Volkswirtschaften haben relativ höhere Exporte). Deutschland hat Jahr für Jahr beträchtliche Exportzuwächse – in Abhängigkeit von der Weltkonjunktur mit schwankenden Steigerungsraten – realisiert.

## 2.2 Wachsender Beitrag des Außenhandels am Bruttoinlandsprodukt

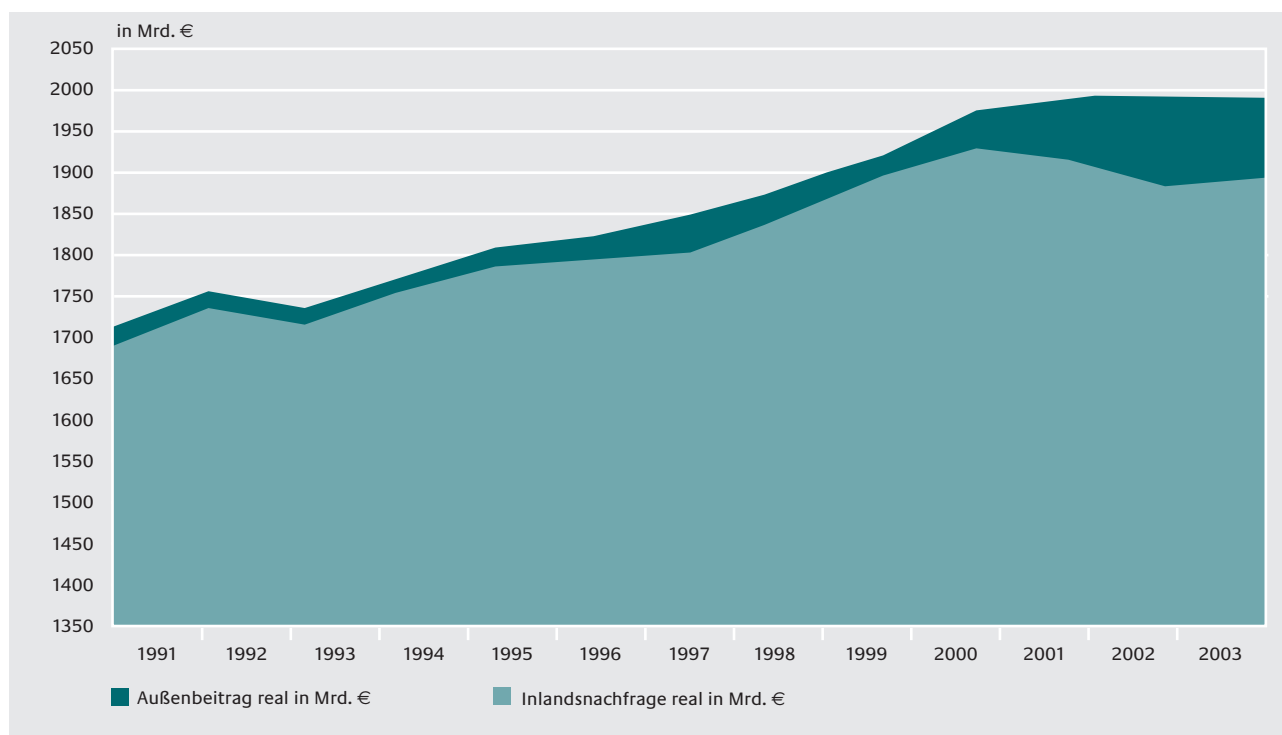
Durch die Ausweitung der Exporte wird ein wesentlicher Beitrag zur Wertschöpfung im Inland geleistet. Damit werden Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen. In den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird der Beitrag der Außenwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausgewiesen. Er ergibt sich aus der Differenz zwischen Exporten und Importen. Deutschland weist seit Jahren einen hohen und in der Tendenz steigenden Außenbeitrag auf. Der absolute Beitrag der Nettoexporte zum BIP hat sich in realer Rechnung von 1991 bis 2003 verfünffacht (zuletzt

+ 92,50 Mrd. €). Zu laufenden Preisen gerechnet fiel der Anstieg noch höher aus. In den Jahren 1991/1992 gab es nominal nämlich einen negativen Außenbeitrag, der sich in den folgenden Jahren aber in einen wachsenden Überschuss verwandelte und sich im Jahr 2003 auf 89,21 Mrd. € belief.

Allein die Tatsache eines positiven und tendenziell wachsenden Außenbeitrages widerlegt im Grundsatz die These einer „Basarökonomie“, nach der immer mehr Wertschöpfung an das Ausland verloren gehe. Allerdings wird der Außenbeitrag auch von verschiedenen Sonderfaktoren geprägt, so dass kurzfristig durchaus unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten sind. Beispielsweise kann ein gestiegener Außenbeitrag auch aus sinkenden Importen (wegen schwacher Inlandsnachfrage) bei gleichzeitig stagnierenden oder weniger rückläufigen Exporten resultieren. Auch die Wechselkursentwicklung beeinflusst den Außenbeitrag.

Präzisere Aussagen über die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Exporten und Importen

### Abbildung 2: Reale Werte BIP – Aufteilung in Inlandsnachfrage und Außenbeitrag



im längerfristigen Prozess des laufenden Strukturwandels liefern die Input-Output-Tabellen am Ende des Berichtes (s. Tabelle S. 65).

## 2.3 Hohe Exportdynamik sichert Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Inland

In den Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamtes werden u. a. für elf aggregierte Gütergruppen die Gesamtexporte, die Exporte aus inländischer Produktion und die exportinduzierte Wertschöpfung berechnet. Die Angaben liegen derzeit für die Jahre 1991, 1995, 1998, 1999 und 2000 in nominaler Rechnung vor (s. Tabelle S. 65). Folgendes wird deutlich:

- Der Anteil der exportinduzierten Wertschöpfung an den Exporten aus inländischer Produktion hat sich (wegen steigender Vorleistungsimporte) zwar von 77,5 % im Jahr 1990 auf 70,5 % im Jahr 2000 verringert.
- Gleichzeitig sind aber die Exporte aus inländischer Produktion um 64,1 % angewachsen.
- Damit war verbunden, dass auch die Wertschöpfung aus den Exporten stark angestiegen ist, nämlich um 49,2 %.

- Diese Zunahme war deutlich stärker als das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (+ 34,1 %; vgl. Abbildung 3).

Damit haben die Exporte überdurchschnittlich zur Wertschöpfung beigetragen. Es zeigt sich also ein positiver Mengeneffekt: Durch die hohe Exportdynamik wurde die Verringerung der spezifischen Wertschöpfung je exportierten Euro überkompensiert (vgl. Abbildung 4, S. 63).

Im Ergebnis hat sich der Anteil der exportinduzierten Wertschöpfung an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung von 19,8 % im Jahr 1991 auf 22,0 % im Jahr 2000 erhöht (vgl. Abbildung 5, S. 63).

Mit anderen Worten: Gut ein Fünftel der inländischen Wertschöpfung und damit der Arbeitsplätze beruht auf den Exporten. Dabei ist längerfristig eine steigende Tendenz zu beobachten. Dies bedeutet nichts anderes, als dass Deutschland die verstärkte internationale Arbeitsteilung einschließlich der Produktionsverlagerungen und des Vorleistungsimports nutzt, um inländische Arbeitsplätze zu sichern bzw. im Prozess des

**Abbildung 3: Exporte aus inländischer Produktion, gesamtwirtschaftliche und exportinduzierte Bruttowertschöpfung**

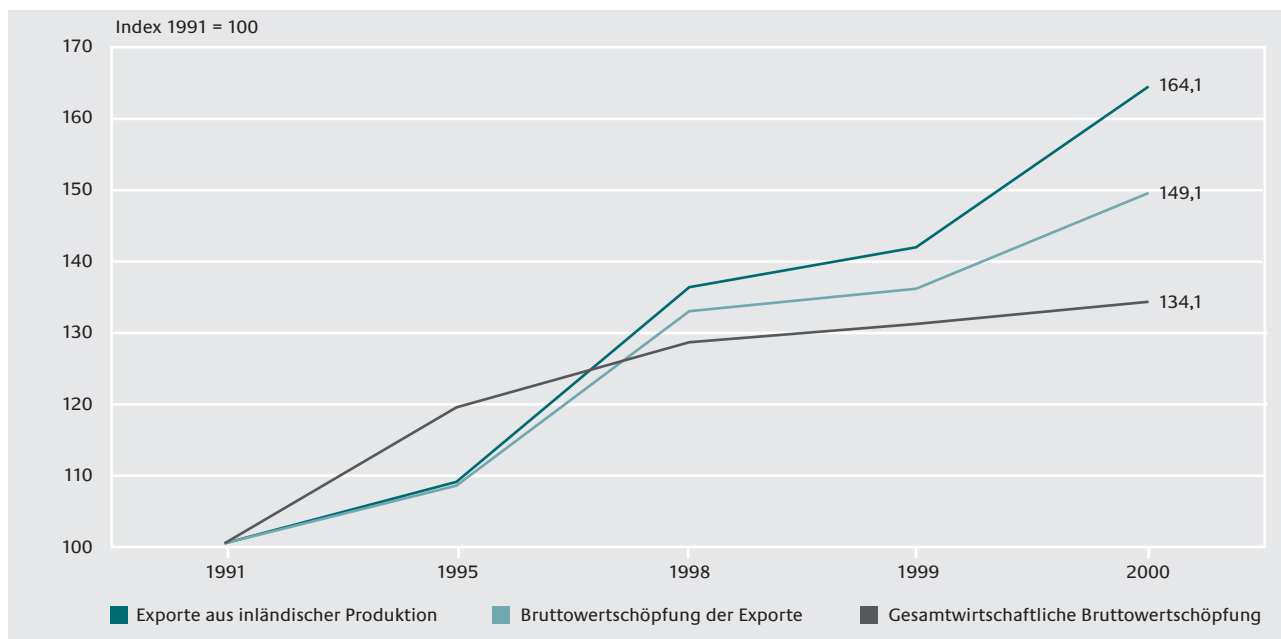


Abbildung 4: Absolutwerte Export und exportinduzierte Wertschöpfung

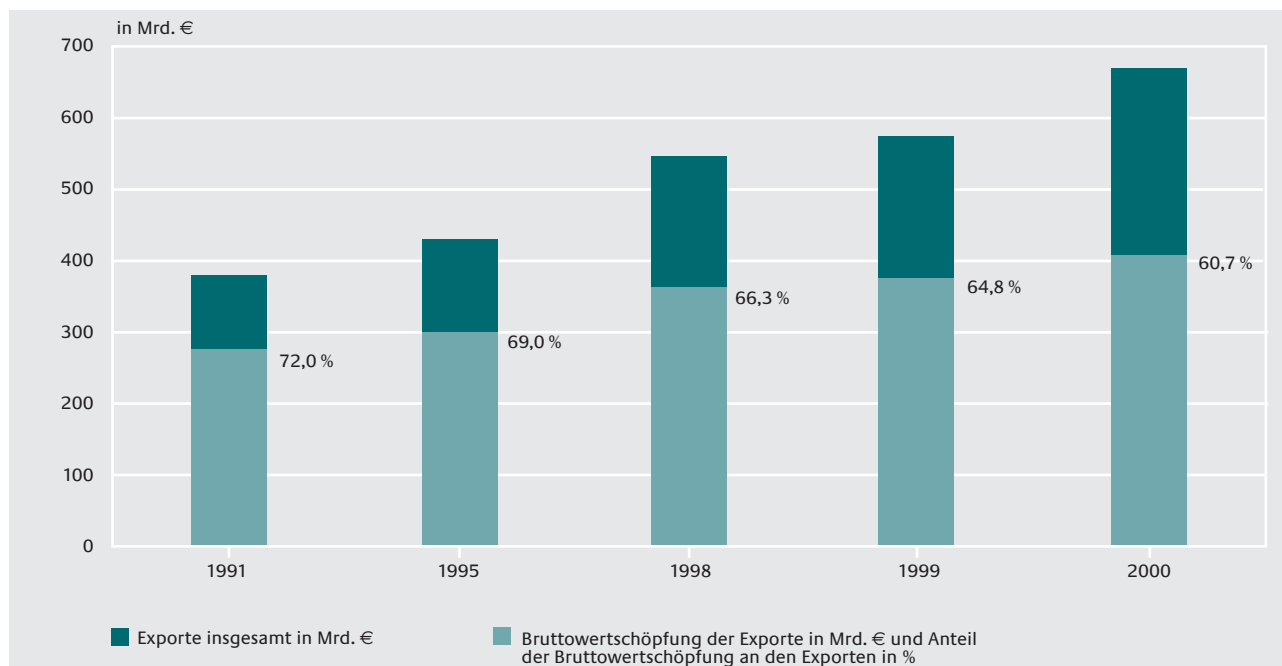
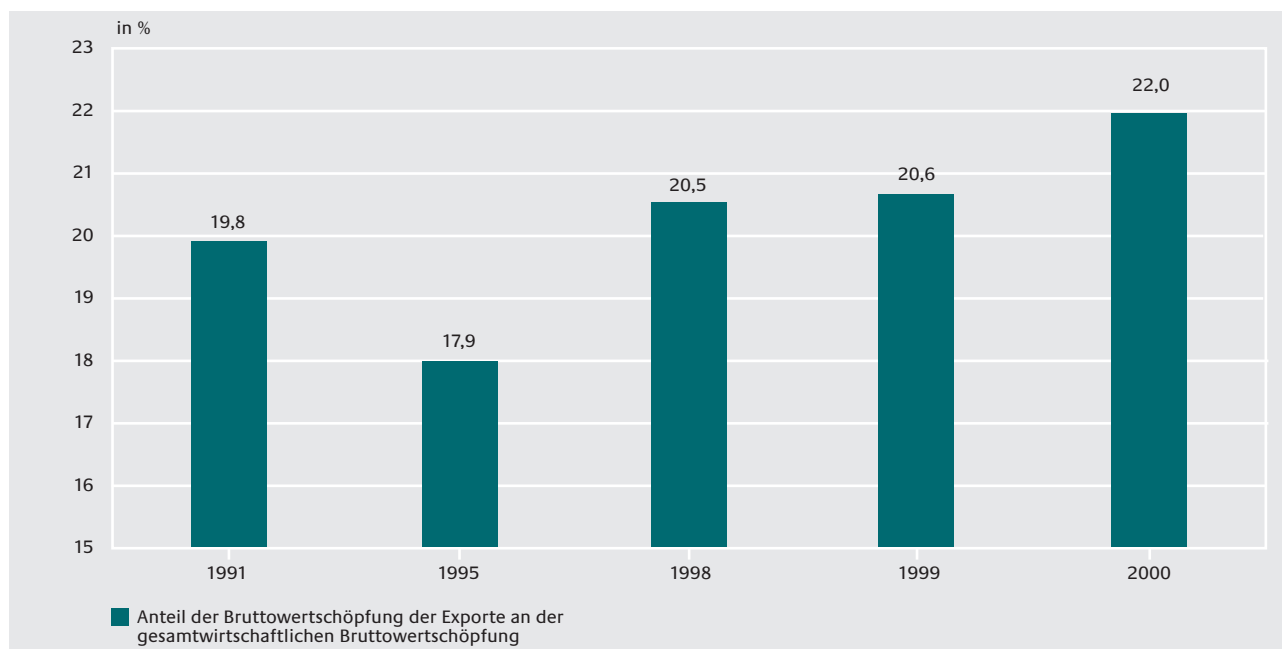


Abbildung 5: Anteile des Exports an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung



Strukturwandels neue zu schaffen. Im Übrigen geht aus der Entwicklung der einzelnen Gütergruppen der Input-Output-Tabellen hervor, dass der Anteil der exportinduzierten Bruttowertschöpfung aus den Dienstleistungsbereichen – ausgehend von einem vergleichsweise niedrigen

Niveau – überdurchschnittlich angestiegen ist. Die Berechnungen liegen derzeit allerdings nur zu laufenden Preisen vor, da für die Gütergruppen der Input-Output-Tabellen zumeist keine geeigneten Deflatoren zur Verfügung stehen. Die Tendenzaussagen dieser Rechnungen dürften sich

aber auch in einer denkbaren Festpreisrechnung kaum ändern. Im Verarbeitenden Gewerbe verlaufen nämlich die Preisentwicklungen für den Produktionswert und die Vorleistungen nahezu parallel.

### 3 Schlussbemerkungen

Außer den rechnerisch nachweisbaren Wirkungen der wachsenden Außenhandelsüberschüsse sollten jedoch weitere indirekte Effekte einer hohen Exportdynamik nicht aus den Augen verloren werden. So erfordert eine steigende Exportproduktion beständige technologische Neuerungen, die in der Regel mit neuen Investitionen verbunden sind. Über den Nachfrageimpuls aus dem Ausland können so Arbeitsplätze zunächst in der inländischen Investitionsgüterindustrie entstehen. Über eine wachsende Beschäftigung kann sich dann der Impuls in weitere Bereiche fortpflanzen.

Alle hier vorgenommenen Betrachtungen beziehen sich zunächst auf die gesamtwirtschaftliche Ebene. Dabei ist klar, dass die hier skizzierten Auswirkungen des globalen Strukturwandels einzelne Sektoren und Branchen in unterschiedlicher Weise berühren. Es gibt Gewinner und Verlierer. Aus dem oben zitierten Bericht der Bundesbank geht beispielsweise hervor, dass die deutsche Automobilindustrie im Inland zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen hat – trotz erheblicher Investitionen und Produktionsverlagerungen in die neuen EU-Länder. Auf der anderen Seite hat die Möbelindustrie Arbeitsplätze verloren.

Die möglichen Risiken der Globalisierung dürfen nicht einseitig in den Vordergrund gerückt werden. So sind Direktinvestitionen in andere Länder zuallererst Ausdruck einer verstärkten internationalen Arbeitsteilung. Gerade für Deutschland liegen in dieser Entwicklung große wirtschaftliche Chancen. Schon heute entfallen beispielsweise ca. 12 % des deutschen Außenhandels auf Exporte in die Länder Mittel- und Osteuropas. Wenn der Wohlstand der 75 Mio. Einwohner in den Beitrittsländern steigt, kann Deutschland aufgrund der Exportstärke seiner Industrie und der räumlichen Nähe zu den neuen Mitgliedstaaten davon besonders profitieren.

Alles in allem ist festzuhalten, dass die deutsche Wirtschaft bislang per saldo von der Globalisierung profitiert hat. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, müssen auch weiterhin hohe Exportsteigerungen erzielt werden, die den durch die Globalisierung bedingten Rückgang des Wertschöpfungsgehalts der Exporte ausgleichen bzw. überkompensieren.

Dies alleine reicht jedoch nicht aus, um Wachstum und Beschäftigung in Deutschland zu sichern. Hierzu muss auch die Binnenkonjunktur einen erheblichen Beitrag leisten, denn der größte Markt für deutsche Güter und Dienstleistungen ist der inländische Markt selbst. Da die deutsche Wirtschaftsentwicklung in den letzten Jahren durch eine ausgeprägte Schwäche der Inlandsnachfrage geprägt ist, muss deshalb aktuell vor allem die Stärkung der Binnennachfrage im Fokus der Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik stehen.



## Exporte und exportinduzierte Bruttowertschöpfung 1991, 1995, 1998, 1999 und 2000

Lfd. Nr.	Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1991	1995	1998	1999	2000
1	Exporte insgesamt (ohne Konsumausgaben Gebietsfremder im Inland)	Mio. € 1991=100	374 120 100	421 890 113	538 515 144	564 809 151	662 159 177
2	dar.: Exporte aus inländischer Produktion (ohne Konsumausgaben Gebietsfremder im Inland)	Mio. € 1991=100	347 534 100	379 293 109	473 161 136	493 432 142	570 432 164
3	Exportinduzierte Bruttowertschöpfung	Mio. € 1991=100	269 314 100	291 227 108	357 129 133	365 742 136	401 933 149
4	Exportinduzierte Bruttowert- schöpfung in % der Exporte insgesamt	%	72,0	69,0	66,3	64,8	60,7
5	Exportinduzierte Bruttowert- schöpfung in % der Exporte aus inländischer Produktion in Mio. €	%	77,5	76,8	75,5	74,1	70,5
6	Exportinduzierte Bruttowertschöp- fung in % der Bruttowertschöp- fung für die Gesamtwirtschaft	%	19,8	17,9	20,5	20,6	22,0
7	nachrichtlich: gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung	Mio. € 1991=100	1 359 470 100	1 624 160 119	1 741 830 128	1 776 400 131	1 823 520 134
Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2004, Referat III C 4							



# Eigenkapitalquoten deutscher Unternehmen

1	Finanzierungsstrukturen und Eigenkapitalausstattung	67
2	Untersuchungen der Deutschen Bundesbank	68
2.1	Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen	68
2.2	Zur wirtschaftlichen Situation kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland	69
3	KfW-Studie – Mittelstandsfinanzierung im Wandel	70
4	Weitere ausgewählte Untersuchungen zum Eigenkapital	74
5	Fazit	74

## 1 Finanzierungsstrukturen und Eigenkapitalausstattung

Die Diskussion um die Eigenkapitalquote deutscher Unternehmen und insbesondere des deutschen Mittelstandes wird seit vielen Jahren geführt. Im Mittelpunkt der Diskussion steht immer wieder die Frage, inwieweit die Höhe der Eigenkapitalquote Rückschlüsse auf die Leistungsfähigkeit und Dynamik einer Volkswirtschaft, die Investitionsfähigkeit und -bereitschaft der Unternehmen sowie deren Finanzierungssituation zulässt. Globalisierung, Deregulierung und neue Informations- und Kommunikationstechnologien haben Veränderungen im Finanzsektor ausgelöst und u. a. zu erhöhtem Kostendruck und verstärktem Ertragswettbewerb im Bankensektor geführt.

Verschiedene aktuelle Studien deuten darauf hin, dass die Kreditvergabepolitik der Banken in den letzten Jahren differenzierter und in der Tendenz restriktiver geworden ist. Das Spektrum der Finanzierungsinstrumente und Bewertungsverfahren hat sich erweitert und die Anforderungen an die Banken sowie Kreditkunden sind gestiegen. Insbesondere im Bereich der Mittelstandsfinanzierung ist die Rede von einem teilweisen

Rückzug der Geschäftsbanken, einer zu geringen Eigenkapitalquote gerade der kleinen und mittleren Unternehmen, neuen Anforderungen an Unternehmen und Banken durch Rating und alternative Finanzierungsinstrumente.

Deutsche Unternehmen weisen im internationalen Vergleich „traditionell“ eine niedrige Eigenkapitalquote aus, was schon in den 80er Jahren in verschiedenen Studien aufgezeigt und mit einer schwachen Gründungsneigung und hohen „Sterblichkeit“ junger Unternehmen in Verbindung gebracht wurde.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat eine vergleichende Bilanzanalyse für französische und deutsche Unternehmen für die Jahre 1987 bis 1996 vorgenommen.<sup>1</sup> Ein Ergebnis der Studie ist, dass die Finanzierungsstrukturen von Unternehmen das Produkt komplexer ökonomischer und institutioneller Einflussfaktoren sind. Die deutlich höheren Eigenkapitalquoten französischer Unternehmen lassen sich zum Teil durch Unterschiede im Banken- und Steuersystem sowie im Insolvenzrecht erklären. Internationale Vergleiche, die alleine auf einer isolierten Betrachtung von Quoten ansetzen, führen leicht zu Fehleinschätzungen.

An der – im internationalen Vergleich – geringen Eigenkapitalquote deutscher Unternehmen hat sich bis heute wenig verändert. Allerdings hat sich der Schwerpunkt der Diskussion verlagert: Stand in den 80er Jahren noch die Funktion des Eigenkapitals als wichtiges Finanzierungsinstrument im Vordergrund, wird dem Eigenkapital heute eher eine große Rolle bei der Bewertung der Unternehmen und der Aufnahme von Fremdkapital zugeschrieben.

Frühere Studien zur Eigenkapitalausstattung, die sich auf veröffentlichte Zahlen der Bundesbank stützen, verweisen auf den negativen Trend der Eigenkapitalquoten in den 60er und 70er

<sup>1</sup> KfW-Research: Ergebnisse vergleichender Bilanzanalysen für französische und deutsche Unternehmen, S. 45 ff., Nr. 23, Juni 2001

Jahren. Nach diesen Zahlen sank die Quote von 29,8 % im Jahr 1965 auf 20,5 % im Jahr 1981. Schon damals hat man versucht, die Entwicklung der Eigenkapitalquote anhand der Ertragslage und der Finanzierungsstruktur zu erklären, ohne dabei zu einem eindeutigen empirischen Befund zu kommen.<sup>2</sup>

Zur Eigenkapitalquote deutscher Unternehmen gibt es eine Reihe von Studien, die zum Teil regelmäßig erstellt werden. Zu nennen sind hierbei insbesondere die Studien der Deutschen Bundesbank, der KfW, des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. (VVC), des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) und der IKB Deutsche Industriedreditbank. Die Untersuchungsergebnisse der Deutschen Bundesbank und der KfW werden nachfolgend detailliert erläutert; die Ergebnisse der übrigen Studien werden unter Kapitel 4 kurz dargestellt.

## 2 Untersuchungen der Deutschen Bundesbank

Die Deutsche Bundesbank erstellt jährlich den Bericht „Ertragslage und Finanzungsverhältnisse deutscher Unternehmen“<sup>3</sup>, der auch auf die Eigenkapitalverhältnisse deutscher Unternehmen ohne Differenzierung nach Größenklassen eingeht, so letztmalig im April 2003 (siehe Kapitel 2.1). Dieser Bericht wurde durch eine Sonderveröffentlichung „Zur wirtschaftlichen Situation kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland“<sup>4</sup> ergänzt und erweitert die Ergebnisse der April-Studie durch die Betrachtung nach Größenklassen. Diese zusätzliche Abgrenzung erlaubt einen Vergleich der Quoten mittelständischer Unternehmen mit Großunternehmen (siehe Kapitel 2.2).

<sup>2</sup> Vgl. Thormählen, Thies; Michalk, Jürgen: Leiden die deutschen Unternehmen an mangelnder Eigenkapitalausstattung?, S. 87 ff., Wirtschaftsdienst 1983/II; Bofinger, Peter: War die Eigenkapitalücke der deutschen Wirtschaft nur ein Scheinproblem?, S. 264 ff., Wirtschaftsdienst 1990/V

<sup>3</sup> Deutsche Bundesbank: Ertragslage und Finanzungsverhältnisse deutscher Unternehmen, Monatsbericht April 2003, S. 49 ff.

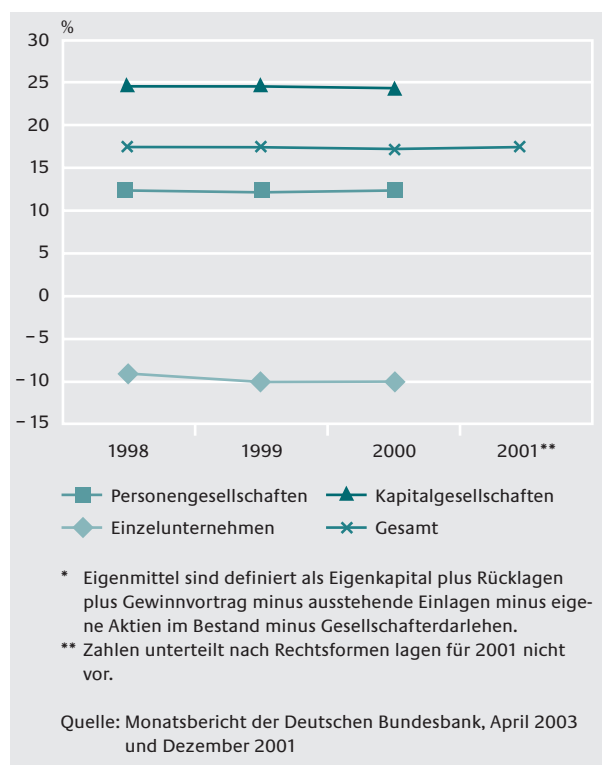
<sup>4</sup> Deutsche Bundesbank: Zur wirtschaftlichen Situation kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland, Monatsbericht Oktober 2003, S. 29 ff.

## 2.1 Ertragslage und Finanzungsverhältnisse deutscher Unternehmen

Die Untersuchung der Deutschen Bundesbank vom April 2003 basiert auf rund 17 000 Jahresabschlüssen von Unternehmen. Die Ergebnisse wurden mittels Hochrechnung ergänzt, so dass sie einen breiten Unternehmensbestand repräsentieren.

Laut dieser Studie lag die **durchschnittliche Eigenmittelquote deutscher Unternehmen** im Jahr 2001 bei 17,5 % (siehe auch Abbildung 1). Gegenüber dem Beginn des Berichtszeitraumes im Jahr 1994 hat sich die Quote um 1 %-Punkt erhöht. Neuere Zahlen liegen derzeit noch nicht vor, allerdings weisen nach Auskunft der Deutschen Bundesbank erste Auswertungen für ausgewählte Unternehmensgruppen auf eine weitere Erhöhung der Eigenmittelquote im Jahr 2002 hin.

**Abbildung 1: Durchschnittliche Eigenmittelquoten in %\* nach Rechtsformen 1998–2001 (alle Unternehmen)**



Eine weitere Aufgliederung des Datenbestandes **nach Rechtsformen** zeigt, dass die durchschnittliche Eigenmittelquote von Kapitalgesellschaften (2000: 23,5 %) deutlich über der von Personengesellschaften (2000: 12 %) liegt. Auffällig ist die negative Eigenmittelquote bei Einzelunternehmen (2000: – 10 %), die auf eine bilanzielle Überschuldung hinweist. Die negativen Quoten lassen sich durch verschiedene Besonderheiten bei dieser Rechtsform erklären. Die Jahresabschlüsse zeigen in der Regel nicht alle Vermögenswerte, die als haftendes Kapital tatsächlich zur Verfügung stehen. Die Eigentümer können Teile der Unternehmensaktiva, etwa aus steuerlichen Gründen, der privaten Sphäre zuordnen. Gleichzeitig können Teile des Privatvermögens bei der Beschaffung von Firmenkrediten als Sicherheit eingebracht werden. Die Aussagekraft dieser Jahresabschlüsse ist daher stark eingeschränkt.

Eine Aufgliederung **nach Branchen** zeigt eine erhebliche Streuung der Quoten. Die Branchen Energie/Wasser und Verarbeitendes Gewerbe sowie Verkehr und Großhandel liegen mit durchschnittlichen Eigenmittelquoten zwischen 15,5 % und 24,5 % deutlich vor den Schlusslichtern Bau-

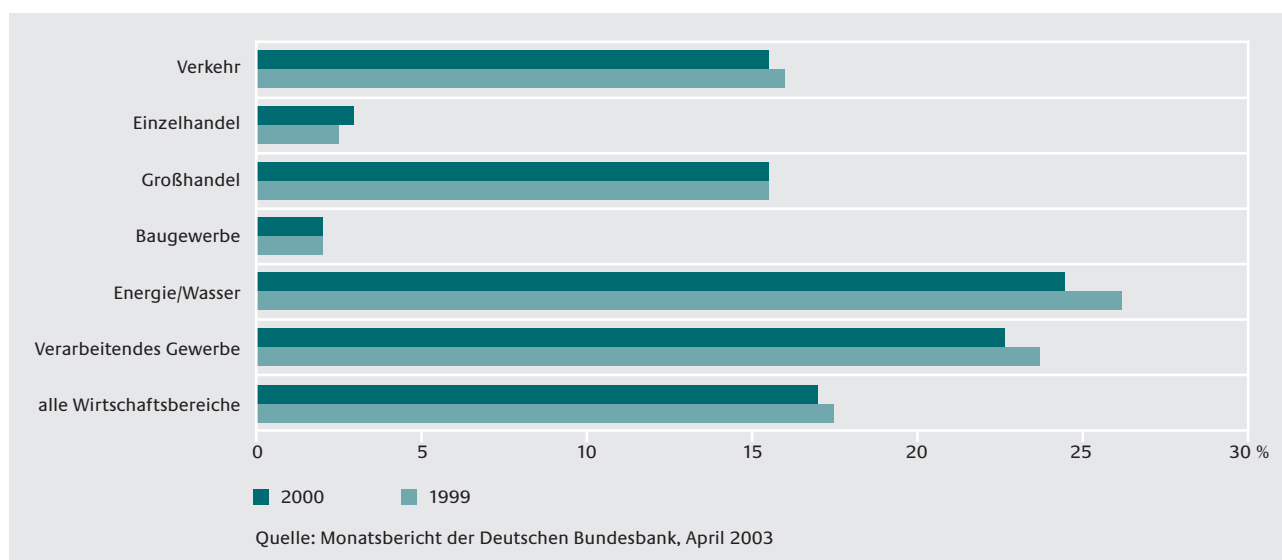
gewerbe und Einzelhandel mit Quoten von 2,0 % und 3,0 % (siehe Abbildung 2).

Insgesamt kommt der Bericht der Bundesbank zu dem Schluss, dass sich die Eigenmittelquote im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 %-Punkte auf 17,5 % erhöht hat und damit etwa auf dem Niveau der Jahre 1997 bis 1999 liegt. Dieser Zuwachs ist insbesondere vor dem Hintergrund der aktuell schwierigen Ertragslage und der schwachen Konjunktur positiv zu werten. Dennoch sieht die Bundesbank die Notwendigkeit für eine weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung, um die Schockresistenz der Unternehmen zu erhöhen und den Zugang zu Fremdkapital zu verbessern.

## 2.2 Zur wirtschaftlichen Situation kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland

Die Auswertung der **Sonderveröffentlichung „Zur wirtschaftlichen Situation kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland“** basiert grundsätzlich auf dem gleichen Datenbestand wie die jährliche Bundesbank-Studie (siehe Kapitel 2.1), führt aber zusätzlich zur Unterteilung

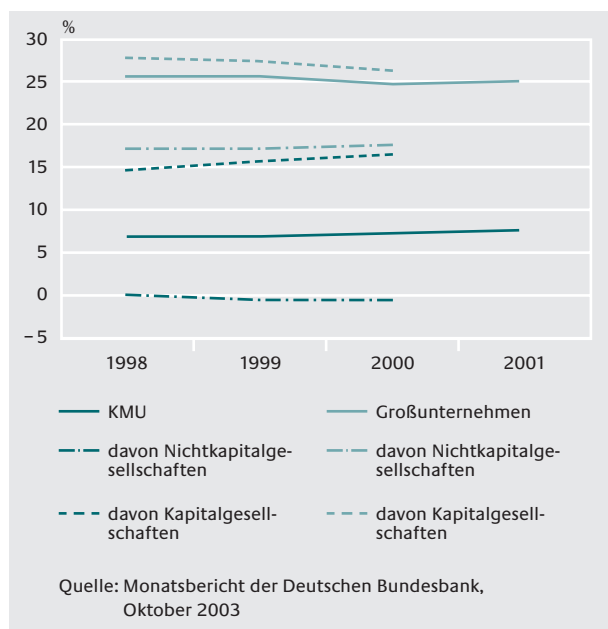
**Abbildung 2: Durchschnittliche Eigenmittelquoten nach Branchen in % (alle Unternehmen)**



nach Rechtsformen und Branchen eine **Abgrenzung nach der Unternehmensgröße** ein. Diese wird anhand des Umsatzes (bis 50 Mio. €) vorgenommen und entspricht der gebräuchlichen Umsatzdefinition für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Unternehmen mit einem Umsatz über 50 Mio. € gelten als Großunternehmen. Mit dieser Unterteilung wurde die Hochrechnung neu durchgeführt.

Laut dieser Untersuchung lag die **durchschnittliche Eigenmittelquote von KMU** im Jahr 2001 bei 7,5 % (siehe Abbildung 3) und damit rund 10 %-Punkte unter der Quote für alle Unternehmen (17,5 %). Die Quote ist gegenüber dem Vorjahr und dem Beginn der Zeitreihe im Jahr 1994 um 0,5 %-Punkte gestiegen und liegt 1 %-Punkt über dem Tiefstand von 1996. Dennoch weist die Bundesbank darauf hin, dass das Niveau bei KMU insgesamt sehr niedrig ist.

**Abbildung 3: Durchschnittliche Eigenmittelquoten in % nach Unternehmensgrößen 1998–2001**



Bei der Unterteilung **nach Rechtsformen** beschränkt sich die Studie auf eine Abgrenzung zwischen Kapitalgesellschaften und Nichtkapitalgesellschaften. Die negative durchschnittliche Eigenmittelquote von KMU (2000: – 0,5 %), die als

Nichtkapitalgesellschaft geführt werden, ist auf die oben erläuterten Besonderheiten von Einzelunternehmen zurückzuführen. Die Quote ist nicht aussagekräftig.

Die durchschnittliche Eigenmittelquote der KMU, die als Kapitalgesellschaft geführt werden, lag bei 16 % im Jahr 2000 und hat sich gegenüber dem Jahr 1994 (13,5 %) um 2,5 %-Punkte erhöht. „Große“ Kapitalgesellschaften (mit über 50 Mio. € Umsatz) verfügen über eine deutlich stärkere Eigenkapitaldecke und weisen im Jahr 2000 eine Quote von 26 % aus.

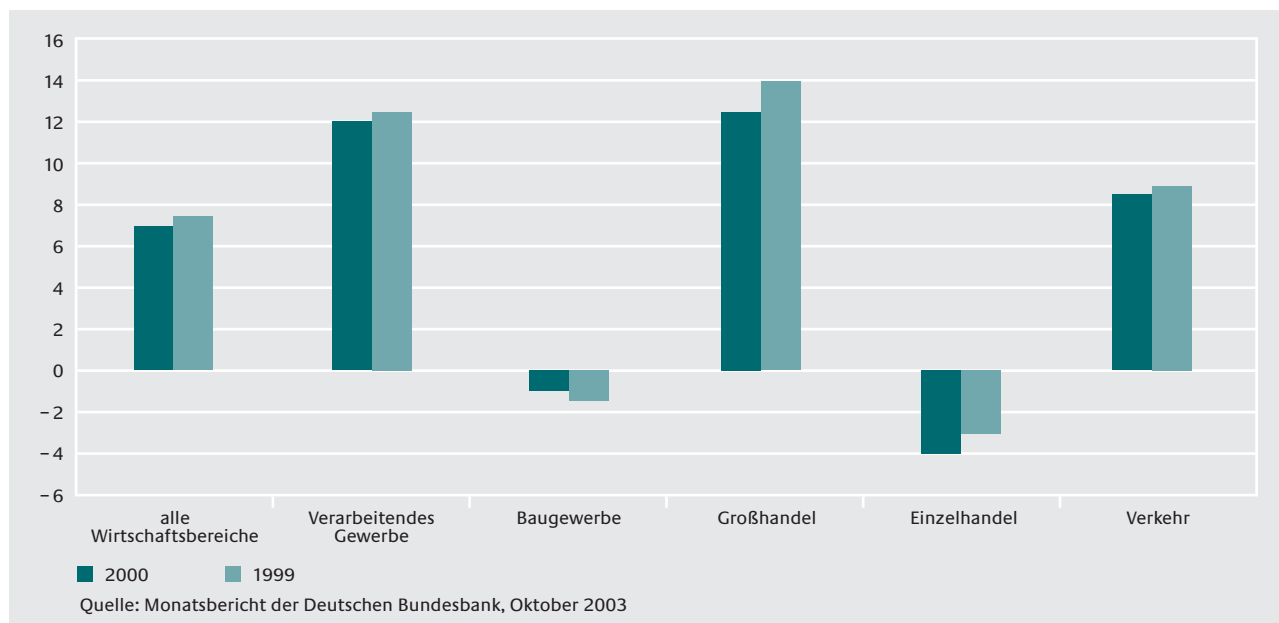
Die durchschnittlichen Eigenmittelquoten von KMU, unterteilt nach **Branchen**, weisen erhebliche Unterschiede auf. Der Großhandel (14 %), das Verarbeitende Gewerbe (12,5 %) und der Verkehrsbereich (9 %) liegen im Jahr 2001 über dem Durchschnitt und konnten im Vergleich zum Vorjahr zulegen. Dagegen zeigt die Eigenmittelquote im Baugewerbe einen negativen Trend, der seit 1998 zu negativen Eigenmittelquoten führte. Auch der Einzelhandel weist negative Quoten auf, wenngleich die Quote von – 4 % im Jahr 2000 um 1 %-Punkt im Jahr 2001 anstieg (siehe Abbildung 4, S. 71).

Die Sonderveröffentlichung mit der Unterteilung in KMU und Großunternehmen bestätigt die grundsätzlichen Aussagen der Bundesbank-Studie zum gesamten Unternehmensbestand. Die Eigenmittelquote hat sich in den letzten Jahren leicht verbessert. Kapitalgesellschaften verfügen über eine deutlich bessere Eigenmittelquote als Nichtkapitalgesellschaften. Einen Sonderfall stellen Einzelunternehmen dar, deren Quoten aufgrund der genannten Besonderheiten allerdings wenig aussagekräftig sind. Die große Streuung der Quoten bei einer Differenzierung nach Rechtsformen bzw. Branchen deutet auf die Heterogenität innerhalb dieses Unternehmensbestandes hin.

### 3 KfW-Studie – Mittelstandsfinanzierung im Wandel

Die **KfW** hat wiederholt Berichte zur Kapitalstruktur und Ertragslage der Unternehmen in

Abbildung 4: Durchschnittliche Eigenmittelquoten in % nach Branchen (KMU)



Deutschland vorgelegt. Im Artikel „**Mittelstandsfinanzierung im Wandel**“<sup>5</sup> berichtet sie ausführlich über die Finanzierungsstruktur und Ertragslage mittelständischer Unternehmen in den Jahren 1998 bis 2001. **Datengrundlage** dieser KfW-Bilanzanalyse sind 35 000 Jahresabschlüsse von KfW-Kreditnehmern aus den Jahren 1998 bis 2001 mit einem Jahresumsatz bis 500 Mio. €; davon haben 5 400 Unternehmen ihren Sitz in den neuen Bundesländern. Es handelt sich hierbei also um von der KfW geförderte investierende Unternehmen, die allerdings **nicht repräsentativ** für den gesamten Mittelstand sind. Die großen Abweichungen in den Quoten zwischen der KfW-Studie und den oben zitierten (breiter angelegten) Bundesbank-Studien gehen ganz wesentlich auf die unterschiedlichen Datenquellen zurück.

Die **durchschnittliche Eigenkapitalquote deutscher Unternehmen** hat sich laut der KfW-Stu-

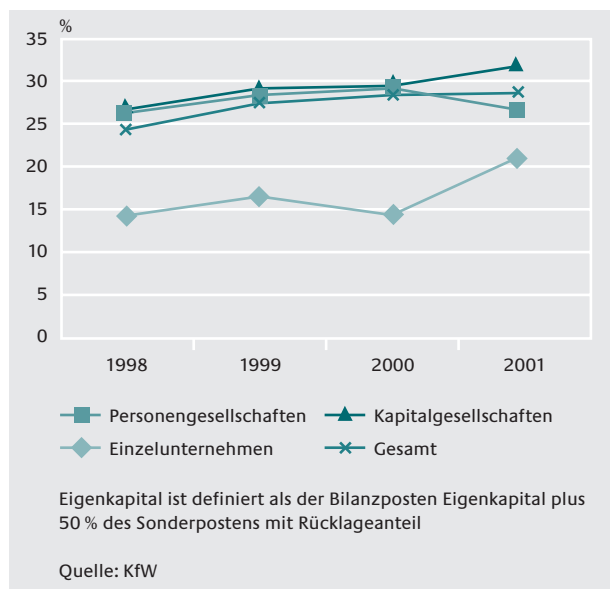
die von 24,7 % im Jahr 1998 auf 28,4 % im Jahr 2001 nachhaltig erhöht (siehe Abbildung 5, S. 72 ). Die Eigenkapitalquoten liegen rund 11 %-Punkte über der in der Bundesbank-Studie ermittelten Eigenmittelquote.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Differenzierung **nach Rechtsformen**. Sowohl die Kapitalgesellschaften als auch die Nichtkapitalgesellschaften weisen deutlich höhere Quoten auf als in der Bundesbank-Studie. Kapitalgesellschaften konnten ihre Quote kontinuierlich von 26,6 % im Jahr 1998 auf 31,5 % im Jahr 2001 erhöhen und liegen damit deutlich über dem Wert von 23,5 % in der Bundesbank-Studie.

Bei den Nichtkapitalgesellschaften unterscheidet die KfW Einzelfirmen und Personengesellschaften. Einzelfirmen haben nach einem deutlichen Rückgang der Quote im Jahr 2000 auf 14,6 % im Jahr 2001 kräftig zugelegt (20,4 %). Personengesellschaften hingegen haben gegenüber dem Jahr 2000 (28,8 %) einen deutlichen Rückgang im Jahr 2001 (26,6 %) zu verzeichnen (siehe Abbildung 5).

<sup>5</sup> KfW-Research Nr. 30: Finanzierungsstruktur und Ertragslage mittelständischer Unternehmen 1998–2001, S. 48 ff., Oktober 2003

**Abbildung 5: Durchschnittliche Eigenkapitalquoten nach Rechtsformen 1998–2001**



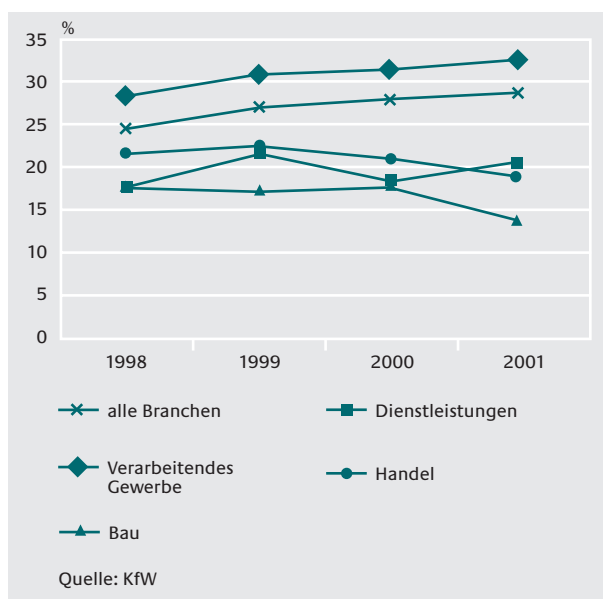
Eine Betrachtung der Quoten **nach Branchen** zeigt kein einheitliches Bild. Das Verarbeitende Gewerbe weist mit 32,1 % im Jahr 2001 die höchste durchschnittliche Eigenkapitalquote auf und konnte diese von 28,1 % im Jahr 1998 kontinuierlich steigern. Im Dienstleistungssektor schwankt die Quote stark und lag mit 20,2 % im Jahr 2001 leicht über dem Wert von 19,3 % im Handel. Das Schlusslicht bildet das Baugewerbe, das im Jahr 2001 deutlich verloren hat und nur noch bei einer Quote von 13,8 % lag (siehe Abbildung 6).

Die erheblichen Unterschiede zwischen den Branchen lassen sich durch verschiedene Faktoren erklären. Im Verarbeitenden Gewerbe sind beispielsweise große Unternehmen, die im Durchschnitt über eine höhere Eigenkapitalquote verfügen als kleinere Unternehmen, häufiger vertreten. Auch weisen die Branchen große Unterschiede in der Bilanzstruktur auf, die unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten eröffnen.

Ein Vergleich mit den Bundesbank-Zahlen ist wenig sinnvoll, da die Brancheneinteilungen stark voneinander abweichen. Die Bundesbank-Studien machen keine Angaben zu Dienstleistun-

gen, enthalten aber die Bereiche Verkehr und Wasser/Energie. Der in der KfW-Untersuchung dargestellte Handel wird in den Bundesbank-Studien in Einzelhandel und Großhandel differenziert und weist große Abweichungen bei den Quoten auf.

**Abbildung 6: Durchschnittliche Eigenkapitalquoten nach Branchen 1998–2001**



Zur Abgrenzung der **Unternehmensgröße** wurden in der KfW-Studie sechs Umsatzgrößenklassen gebildet. Dadurch entsteht ein differenziertes Bild für kleine und mittlere Unternehmen, die in den Größenklassen 1 bis 4 abgebildet werden, und Großunternehmen in den Größenklassen 5 bis 6. Grundsätzlich gilt die Aussage, dass die Eigenkapitalquote stark von der Unternehmensgröße abhängt. Der Abstand zwischen den kleinen Unternehmen in der Größenklasse 2 (1 bis 2,5 Mio. € Umsatz) mit einer Quote von 16,9 % im Jahr 2001 und der Größenklasse 5 (50 bis 250 Mio. € Umsatz) mit 36,9 % liegt immerhin bei 20 %-Punkten. Die Quoten weisen zum Teil erhebliche Schwankungen auf und haben sich im Zeitablauf sehr unterschiedlich entwickelt (siehe Abbildung 7).

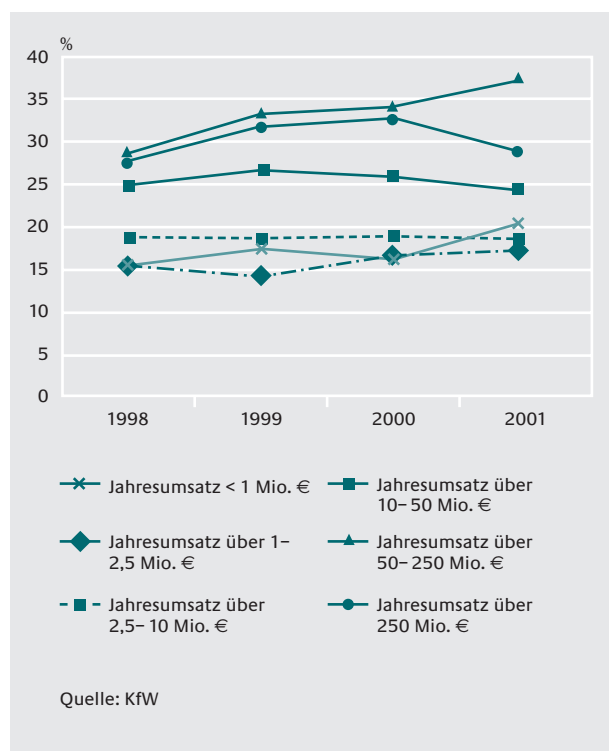
Die kleinen Unternehmen mit einem Umsatz unter 1 Mio. € haben ihre Eigenkapitalquote im



Jahr 2001 deutlich ausgedehnt. Allerdings ist der Sprung von 16,0 % im Jahr 2000 auf 20,3 % im Jahr 2001 aufgrund der Aufnahme einiger weniger, sehr eigenkapitalstarker Unternehmen in den Datenbestand leicht nach oben verzerrt, in der Tendenz aber richtig. Der Anstieg könnte daran liegen, dass kleine Unternehmen besonders stark von der Kreditverknappung betroffen sind und den Zugang zu Krediten durch eine Erhöhung der Eigenkapitalquote verbessern wollen.

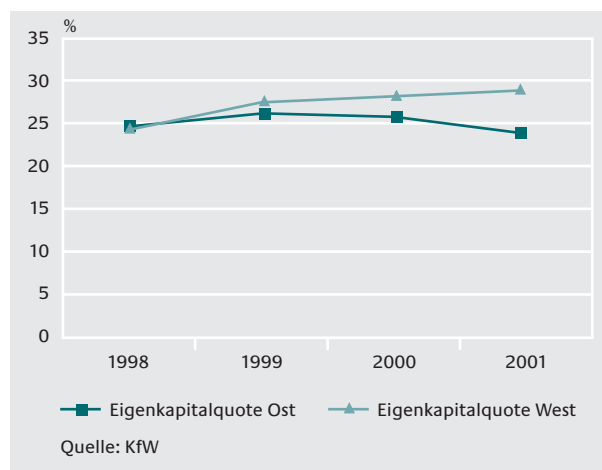
Großunternehmen mit einem Umsatz von 50 Mio. € bis 250 Mio. € verfügen über die höchste Eigenkapitalausstattung und konnten diese von 1998 bis 2001 kontinuierlich ausbauen. Der Rückgang der Eigenkapitalquote bei Großunternehmen mit einem Umsatz von über 250 Mio. € im Jahr 2001 dürfte auf die steuerlich besonders vorteilhafte Ausschüttung von zuvor thesauriertem Eigenkapital zurückzuführen sein. In den übrigen Größenklassen waren die Schwankungen der Eigenkapitalquote vergleichsweise gering.

**Abbildung 7: Durchschnittliche Eigenkapitalquoten in % nach Unternehmensgrößen 1998–2001**



Ein Vergleich der Quoten zwischen **west- und ostdeutschen Unternehmen** zeigt, dass die Quoten im Osten in den Jahren 1998 bis 2001 leicht rückläufig waren, während sie im Westen deutlich angestiegen sind. Diese Entwicklung ist auf die unterschiedliche Zusammensetzung im Unternehmensbestand zurückzuführen. Der Anstieg der Quoten im Westen wurde wesentlich von den Großunternehmen getragen, die ihre Eigenkapitalquote in den letzten Jahren deutlich ausbauen konnten. Da der Anteil der Großunternehmen im Osten deutlich geringer ist (nur ein knappes Zehntel der Unternehmen haben hier einen Umsatz von mehr als 10 Mio. € gegenüber 15 % im Westen), blieb die Quote hinter der im Westen zurück. Es kann daher nicht von einem generellen Eigenkapitalmangel im Osten gesprochen werden (siehe Abbildung 8).

**Abbildung 8: Durchschnittliche Eigenkapitalquoten – Vergleich Ost/ West – 1998 bis 2001**



Die hier dargestellten Durchschnittswerte können nicht immer die große Heterogenität innerhalb der gebildeten Gruppen wiedergeben. So hatte beispielsweise im Bilanzjahr 2001 ein Viertel aller Unternehmen eine Eigenkapitalquote von weniger als 4,7 %, ein Zehntel sogar weniger als – 8,3 %. Umgekehrt hatte ein Viertel der Unternehmen eine Eigenkapitalquote von mehr als 34,4 % und ein Zehntel von mehr als 53,8 %. Die hohe Streuung deutet darauf hin, dass neben den Unterscheidungsmerkmalen wie Rechtsform,

Branche und Umsatzgrößenklasse eine Vielzahl von weiteren Einflussgrößen die Eigenkapitalquote und die Finanzierungsstrukturen der Unternehmen bestimmen. Beispielfhaft sei auf deutliche Unterschiede bei der Aktivstruktur der Bilanz oder bei den Finanzierungsgewohnheiten hingewiesen.

Die Ergebnisse der KfW-Studie bestätigen grundsätzlich die Aussagen der Bundesbank-Studien. Die Quoten bewegen sich allerdings auf Grund der erwähnten Unterschiede in der Datenbasis auf deutlich höherem Niveau. Die kräftige Steigerung der Eigenkapitalquoten wird wesentlich von Großunternehmen getragen, die ohnehin schon über eine gute Eigenkapitalausstattung verfügen. Steigende Eigenkapitalquoten im Bereich der kleinen Unternehmen deuten zwar darauf hin, dass hier der Nachholbedarf erkannt wurde, jedoch dürften weitere Anstrengungen notwendig sein, da gerade die kleinen und mittleren Unternehmen von neuen Bonitätsanforderungen, Kreditverknappung und Konditionenspreizung betroffen sind.

## 4 Weitere ausgewählte Untersuchungen zum Eigenkapital

Zu ähnlichen Ergebnissen wie die Studien der Bundesbank und der KfW kommen verschiedene **andere Studien** zu diesem Thema, auch wenn sich die Datengrundlage und Methodik zum Teil erheblich unterscheiden.

Die Daten des **Verbandes der Vereine Creditreform e.V. (VVC)** erscheinen regelmäßig getrennt nach Handwerk und Mittelstand und basieren auf einer Befragung von Unternehmen. Für den Mittelstand kommt der Frühjahrsbericht 2004<sup>6</sup> zu dem Ergebnis, dass alle Branchen – mit Ausnahme des Baugewerbes – eine Aufstockung des Eigenkapitals vorgenommen haben. Der Anteil der Unternehmen mit einer Eigenkapitalquote von unter 10 % hat sich gegenüber dem

Vorjahr von 37,7 % deutlich auf 31,4 % reduziert.

Der **Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV)** legte im Februar 2004 zum dritten Mal seine „Diagnose Mittelstand“<sup>7</sup> vor. Bei den mittelständischen Unternehmen lag die Eigenkapitalquote 2002 bei 5,8 %, gegenüber 4,2 % im Jahr 2001, und erreichte damit den höchsten Wert seit 1995. Die vergleichsweise niedrige Quote dürfte darauf zurückzuführen sein, dass in der Datenbasis viele kleine Unternehmen mit einer geringen bzw. negativen Eigenkapitalquote vertreten sind.

Die Auswertung der **IKB Deutsche Industriebank**, deren Klientel eher den gehobenen Mittelstand und Großunternehmen repräsentiert, weist eine durchschnittliche Eigenkapitalquote von 31,7 % im Jahr 2001 aus.<sup>8</sup> Im Jahr 2002 ist die Quote um 1 %-Punkt auf 32,7 % angestiegen.

## 5 Fazit

Die verschiedenen Untersuchungen verdeutlichen die Heterogenität der Eigenkapitalverhältnisse deutscher Unternehmen. Auch wenn die Ergebnisse wesentlich von der Wahl des Unternehmenssegmentes, der Methodik und der Definition von Eigenkapital bestimmt werden, können einige untersuchungsübergreifende Aussagen festgehalten werden:

- Die Eigenkapitalquote steigt mit der Unternehmensgröße.
- Kapitalgesellschaften haben eine größere Eigenkapitalquote als Nichtkapitalgesellschaften und konnten die Quote über die letzten Jahre vergleichsweise stärker erhöhen; die Quoten für Einzelunternehmen sind demgegenüber wenig aussagekräftig und häufig negativ.
- Die Eigenkapitalquoten variieren deutlich zwischen verschiedenen Branchen; dies kann zum Teil durch unterschiedliche Finanzierungsgewohnheiten erklärt werden.

<sup>7</sup> DSGV: Diagnose Mittelstand: Reformen jetzt!, Februar 2004

<sup>8</sup> IKB: IKB-Bilanzanalyse: Schwieriges konjunkturelles Umfeld für mittelständische Unternehmen, 11/03

<sup>6</sup> VVC: Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand, Frühjahr 2004

## Urteil des EuGH zu den Beschlüssen des ECOFIN-Rates vom 25. November 2003

Am 13. Juli 2004 hat der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft (EuGH) den Rechtsstreit zwischen Rat und Kommission hinsichtlich des Defizitverfahrens gegen Deutschland und Frankreich entschieden. Sein Urteil klärt wichtige institutionelle und verfahrensrechtliche Fragen bei der Anwendung der Defizitregeln des EG-Vertrags sowie des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Es nimmt aber keine Stellung zu inhaltlichen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten. Auf die besondere Bedeutung des Rechtsstreits hatte der Gerichtshof selbst verwiesen, als er dem Antrag der Kommission auf Durchführung eines beschleunigten Gerichtsverfahrens unter Hinweis auf erstmals aufgeworfene grundlegende Rechtsfragen stattgab. Es wurde juristisches Neuland betreten.

Im Mittelpunkt des Urteils steht die Rolle der Institutionen im Defizitverfahren. Der Gerichtshof lässt keinen Zweifel daran aufkommen: Die Verantwortung für die Wahrung der Haushaltsdisziplin liegt im Wesentlichen beim Rat der ECOFIN-Minister. Dieser verfügt – so der EuGH – über ein Ermessen, das ihn berechtigt, „den von der Kommission empfohlenen Rechtsakt mit der für dessen Annahme erforderlichen Mehrheit zu ändern.“ Selbst wenn der Rat die Annahme eines empfohlenen Rechtsakts schlicht ablehnt, ist auch dies per se nicht zu beanstanden. Mit ihrem ersten Klageantrag versuchte die Kommission, den Rat auf bestimmte inhaltliche Positionen festzulegen. Sie verlangte die Feststellung, dass Deutschland und Frankreich den Kommissionsempfehlungen zum Defizitabbau nicht gefolgt seien und demzufolge zwingend in Verzug gesetzt werden müssten. Dieser Versuch war vor dem geschilderten Hintergrund von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der Gerichtshof bemüht in dieser Frage

nicht einmal das dem Rat zuerkannte Ermessen. Er erklärt die Klage bereits aus formalen Gründen für unzulässig. Der Gerichtshof macht deutlich: Empfehlungen der Kommission im Defizitverfahren begründen keine automatische Handlungspflicht des Rates, weder formal, noch gar inhaltlich. Der Rat hat vielmehr ausreichend Spielraum für ökonomisch und finanzpolitisch sinnvolle Entscheidungen. Der von der Kommission indirekt angestrebten Feststellung, Deutschland und Frankreich seien ihren Verpflichtungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht nachgekommen, wurde hierdurch der Boden entzogen.

Aber auch der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister musste sich belehren lassen. Der Gerichtshof hat die Schlussfolgerungen aufgehoben, auf die sich der Rat nach der Zurückweisung der Kommissionsempfehlungen politisch verständigt hatte. Mit ihnen empfiehlt der Rat Deutschland und Frankreich, bestimmte Maßnahmen zum Abbau ihres Haushaltsdefizits bis Ende 2005 vorzunehmen, und erklärt, das Defizitverfahren gegen beide Länder ruhen zu lassen, solange sie gemäß diesen freiwillig übernommenen Verpflichtungen handeln. Der Gerichtshof beanstandet diese Verfahrensweise. Damit sei das Ruhen bzw. der weitere Fortgang des Defizitverfahrens nicht mehr von der Befolgung der Empfehlungen abhängig, die der Rat im Januar bzw. Juli 2003 im Verfahren nach dem EG-Vertrag auf Initiative der Kommission an Deutschland bzw. Frankreich gerichtet hatte, sondern von einseitigen, rein politischen Verpflichtungen dieser beiden Mitgliedstaaten. Diese Umgehung des EG-Vertrags verletzt nach Auffassung des Gerichtshofs das Initiativrecht der Kommission, an Änderungen der ursprünglich erlassenen Ratsempfehlungen mitzuwirken.

Damit ist klargestellt, dass die Kommission allein berechtigt und eben dadurch auch verpflichtet ist, konstruktiv mit mehrheitsfähigen Initiativen im Defizitverfahren mitzuwirken. Der Rat hat die Kommission im Oktober 2003 mehrfach aufgefordert, Vorschläge für eine Änderung

der allgemein als ökonomisch überholt angesehenen Empfehlung vom Januar 2003 vorzulegen. Leider sah sich die Kommission aus Rechtsgründen gehindert, dieser Bitte zu entsprechen. Sie sah nur den Weg, das Verfahren weiter zu verschärfen. Dieser Weg war, wie der Gerichtshof nunmehr festgestellt hat, rechtlich nicht gefordert. Gleichzeitig scheiterte aber eine vertragskonforme Änderung der Empfehlung von Januar 2003 an der Verweigerungshaltung der Kommission. Die Ratspräsidentschaft sah daher keine andere Möglichkeit, als die Mitgliedstaaten politisch auf die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu verpflichten.

Das Urteil weist den Organen den Weg zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Auf ein kooperatives Vorgehen haben sich Rat und Kommission bereits beim Treffen der Eurogruppe sowie des ECOFIN-Rates am 4. und 5. Juli 2004 verständigt. Der Wirtschafts- und Finanzausschuss,

das vorbereitende Gremium auf der Ebene der Staatssekretäre, erhielt von den Ministern den Auftrag, eine Diskussion des ECOFIN-Rates zur Weiterentwicklung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in den kommenden Monaten vorzubereiten. Darüber hinaus erging der Auftrag an die niederländische Präsidentschaft sowie an den Wirtschafts- und Finanzausschuss, Vorschläge zur Stärkung der Eurogruppe und ihrer Arbeitsmethoden für die Sitzung der Eurogruppe im September zu erarbeiten.

EU-Währungskommissar Almunia hat für September eigene Vorschläge zur Weiterentwicklung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes angekündigt. Rat und Kommission werden das Urteil des EuGH zum Anlass nehmen, um in einer sachorientierten Debatte gemeinsam eine bessere Anwendung und Weiterentwicklung des Paktes zu prüfen. Deutschland wird sich aktiv an der zu erwartenden Diskussion beteiligen.

# Bilanzkontrollgesetz: Ein innovativer Ansatz zur Selbstregulierung der Wirtschaft

1	Gegenwärtige Situation in Deutschland	77
2	Situation in den USA	78
3	Enforcement der Rechnungslegung in der Europäischen Union	78
4	Innovativer Ansatz Deutschlands: Zusammenwirken von Staat und Privatwirtschaft	78
5	Selbstregulierung der Wirtschaft	79
6	Finanzierung der verstärkten Bilanzkontrolle	79
7	Fazit	79

Unternehmensskandale wie Enron, Flowtex, Holzmann oder Comroad haben nicht nur für Schlagzeilen gesorgt, sondern auch und vor allem das Vertrauen der Anleger in den Kapitalmarkt stark erschüttert. Breite Bevölkerungsschichten, die gerade begannen, sich für den Kapitalmarkt verstärkt zu interessieren und Vertrauen in ihn zu fassen, wurden bitter enttäuscht. In einem Zeitalter, in dem die private Vorsorge zunehmend an Bedeutung gewinnt und die Bevölkerung auf verlässliche Anlageformen angewiesen ist, sieht es die Bundesregierung als eines ihrer vordringlichen Ziele an, das verloren gegangene Vertrauen der Bürger in den Kapitalmarkt wiederherzustellen. Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium der Finanzen am 25. Februar 2003 zusammen mit dem Bundesministerium der Justiz einen Maßnahmenkatalog der Bundesregierung zur Stärkung der Unternehmensintegrität und des Anlegerschutzes veröffentlicht.

Ein wesentliches Element dieses so genannten 10-Punkte-Programms der Bundesregierung ist das sog. „Enforcement“ der Rechnungslegung. Darunter ist die verstärkte Kontrolle von Unter-

nehmensbilanzen kapitalmarktorientierter Unternehmen zu verstehen. Ziel ist es, Bilanzmanipulationen präventiv entgegenzuwirken und, sofern Unregelmäßigkeiten dennoch auftreten, diese aufzudecken und den Kapitalmarkt darüber zu informieren. Es geht also darum, Unternehmensskandale der Vergangenheit, die auf Bilanzbetrügereien zurückzuführen waren, künftig möglichst zu verhindern. Anleger sollen den Bilanzen der Unternehmen, in die sie investieren wollen, wieder Vertrauen schenken können. Um dieses Ziel zu erreichen, hat das Bundeskabinett Ende April 2004 den Entwurf eines Gesetzes zur Kontrolle von Unternehmensabschlüssen (Bilanzkontrollgesetz – BilKoG) auf den Weg gebracht. Das Gesetz soll – nach Abschluss des parlamentarischen Verfahrens – Ende 2004 in Kraft treten.

## 1 Gegenwärtige Situation in Deutschland

Gegenwärtig prüfen in Deutschland vor allem Abschlussprüfer und Aufsichtsrat, ob die Unternehmensberichte im Einklang mit den Rechnungslegungsvorschriften stehen. Darüber hinaus existieren aktienrechtliche Regelungen, die in bestimmten Fällen die Nichtigkeit von Jahresabschlüssen vorsehen, sowie Straf- und Sanktionsvorschriften, die Bilanzunregelmäßigkeiten sanktionieren. Ein von staatlicher Seite beauftragtes Gremium, das – neben Abschlussprüfer und Aufsichtsrat – regelmäßig die Richtigkeit der Unternehmensberichte kapitalmarktorientierter Unternehmen prüft, existiert in Deutschland bislang noch nicht. Es ist das Ziel des Bilanzkontrollgesetzes, einen solchen Mechanismus zur Überwachung der Rechtmäßigkeit von Unternehmensabschlüssen einzuführen.

Die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungsvorschriften ist für die Integrität des deutschen Kapitalmarktes von großer Bedeutung. Ein effizienter, liquider und funktionstüchtiger Kapitalmarkt wird sich nur dort entwickeln, wo die Anleger auf die Richtigkeit der veröffentlichten Unternehmensberichte vertrauen können.

Nicht nur Unternehmensskandale in Übersee oder im europäischen Ausland – verursacht durch Bilanzfälschungen – haben gezeigt, welche massiven Auswirkungen solche Krisen haben können. Auch Krisen einzelner deutscher Unternehmen, die durch Manipulation der Abschlüsse verschleiert wurden, haben zu negativen Auswirkungen auf den gesamten Kapitalmarkt geführt. Anleger reagierten auf diese Skandale mit Zurückhaltung am Kapitalmarkt und entzogen ihm damit Liquidität, was die bestehende Krise an den Aktienmärkten weiter verstärkte.

## 2 Situation in den USA

Die Vereinigten Staaten haben im Jahre 2002 – unmittelbar nach dem Enron-Skandal – Maßnahmen zum Anlegerschutz ergriffen. Mit dem Sarbanes-Oxley-Act wurden sowohl die Aufsichtsmöglichkeiten der Aufsichtsbehörde SEC (Securities and Exchange Commission) gestärkt als auch strafrechtliche Sanktionen für manipulierte Unternehmensberichte durch die Unternehmensführung verschärft.

## 3 Enforcement der Rechnungslegung in der Europäischen Union

Auch wenn die europäischen Systeme zur Durchsetzung der Rechnungslegung unterschiedlich sind, ist ihnen allen das Ziel gemein, die Integrität der Finanzmärkte und den Anlegerschutz zu stärken. Dieses Ziel verfolgt auch der Ausschuss der EU-Wertpapierregulierungsbehörden CESR („Committee of European Securities Regulators“)<sup>1</sup>, der im März 2003 Grundsätze für die Ausgestaltung europäischer Enforcement-Systeme vorgelegt hat. Diese Grundsätze sind darauf angelegt, auf eine einheitliche Entwicklung der Enforcement-Systeme in Europa hinzuwirken. Sie schaffen eine Grundlage für die Harmonisierung des Enforcements der Rechnungslegung in Europa, wobei die Durchsetzung der Rechnungslegung nach wie vor auf nationaler Ebene erfolgen soll.

<sup>1</sup> <http://www.cesr-eu.org>

## 4 Innovativer Ansatz Deutschlands: Zusammenwirken von Staat und Privatwirtschaft

Die Bundesregierung hat sich für einen innovativen Ansatz entschieden. Der Entwurf des Bilanzkontrollgesetzes kombiniert die in Europa vorhandenen Systeme zu einem zweistufigen Verfahren. Ziel ist es, durch Zusammenwirken von Staat und Privatwirtschaft möglichst effektiv gegen Bilanzmanipulationen vorzugehen. Geplant ist, dass ein privatrechtliches Gremium – ähnlich wie in Großbritannien – von der Bundesregierung beauftragt wird, die Rechnungslegung kapitalmarktorientierter Unternehmen zu überprüfen. Dieses Gremium wird – auf der ersten Stufe – sowohl stichprobenartig als auch bei Vorliegen von Anhaltspunkten für einen Verstoß gegen Rechnungslegungsvorschriften tätig. Geprüft werden Bilanzen von Unternehmen, deren Wertpapiere an einer inländischen Börse im amtlichen oder geregelten Markt zugelassen sind. Ziel ist es, auf der Basis freiwilliger Mitwirkung des Unternehmens zu prüfen, ob die Rechnungslegungsvorschriften eingehalten wurden, und ggf. für eine Veröffentlichung von Bilanzfehlern zu sorgen. Ist das Unternehmen nicht freiwillig zur Mitwirkung bei der Prüfung bereit oder akzeptiert es das Prüfungsergebnis der Prüfstelle nicht, wird die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf der zweiten Stufe eingreifen und gegebenenfalls die Prüfung und Veröffentlichung von Bilanzfehlern mit hoheitlichen Mitteln durchsetzen. Sollte es nicht zur Anerkennung einer privatrechtlichen Prüfstelle kommen, sieht der Entwurf vor, dass die BaFin die Enforcement-Aufgabe vollständig übernimmt.

Mit der Einführung eines zweistufigen Systems wird der Wirtschaft die Gelegenheit gegeben, in erster Linie im Wege der Selbstregulierung dafür zu sorgen, dass Anleger wichtigen Kapitalmarktinformationen, wie den Unternehmensberichten und -bilanzen, wieder vertrauen und am Kapitalmarkt investieren. Das Vertrauen der Anleger in die Kapitalmarktinformationen und damit letzt-



lich in den Kapitalmarkt ist vor allem für börsennotierte Unternehmen von elementarer Bedeutung. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch das große Interesse der Wirtschaft an der Möglichkeit, die Rahmenbedingungen des deutschen Kapitalmarktes aktiv mitzugestalten und zu verbessern.



## 5 Selbstregulierung der Wirtschaft

Der von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Gesetzentwurf ist von der Wirtschaft sehr positiv aufgenommen worden. Die Wirtschaft ist bereit, das von der Bundesregierung mit dem Gesetzentwurf verbundene Angebot, sich im Wege der Selbstregulierung beim Aufbau einer privatrechtlichen Prüfstelle zu engagieren, anzunehmen. Die Bundesregierung begrüßt es, dass maßgebliche Verbände der deutschen Wirtschaft am 14. Mai 2004 eine „Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V.“ (DPR) gegründet haben. Der Verein verfolgt den Zweck, als Träger der nach dem Regierungsentwurf des Bilanzkontrollgesetzes vorgesehenen privatrechtlichen Bilanzprüfstelle für Rechnungslegung zu fungieren.

Über die Anerkennung der DPR als Bilanzprüfstelle kann die Bundesregierung erst nach In-Kraft-Treten des Bilanzkontrollgesetzes entscheiden. Die Anerkennung einer privatrechtlich organisierten Einrichtung als Prüfstelle setzt voraus, dass die Einrichtung auf Grund ihrer Satzung, ihrer personellen Zusammensetzung und der von ihr vorgelegten Verfahrensordnung eine unabhängige, sachverständige und vertrauliche Prüfung garantiert.

## 6 Finanzierung der verstärkten Bilanzkontrolle

Sämtliche Kosten, die im Rahmen der verstärkten Bilanzkontrolle entstehen, werden von den – in den Anwendungsbereich des Gesetzes fallenden – Unternehmen getragen. Dies folgt aus dem Prinzip der Selbstregulierung und hat den Vorteil, dass die öffentlichen Haushalte nicht belastet werden.

Im Einzelnen werden die Kosten, die dem privatrechtlichen Gremium durch die Prüfung der Bilanzen entstehen, und die allgemeinen Enforcement-Kosten der BaFin durch Erhebung einer Umlage bei allen betroffenen Unternehmen finanziert. Die konkreten Kosten, die der BaFin durch eine Prüfung auf zweiter Stufe entstehen, sind grundsätzlich von dem einzelnen Unternehmen zu tragen. Etwas anderes gilt nur dann, wenn das Ergebnis der Prüfung auf der zweiten Stufe zu Gunsten des Unternehmens vom Ergebnis des privaten Gremiums abweicht. In diesem Fall werden auch die Kosten einer Prüfung auf zweiter Stufe durch die Umlage finanziert. Dies ist eine ausgewogene und gerechte Lastenverteilung, die auf dem Verursacherprinzip basiert.

## 7 Fazit

Mit der Etablierung des Enforcementsystems in Deutschland wird ein großer Schritt getan, um die Verlässlichkeit der Unternehmensabschlüsse sowie die Klarheit und Wahrheit der Bilanzen wiederherzustellen und letztlich das Anlegervertrauen zurückzugewinnen. Mit der Einführung eines zweistufigen Systems – also dem Zusammenwirken von Wirtschaft und Staat zugunsten des Anlegerschutzes – nimmt Deutschland eine Vorreiterrolle auf dem Gebiet des Enforcements der Rechnungslegung ein und stärkt mit diesem innovativen Ansatz den Finanzplatz Deutschland effizient und nachhaltig.







## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	84
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	104
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	108



# Statistiken und Dokumentationen

## Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1	Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen	84
2	Gewährleistungen	85
3	Bundeshaushalt 1999 bis 2004	85
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004	86
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabengruppen – Soll 2004	88
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004	92
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004	94
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	96
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	97
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	98
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	99
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	100
13	Steuerquote im internationalen Vergleich	101
14	Abgabenquote im internationalen Vergleich	102
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 1999 bis 2004	103

## Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2004 im Vergleich zum Jahressoll 2004	104
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2004	104
3	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage des Bundes und der Länder Ende des Monats Juni 2004	105
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats Juni 2004	106

## Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	108
2	Preisentwicklung	108
3	Außenwirtschaft	109
4	Einkommensverteilung	109
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	110
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	111
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	112
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	113
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	114
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	115

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel nach Eingliederung der Sondervermögen<sup>1</sup>

### I. Schuldenart

	Stand: 30. Juni 2004 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Juli 2004 <sup>2</sup> Mio. €
Anleihen	465 210	13 000	5 113	473 097
Bundessobligationen	155 315	0	0	155 315
Bundesschatzbriefe	10 589	124	276	10 437
Bundesschatzanweisungen	93 462	6 000	0	99 462
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 849	5 938	5 940	35 847
Finanzierungsschätze	1 105	68	62	1 111
Schuldscheindarlehen	37 827	1 111	772	38 166
Medium Term Notes Treuhand	342	0	0	342
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>799 698</b>			<b>813 776</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. Juni 2004 Mio. €	Stand: 31. Juli 2004 <sup>2</sup> Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	155 505	150 446
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	253 376	280 745
langfristig (mehr als 4 Jahre)	390 817	382 585
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>799 698</b>	<b>813 776</b>

<sup>1</sup> Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

<sup>2</sup> Vorläufig.

## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2004 in Mrd. €	Ausnutzung am 30. Juni 2004 in Mrd. €	Ausnutzung am 30. Juni 2003 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	103,0	103,0
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschafts- bereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	29,9	28,7
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	113,0	62,3	62,1

## 3 Bundeshaushalt 1999 bis 2004

### Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mrd. €	2002 Ist	2003 Ist	2004 Soll
<b>1. Ausgaben</b>	<b>246,9</b>	<b>244,4</b>	<b>243,2</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>257,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	0,2
<b>2. Einnahmen</b>	<b>220,6</b>	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>227,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	4,7
darunter:						
Steuereinnahmen	192,4	198,8	193,8	192,0	191,9	197,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	3,0
<b>3. Finanzierungsdefizit</b>	<b>- 26,2</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 29,6</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme (-)</b>	<b>144,1</b>	<b>149,7</b>	<b>130,0</b>	<b>175,3</b>	<b>192,3</b>	<b>215,4</b>
<b>5. Tilgungen (+)</b>	<b>118,0</b>	<b>125,9</b>	<b>107,2</b>	<b>143,4</b>	<b>153,7</b>	<b>186,1</b>
<b>6. Nettokreditaufnahme</b>	<b>- 26,1</b>	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,8</b>	<b>- 38,6</b>	<b>- 29,3</b>
<b>7. Münzeinnahmen</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,0</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 0,6</b>	<b>- 0,3</b>
<b>8. Finanzierungsdefizit in % der Ausgaben</b>	<b>- 26,2 10,6</b>	<b>- 23,9 9,8</b>	<b>- 22,9 9,4</b>	<b>- 32,7 13,1</b>	<b>- 39,2 15,3</b>	<b>- 29,6 11,5</b>
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,6	28,1	27,3	24,7	25,7	24,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 4,2
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,6	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004

Ausgabeart	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mio. €	2002 Ist	2003 Ist	2004 Soll
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 963</b>	<b>26 517</b>	<b>26 807</b>	<b>26 986</b>	<b>27 235</b>	<b>27 325</b>
Aktivitätsbezüge	20 705	20 275	20 440	20 498	20 642	20 615
Ziviler Bereich	8 387	8 196	8 414	8 469	8 506	8 799
Militärischer Bereich	12 318	12 079	12 026	12 028	12 136	11 816
Versorgung	6 258	6 242	6 367	6 488	6 593	6 711
Ziviler Bereich	2 555	2 572	2 598	2 605	2 602	2 564
Militärischer Bereich	3 703	3 670	3 770	3 883	3 991	4 147
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>20 432</b>	<b>20 822</b>	<b>18 503</b>	<b>17 058</b>	<b>17 192</b>	<b>17 536</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 655	1 641	1 619	1 643	1 604	1 547
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 750	7 335	7 985	8 155	7 905	8 025
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 028	11 846	8 899	7 260	7 683	7 964
<b>Zinsausgaben</b>	<b>41 087</b>	<b>39 149</b>	<b>37 627</b>	<b>37 063</b>	<b>36 875</b>	<b>37 655</b>
an andere Bereiche	41 087	39 149	37 627	37 063	36 875	37 655
Sonstige	41 087	39 149	37 627	37 063	36 875	37 655
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	41 042	39 104	37 582	37 019	36 830	37 610
an Ausland	3	3	3	3	3	4
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>129 156</b>	<b>126 846</b>	<b>132 359</b>	<b>143 514</b>	<b>149 304</b>	<b>152 786</b>
an Verwaltungen	16 311	16 106	13 257	14 936	15 797	13 807
Länder	5 568	5 650	5 580	6 062	6 503	5 620
Gemeinden	242	194	241	236	250	199
Sondervermögen	10 499	10 259	7 435	8 635	9 042	7 987
Zweckverbände	2	2	2	2	2	1
an andere Bereiche	112 845	110 740	119 102	128 578	133 508	138 979
Unternehmen	13 484	13 271	16 674	16 253	15 702	18 707
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	24 305	21 455	20 668	22 319	23 666	24 065
an Sozialversicherung	71 651	72 590	78 143	86 276	90 560	92 507
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	749	746	672	814	797	773
an Ausland	2 652	2 674	2 940	2 911	2 776	2 921
an Sonstige	5	4	5	5	5	5
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>217 639</b>	<b>213 333</b>	<b>215 296</b>	<b>224 622</b>	<b>230 606</b>	<b>235 303</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>7 110</b>	<b>6 732</b>	<b>6 905</b>	<b>6 746</b>	<b>6 696</b>	<b>7 129</b>
Baumaßnahmen	5 976	5 580	5 551	5 358	5 298	5 517
Erwerb von beweglichen Sachen	819	779	882	960	894	1 036
Grunderwerb	314	373	473	427	504	576
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>17 831</b>	<b>19 506</b>	<b>17 085</b>	<b>14 550</b>	<b>16 197</b>	<b>13 636</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	17 225	16 579	16 509	13 959	15 833	13 259
an Verwaltungen	10 275	10 011	9 496	6 336	7 998	6 235
Länder	10 166	9 925	9 431	6 268	5 382	6 156
Gemeinden und Gemeindeverbände	109	86	65	68	73	78
Sondervermögen	–	–	–	–	2 543	–
an andere Bereiche	6 950	6 568	7 013	7 623	7 835	7 024
Sonstige – Inland	5 074	4 729	5 370	5 819	5 867	5 040
Ausland	1 876	1 839	1 643	1 803	1 967	1 984
Sonstige Vermögensübertragungen	606	2 926	577	592	365	377
an Verwaltungen	–6	–	–	–	–	–
Länder	–6	–	–	–	–	–
an andere Bereiche	611	2 926	577	592	365	377
Unternehmen – Inland	222	101	167	44	–	–
Sonstige – Inland	186	2 542	183	351	167	167
Ausland	203	284	227	196	198	210

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004

Ausgabeart	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mio. €	2002 Ist	2003 Ist	2004 Soll
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>4 290</b>	<b>4 835</b>	<b>3 859</b>	<b>3 369</b>	<b>3 203</b>	<b>4 251</b>
Darlehensgewährung	3 661	4 205	3 185	2 729	2 665	3 685
an Verwaltungen	487	197	166	154	106	63
Länder	485	195	166	154	106	63
Gemeinden	1	1	0	–	–	–
an andere Bereiche	3 174	4 008	3 019	2 574	2 559	3 622
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	1 981	2 998	1 841	1 543	1 603	2 640
Ausland	1 194	1 010	1 178	1 031	956	983
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	629	630	674	640	538	565
Inland	1	19	24	53	15	3
Ausland	628	611	651	587	523	562
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>	<b>29 231</b>	<b>31 072</b>	<b>27 850</b>	<b>24 664</b>	<b>26 097</b>	<b>25 016</b>
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>– 3 019</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>246 869</b>	<b>244 405</b>	<b>243 145</b>	<b>249 286</b>	<b>256 703</b>	<b>257 300</b>
<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben	28 625	28 146	27 273	24 073	25 732	24 639

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>48 433</b>	<b>44 281</b>	<b>24 739</b>	<b>13 595</b>	–	<b>5 947</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 289	7 996	3 975	1 426	–	2 595
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 696	2 753	466	129	–	2 159
03 Verteidigung	28 121	27 762	15 963	10 991	–	808
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 705	2 394	1 726	645	–	23
05 Rechtsschutz	315	301	223	68	–	10
06 Finanzverwaltung	3 308	3 075	2 386	336	–	352
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>11 887</b>	<b>8 285</b>	<b>448</b>	<b>644</b>	–	<b>7 193</b>
13 Hochschulen	1 880	953	7	5	–	941
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 356	1 356	–	–	–	1 356
15 Sonstiges Bildungswesen	496	432	8	66	–	357
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 790	5 261	432	566	–	4 263
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 366	283	1	7	–	276
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>122 583</b>	<b>121 474</b>	<b>193</b>	<b>317</b>	–	<b>120 963</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	88 689	88 689	36	0	–	88 653
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 625	5 396	–	–	–	5 396
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 332	4 110	–	231	–	3 879
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	22 551	22 413	43	17	–	22 353
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	107	107	–	–	–	107
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 278	758	115	69	–	574
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>917</b>	<b>673</b>	<b>222</b>	<b>238</b>	–	<b>214</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	365	341	120	142	–	80
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus 31	365	341	120	142	–	80
32 Sport	118	88	–	5	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	210	143	65	39	–	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	223	102	36	52	–	13
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>2 025</b>	<b>1 039</b>	<b>2</b>	<b>4</b>	–	<b>1 033</b>
41 Wohnungswesen	1 453	997	–	2	–	995
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	2	2	–	2	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	49	41	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	521	–	–	–	–	–
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 099</b>	<b>580</b>	<b>25</b>	<b>126</b>	–	<b>429</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	766	289	–	2	–	287
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	134	134	–	55	–	79
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	134	134	–	55	–	79
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	198	157	25	69	–	63
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>6 373</b>	<b>3 434</b>	<b>48</b>	<b>398</b>	–	<b>2 988</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	371	347	–	239	–	108
621 Kernenergie	105	105	–	–	–	105
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	266	241	–	239	–	3
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 426	2 398	–	6	–	2 392
64 Handel	103	103	–	67	–	36
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 162	277	–	0	–	276
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 311	309	48	86	–	176



## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehen, Beteiligungs- werbung	Ausgaben der Kapital- rechnung	Darunter: Investive Ausgaben	Globale Minder- ausgaben
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>1 159</b>	<b>1 449</b>	<b>1 545</b>	<b>4 153</b>	<b>4 109</b>	–
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	292	1	0	293	293	–
02 Auswärtige Angelegenheiten	62	1 336	1 545	2 943	2 940	–
03 Verteidigung	248	111	–	359	318	–
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	311	–	0	311	311	–
05 Rechtsschutz	13	–	–	13	13	–
06 Finanzverwaltung	232	1	0	233	233	–
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>119</b>	<b>3 482</b>	–	<b>3 602</b>	<b>3 601</b>	–
13 Hochschulen	1	925	–	927	927	–
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	64	–	64	64	–
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	117	1 411	–	1 529	1 528	–
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	1 082	–	1 083	1 083	–
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>14</b>	<b>1 093</b>	<b>3</b>	<b>1 109</b>	<b>779</b>	–
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	229	–	229	229	–
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3	218	2	222	12	–
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	134	1	138	18	–
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	7	513	0	520	520	–
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>162</b>	<b>82</b>	–	<b>244</b>	<b>242</b>	–
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	15	9	–	24	24	–
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus 31	15	9	–	24	24	–
32 Sport	–	31	–	31	31	–
33 Umwelt- und Naturschutz	32	35	–	67	66	–
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	115	7	–	122	122	–
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	–	<b>920</b>	<b>66</b>	<b>986</b>	<b>986</b>	–
41 Wohnungswesen	–	391	66	457	457	–
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	8	–	8	8	–
44 Städtebauförderung	–	521	–	521	521	–
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>6</b>	<b>510</b>	<b>2</b>	<b>518</b>	<b>518</b>	–
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	477	–	477	477	–
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	6	33	2	41	41	–
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>1</b>	<b>938</b>	<b>2 000</b>	<b>2 939</b>	<b>2 939</b>	–
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	25	–
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	25	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	28	–	28	28	–
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	885	–	885	885	–
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	2 000	2 001	2 001	–

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>10 836</b>	<b>3 491</b>	<b>1 041</b>	<b>1 804</b>	–	<b>645</b>
72 Straßen	7 213	921	–	793	–	128
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 342	716	459	206	–	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	336	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	159	159	44	9	–	106
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 785	1 695	539	797	–	360
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen</b>	<b>15 437</b>	<b>11 316</b>	<b>27</b>	<b>170</b>	–	<b>11 119</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	9 534	5 481	27	34	–	5 419
832 Eisenbahnen	4 020	92	–	5	–	87
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	5 515	5 388	27	29	–	5 332
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 903	5 836	–	136	–	5 700
873 Sondervermögen	5 700	5 700	–	–	–	5 700
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	203	136	–	136	–	–
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>37 711</b>	<b>40 730</b>	<b>580</b>	<b>240</b>	<b>37 655</b>	<b>2 255</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 255	2 255	–	–	–	2 255
92 Schulden	37 693	37 693	–	38	37 655	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 2 237	782	580	202	–	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>257 300</b>	<b>235 303</b>	<b>27 325</b>	<b>17 536</b>	<b>37 655</b>	<b>152 786</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehen, Beteiligungs- werbung	Ausgaben der Kapital- rechnung	Darunter: Investive Ausgaben	Globale Minder- ausgaben
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>5 570</b>	<b>1 775</b>	<b>1</b>	<b>7 345</b>	<b>7 345</b>	<b>-</b>
72 Straßen	4 875	1 417	1	6 293	6 293	-
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	627	-	0	627	627	-
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	-	335	-	335	335	-
75 Luftfahrt	0	-	0	0	0	-
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	68	23	0	91	91	-
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen</b>	<b>99</b>	<b>3 388</b>	<b>634</b>	<b>4 120</b>	<b>4 120</b>	<b>-</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	40	3 379	634	4 054	4 054	-
832 Eisenbahnen	-	3 319	608	3 927	3 927	-
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	40	60	26	126	126	-
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	59	8	-	67	67	-
873 Sondervermögen	-	-	-	-	-	-
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	59	8	-	67	67	-
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>- 3 019</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	-	-	-	-	-
92 Schulden	-	-	-	-	-	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-	- 3 019
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>7 129</b>	<b>13 636</b>	<b>4 251</b>	<b>25 016</b>	<b>24 639</b>	<b>- 3 019</b>

## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004

	1998	1999	2000	2001 <sup>2</sup>	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	580,6	597,2	599,1	603,5	609,5	618,3	623
Einnahmen	551,8	570,3	565,1	556,3	552,4	549,8	546
Finanzierungssaldo	- 28,8	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 77
darunter:							
Bund							
Ausgaben	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	255
Einnahmen	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	215
Finanzierungssaldo	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 40 ½
Länder							
Ausgaben	244,7	246,4	250,7	255,1	257,0	258,6	259
Einnahmen	230,5	238,1	240,4	229,4	227,7	227,0	232
Finanzierungssaldo	- 14,3	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 27
Gemeinden							
Ausgaben	142,5	143,7	146,1	147,9	149,2	149,8	151 ½
Einnahmen	144,7	145,9	148,0	144,0	144,6	141,4	143 ½
Finanzierungssaldo	2,2	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 8
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %							
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	1,7	2,9	0,3	0,7	1,0	1,4	½
Einnahmen	5,5	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- ½
Einnahmen	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 1
Länder							
Ausgaben	0,7	0,7	1,8	1,8	0,7	0,6	0
Einnahmen	3,1	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2
Gemeinden							
Ausgaben	- 1,0	0,9	1,6	1,3	0,9	0,4	1
Einnahmen	2,5	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 2,2	1 ½

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> 2001, 2002, 2003: vorläufiges IST; 2004: Schätzung.

## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004

	1998	1999	2000	2001 <sup>2</sup>	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>
	Mrd. €						
	Anteile in %						
<b>Finanzierungssaldo</b>							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3,2	- 3 ½
darunter:							
Bund	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 1,8	- 2
Länder	- 0,7	- 0,4	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1
Gemeinden	0,1	0,1	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- ½
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 5,0	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 12 ½
darunter:							
Bund	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 16
Länder	- 5,8	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 10 ½
Gemeinden	1,5	1,5	1,3	- 2,6	- 3,1	- 5,6	- 5
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,1	30,2	29,5	29,1	28,9	29,0	28 ½
darunter:							
Bund	12,1	12,5	12,0	11,7	11,8	12,1	11 ½
Länder	12,7	12,5	12,4	12,3	12,2	12,1	12
Gemeinden	7,4	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	22,1	22,9	23,0	21,5	20,9	20,8	20 ½

<sup>2</sup> 2001, 2002, 2003: vorläufiges IST; 2004: Schätzung.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.  
Stand: Finanzplanungsrat Juni 2004.

## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Ist-Ergebnisse										
<b>I. Gesamtübersicht</b>										
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>148,2</b>	<b>194,4</b>	<b>205,4</b>	<b>218,4</b>	<b>233,9</b>	<b>240,9</b>	<b>237,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	5,2	.	5,7	6,3	7,1	3,0	- 1,4
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>137,9</b>	<b>169,8</b>	<b>178,2</b>	<b>198,3</b>	<b>199,7</b>	<b>215,1</b>	<b>211,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	12,7	.	5,0	11,3	0,7	7,7	- 1,5
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 10,3</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 27,2</b>	<b>- 20,1</b>	<b>- 34,2</b>	<b>- 25,9</b>	<b>- 25,8</b>
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 9,8	- 23,9	- 26,6 <sup>2</sup>	- 19,7	- 33,8	- 25,6	- 25,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>										
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>21,1</b>	<b>22,1</b>	<b>24,9</b>	<b>26,3</b>	<b>27,0</b>	<b>26,9</b>	<b>27,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	3,0	4,5	12,8	5,7	2,4	- 0,1	0,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,3	11,4	12,1	12,1	11,5	11,2	11,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	24,3	21,5	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8	14,4
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>16,4</b>	<b>17,5</b>	<b>20,3</b>	<b>22,4</b>	<b>23,4</b>	<b>27,1</b>	<b>25,4</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	- 0,6	6,7	15,7	10,6	4,5	15,8	- 6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	11,1	9,0	9,9	10,3	10,0	11,3	10,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	35,1	35,9	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,6	38,7
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>18,5</b>	<b>20,1</b>	<b>31,4</b>	<b>33,7</b>	<b>33,3</b>	<b>31,3</b>	<b>34,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	8,4	8,4	56,7	7,0	- 1,1	- 6,0	8,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	12,5	10,3	15,3	15,4	14,2	13,0	14,3
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	34,4	35,4	34,5	.	37,3	34,7	35,3	34,0	37,0
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>126,4</b>	<b>132,3</b>	<b>162,5</b>	<b>180,4</b>	<b>182,0</b>	<b>193,8</b>	<b>187,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	12,2	4,7	22,8	11,0	0,9	6,4	- 3,4
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	95,5	76,0	85,3	68,1	79,1	82,6	77,8	80,4	78,8
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	91,6	77,9	91,2	91,0	91,2	90,1	88,4
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	54,0	49,2	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,3	44,9
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 0,0</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 9,8</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 26,6</b>	<b>- 19,7</b>	<b>- 33,8</b>	<b>- 25,6</b>	<b>- 25,6</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	6,6	.	12,9	9,0	14,5	10,6	10,8
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9	75,3
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4, 5</sup>	%	0,0	55,8	57,2	.	39,6	33,6	47,4	47,2	51,2
<b>Nachrichtlich: Schuldenstand<sup>4</sup></b>										
öffentliche Haushalte <sup>3</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	472,8	536,2	595,9	680,8	766,5	841,1	1 010,4
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4	364,3	385,7

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

<sup>3</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>4</sup> Stand November 2003; 2003 + 2004 = Schätzung.

<sup>5</sup> Für 2003 und 2004: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Ist-Ergebnisse										Soll
<b>I. Gesamtübersicht</b>										
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>232,9</b>	<b>225,9</b>	<b>233,6</b>	<b>246,9</b>	<b>244,4</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>257,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	0,2
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>192,8</b>	<b>193,5</b>	<b>204,7</b>	<b>220,6</b>	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>227,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	4,7
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>- 40,1</b>	<b>- 32,5</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 29,6</b>
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 29,3
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>										
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>27,0</b>	<b>26,8</b>	<b>26,7</b>	<b>27,0</b>	<b>26,5</b>	<b>26,8</b>	<b>27,0</b>	<b>27,2</b>	<b>27,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,7	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,9	0,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	14,3	16,2	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,7	39,9
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>26,0</b>	<b>27,3</b>	<b>28,7</b>	<b>41,1</b>	<b>39,1</b>	<b>37,6</b>	<b>37,1</b>	<b>36,9</b>	<b>37,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	2,3	4,9	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	2,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,2	12,1	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	39,0	40,6	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	55,0	55,0
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>31,2</b>	<b>28,8</b>	<b>29,2</b>	<b>28,6</b>	<b>28,1</b>	<b>27,3</b>	<b>24,1</b>	<b>25,7</b>	<b>24,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 8,3	- 7,6	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 4,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	9,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	36,1	35,2	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	34,5	33,8
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>173,1</b>	<b>169,3</b>	<b>174,6</b>	<b>192,4</b>	<b>198,8</b>	<b>193,8</b>	<b>192,0</b>	<b>191,9</b>	<b>197,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 7,5	- 2,2	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	3,0
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	74,3	74,9	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	76,8
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	89,8	87,5	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	86,8
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	42,3	41,5	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	43,6	44,0
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 40,0</b>	<b>- 32,6</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,1</b>	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,9</b>	<b>- 38,6</b>	<b>- 29,3</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,2	14,4	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	11,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	128,3	113,0	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	118,9
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4, 5</sup>	%	70,4	64,3	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	48,9	42,5
<b>Nachrichtlich: Schuldenstand<sup>4</sup></b>										
öffentliche Haushalte <sup>3</sup>	Mrd.€	1 070,4	1 119,1	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 331 <sup>1/2</sup>	1 395 <sup>1/2</sup>
darunter: Bund	Mrd.€	426,0	459,7	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	750 <sup>1/2</sup>	790

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

<sup>3</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>4</sup> Stand November 2003; 2003 + 2004 = Schätzung.

<sup>5</sup> Für 2003 und 2004: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

## 8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup>

(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	40,0
1993	22,9	41,1	23,2	40,6
1994	22,9	41,5	23,1	40,8
1995	22,5	41,3	23,1	41,2
1996	22,9	42,3	22,3	40,9
1997	22,6	42,3	21,8	40,4
1998 <sup>3</sup>	23,1	42,4	22,1	40,2
1999 <sup>3</sup>	24,2	43,2	22,9	40,8
2000 <sup>3</sup>	24,6	43,2	23,0	40,6
2001 <sup>3</sup>	23,0	41,5	21,5	39,0
2002 <sup>3</sup>	22,6	41,1	20,9	38,4
2003 <sup>4</sup>	22 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	41	20 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	38 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
2004 <sup>4</sup>	22 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	40 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	20 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	38

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2003.

<sup>4</sup> Schätzung; Stand: Finanzplanungsrat November 2003.



## 9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2000	2001	2002	2003 <sup>4</sup>	2004 <sup>4</sup>
	<b>in Mrd. €<sup>1</sup></b>				
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	1 198,1	1 203,9	1 253,2	1 331 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	1 395 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
darunter:					
Bund	715,6	697,3	719,4	760 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	790
Länder	333,2	357,7	384,8	417 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	448
Gemeinden <sup>3</sup>	83,0	82,7	82,7	88	92
Sonderrechnungen des Bundes	58,3	59,1	59,2	58	58 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
	<b>Schulden in % der Gesamtschulden</b>				
Bund	59,7	57,9	57,4	57	56 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Länder	27,8	29,7	30,7	31 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	32
Gemeinden <sup>3</sup>	6,9	6,9	6,6	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	6 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,9	4,7	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	4
	<b>Schulden in % des BIP</b>				
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	59,0	58,1	59,4	62 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	63 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
darunter					
Bund	35,3	33,6	34,1	35 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	36
Länder	16,4	17,2	18,2	19 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	20 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Gemeinden <sup>3</sup>	4,1	4,0	3,9	4	4
Sonderrechnungen des Bundes	2,9	2,8	2,8	2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	2 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
<b>nachrichtlich</b>	60,2	59,5	60,8	64	65
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP					

<sup>1</sup> Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

<sup>2</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

<sup>3</sup> Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

<sup>4</sup> Schätzung.

Stand: Finanzplanungsrat November 2003.

## 10 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	insgesamt	davon		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1971	88,2	47,8	40,4	54,2	45,8
1972	100,7	56,2	44,5	55,8	44,2
1973	114,9	67,0	48,0	58,3	41,7
1974	122,5	73,7	48,8	60,2	39,8
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1976	137,1	82,2	54,8	60,0	40,0
1977	153,1	95,0	58,1	62,0	38,0
1978	163,2	98,1	65,0	60,1	39,9
1979	175,3	102,9	72,4	58,7	41,3
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,3	232,0	47,5	52,5
2004 <sup>2</sup>	443,8	209,9	233,8	47,3	52,7
2005 <sup>2</sup>	453,5	214,5	239,0	47,3	52,7
2006 <sup>2</sup>	473,7	229,5	244,2	48,4	51,6
2007 <sup>2</sup>	493,0	243,7	249,3	49,4	50,6
2008 <sup>2</sup>	511,1	256,6	254,5	50,2	49,8

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:  
Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (vom 01.07.1992 bis 31.12.1994); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997)

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 11. bis 13 Mai 2004  
Stand: Mai 2004

## 11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland <sup>2</sup>	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,3	- 1,2	- 2,8	- 3,5	- 3,9	- 3,6	- 2,8
Belgien <sup>2</sup>	- 9,5	- 10,2	- 6,8	- 4,3	0,2	0,3	0,1	0,2	- 0,5	- 0,7
Dänemark <sup>2</sup>	- 2,4	- 1,4	- 1,0	- 2,3	2,6	2,9	1,7	1,5	1,1	1,5
Griechenland <sup>2</sup>	-	-	- 15,7	- 10,2	- 2,0	- 1,9	- 1,4	- 3,0	- 3,2	- 2,8
Spanien <sup>2</sup>	-	-	-	- 6,6	- 1,0	- 0,4	0,0	0,3	0,4	0,6
Frankreich <sup>2</sup>	0,0	- 3,0	- 2,1	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 3,2	- 4,1	- 3,7	- 3,6
Irland <sup>2</sup>	-	- 10,8	- 2,8	- 2,1	4,4	1,1	- 0,4	0,2	- 0,8	- 1,0
Italien <sup>2</sup>	- 7,1	- 12,7	- 11,8	- 7,6	- 1,8	- 2,6	- 2,3	- 2,4	- 3,2	- 4,0
Luxemburg <sup>2</sup>	-	-	4,8	2,1	6,3	6,3	2,7	- 0,1	- 2,0	- 2,3
Niederlande <sup>2</sup>	- 4,0	- 3,6	- 5,3	- 4,2	1,5	0,0	- 1,9	- 3,2	- 3,5	- 3,3
Österreich <sup>2</sup>	- 1,7	- 2,8	- 2,4	- 5,2	- 1,9	0,2	- 0,2	- 1,1	- 1,1	- 1,9
Portugal <sup>2</sup>	- 7,6	- 9,1	- 6,6	- 5,5	- 3,1	- 4,4	- 2,7	- 2,8	- 3,4	- 3,8
Finnland <sup>2</sup>	3,9	3,5	5,5	- 3,9	7,1	5,2	4,3	2,3	2,0	2,1
Schweden <sup>2</sup>	-	-	-	- 6,9	5,1	2,8	0,0	0,7	0,2	0,7
Vereinigtes Königreich <sup>2</sup>	- 3,2	- 2,9	- 1,6	- 5,8	1,5	0,7	- 1,6	- 3,2	- 2,8	- 2,6
Euro-Zone <sup>2</sup>	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 1,6	- 2,3	- 2,7	- 2,7	- 2,6
EU-15 <sup>2</sup>	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 1,0	- 2,0	- 2,6	- 2,6	- 2,4
Estland	-	-	-	- 0,1	- 0,3	0,3	1,8	2,6	0,7	0,0
Lettland	-	-	7,6	- 2,3	- 2,7	- 1,6	- 2,7	- 1,8	- 2,2	- 2,0
Litauen	-	-	-	- 2,0	- 2,6	- 2,1	- 1,4	- 1,7	- 2,8	- 2,6
Malta	-	-	-	-	- 6,5	- 6,4	- 5,7	- 9,7	- 5,9	- 4,5
Polen	-	-	-	- 2,3	- 1,8	- 3,5	- 3,6	- 4,1	- 6,0	- 4,5
Slowakei	-	-	-	- 0,9	- 12,3	- 6,0	- 5,7	- 3,6	- 4,1	- 3,9
Slowenien	-	-	-	-	- 3,0	- 2,7	- 1,9	- 1,8	- 1,7	- 1,8
Tschechien	-	-	-	- 12,3	- 4,5	- 6,4	- 6,4	- 12,9	- 5,9	- 5,1
Ungarn	-	-	-	-	- 3,0	- 4,4	- 9,3	- 5,9	- 4,9	- 4,3
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 2,4	- 4,6	- 6,3	- 4,6	- 4,1
Die 10 neuen Länder	-	-	-	-	- 3,2	- 4,1	- 4,9	- 5,7	- 5,0	- 4,2
EU-25	-	-	-	-	-	- 1,1	- 2,1	- 2,7	- 2,7	- 2,5
USA <sup>2</sup>	- 2,8	- 5,4	- 4,6	- 3,6	1,3	- 0,5	- 3,7	- 4,8	- 4,5	- 4,2
Japan <sup>2</sup>	-	-	2,1	- 4,7	- 7,5	- 6,1	- 7,9	- 7,7	- 7,4	- 7,2

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

<sup>2</sup> Nach Neuberechnung durch Eurostat, das Statistikbüro der EU-Kommission, haben sich auch für weiter zurückliegende Jahre Veränderungen ergeben. Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2004, März 2004.

Für die Jahre 2000 bis 2004: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2004 (ohne UMTS-Erlöse).

- = keine Angaben

Stand: Juni 2004

## 12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland	31,2	40,7	42,3	57,0	60,2	59,4	60,8	64,2	65,6	66,1
Belgien	78,6	122,3	129,2	134,0	109,1	108,1	105,8	100,5	97,4	94,3
Dänemark	36,5	70,0	57,8	69,3	50,1	47,8	47,2	45,0	42,3	40,0
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	106,2	106,9	104,7	103,0	102,8	101,7
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,9	61,2	57,5	54,6	50,8	48,0	45,1
Frankreich	19,8	30,8	35,1	54,6	57,2	56,8	58,6	63,0	64,6	65,6
Irland	69,8	101,7	94,2	68,4	38,4	36,1	32,3	32,0	32,4	32,6
Italien	58,2	82,3	97,2	124,3	111,2	110,6	108,0	106,2	106,0	106,0
Luxemburg	11,3	11,7	5,4	6,7	5,5	5,5	5,7	4,9	4,5	3,8
Niederlande	45,9	70,3	76,9	77,2	55,9	52,9	52,6	54,8	56,8	58,6
Österreich	36,2	49,2	57,2	69,2	67,0	67,1	66,6	65,0	65,5	65,3
Portugal	32,3	61,5	58,3	64,3	53,3	55,6	58,1	59,4	60,7	62,0
Finnland	11,5	16,2	14,2	57,1	44,6	43,9	42,6	45,3	44,5	44,3
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,7	52,8	54,4	52,6	51,9	51,8	50,5
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	42,1	38,9	38,5	39,9	40,1	40,6
Euro-Zone	34,0	51,6	57,8	73,5	70,4	69,4	69,2	70,4	70,9	70,9
EU-15	38,1	52,2	53,7	70,6	64,1	63,2	62,5	64,0	64,2	64,1
Estland	-	-	-	-	5,0	4,7	5,7	5,8	5,4	5,3
Lettland	-	-	-	-	13,9	16,2	15,5	15,6	16,0	16,1
Litauen	-	-	-	-	24,3	23,4	22,8	21,9	22,8	23,2
Malta	-	-	-	-	57,1	61,8	61,7	72,0	73,9	75,9
Polen	-	-	-	-	36,6	36,7	41,2	45,4	49,1	50,3
Slowakei	-	-	-	-	49,9	48,7	43,3	42,8	45,1	46,1
Slowenien	-	-	-	-	26,7	26,9	27,8	27,1	28,3	28,2
Tschechien	-	-	-	-	18,2	25,2	28,9	37,6	40,6	42,4
Ungarn	-	-	-	-	55,4	53,5	57,1	59,0	58,7	58,0
Zypern	-	-	-	-	61,7	64,4	67,1	72,2	74,6	76,9
Die 10 neuen Länder	-	-	-	-	36,4	38,5	39,4	42,2	44,4	45,2
EU-25	-	-	-	-	62,9	62,1	61,5	63,1	63,4	63,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	59,1	58,9	60,9	63,4	66,1	69,2
Japan	54,9	72,1	68,6	87,0	133,6	142,3	149,4	157,3	161,5	166,1

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft" Nr. 4/2004 (Herausgeber EU-Kommission), März 2004.

Für die Jahre 2000 bis 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2004.

- = keine Angaben

Stand: Juni 2004

## 13 Steuerquote im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002 <sup>2</sup>
Deutschland <sup>3, 4</sup>	22,4	24,3	23,4	22,7	23,1	23,0	21,5	20,9
Deutschland <sup>3</sup>	20,8	22,7	21,8	20,6	23,3	23,0	22,2	21,7
Belgien	24,7	30,2	31,2	28,8	29,9	31,6	31,4	31,6
Dänemark	37,7	43,2	45,7	45,7	47,8	47,2	47,6	47,7
Finnland	28,9	29,1	33,0	35,0	32,7	35,2	33,8	33,7
Frankreich	21,7	23,3	24,8	24,0	25,2	28,9	28,6	27,7
Griechenland	15,7	16,2	18,4	20,5	21,9	26,7	25,5	23,5
Irland	26,4	26,9	29,9	28,5	28,1	27,0	25,6	23,7
Italien	16,2	18,9	22,5	26,1	28,2	30,0	29,9	28,6
Japan	15,5	17,8	18,9	21,3	17,6	17,6	17,0	–
Kanada	27,8	27,7	28,1	31,5	30,6	30,6	29,9	28,4
Luxemburg	19,1	29,1	33,3	29,7	31,1	30,2	29,6	30,5
Niederlande	23,2	27,0	23,8	26,9	24,4	25,1	25,3	25,4
Norwegen	28,9	33,5	34,1	30,6	31,5	30,3	34,4	33,4
Österreich	25,8	27,5	28,6	27,2	26,5	28,5	30,6	29,3
Polen	–	–	–	–	27,6	24,3	23,5	24,2
Portugal	14,7	17,0	19,7	21,3	23,7	25,5	24,5	24,8
Schweden	31,9	32,8	35,3	37,8	35,1	39,5	36,1	35,3
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	20,8	23,6	22,3	23,4
Slowakei	–	–	–	–	–	20,5	17,9	19,2
Spanien	10,2	11,9	16,3	21,4	21,0	22,8	22,6	23,0
Tschechien	–	–	–	–	23,7	21,9	21,3	21,9
Ungarn	–	–	–	–	27,3	27,6	27,5	26,3
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	31,0	30,7	28,7	31,0	31,0	29,8
USA	23,2	21,1	19,5	19,8	20,7	22,8	21,8	–

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

<sup>2</sup> Vorläufig.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

<sup>4</sup> In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2002, Paris 2003.

## 14 Abgabenquote im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002 <sup>2</sup>
Deutschland <sup>3,4</sup>	33,5	39,7	39,2	38,0	41,2	40,6	39,0	38,4
Deutschland <sup>3</sup>	29,8	34,6	34,4	32,9	38,2	37,8	36,8	36,2
Belgien	34,5	42,4	45,6	43,2	44,6	45,7	45,8	46,2
Dänemark	39,2	43,9	47,4	47,1	49,4	49,5	49,8	49,4
Finnland	31,8	36,1	39,9	44,6	45,1	47,3	46,1	45,9
Frankreich	34,1	40,6	43,8	43,0	44,0	45,2	45,0	44,2
Griechenland	22,4	24,2	28,6	29,3	32,4	37,5	36,9	34,8
Irland	28,8	31,4	35,0	33,5	32,8	31,2	29,9	28,0
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	41,2	41,9	42,0	41,1
Japan	20,0	25,1	27,1	30,0	27,6	27,5	27,3	–
Kanada	30,8	30,9	32,5	35,9	35,6	35,6	35,1	33,5
Luxemburg	26,8	40,8	45,1	40,8	42,3	40,4	40,7	42,3
Niederlande	35,8	43,6	42,6	43,0	41,9	41,1	39,5	39,3
Norwegen	34,4	42,5	43,1	41,5	41,1	39,0	43,3	43,1
Österreich	34,6	39,8	41,9	40,4	41,6	43,3	45,4	44,1
Polen	–	–	–	–	39,6	34,4	33,6	34,3
Portugal	19,4	24,1	26,6	29,2	32,5	34,3	33,5	34,0
Schweden	37,5	46,1	47,0	51,9	48,5	54,0	51,4	50,6
Schweiz	22,5	28,9	26,6	26,9	28,5	31,2	30,6	31,3
Slowakei	–	–	–	–	–	34,9	32,2	33,8
Spanien	16,3	23,1	27,8	33,2	32,8	35,2	35,2	35,6
Tschechien	–	–	–	–	40,1	38,9	38,4	39,2
Ungarn	–	–	–	–	42,4	39,0	39,0	37,7
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,7	36,8	34,8	37,2	37,3	35,9
USA	27,7	27,0	26,1	26,7	27,6	29,7	28,9	–

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

<sup>2</sup> Vorläufig.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

<sup>4</sup> In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2002, Paris 2003.

Stand: November 2003.

## 15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1999 bis 2004

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
<b>Ausgabenseite</b>						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,31	83,44	79,99	85,14	97,50	100,12
davon:						
Agrarpolitik	39,78	40,51	41,53	43,52	44,78	46,63
Strukturpolitik	26,66	27,59	22,46	23,5	33,17	30,52
Interne Politiken	4,47	5,37	5,30	6,57	6,20	7,47
Externe Politiken	4,59	3,84	4,23	4,42	4,69	4,76
Verwaltungsausgaben	4,51	4,74	4,86	5,21	5,36	6,03
Reserven	0,30	0,19	0,21	0,17	0,43	0,44
Heranführungsstrategien	0,00	1,20	1,40	1,75	2,86	2,90
Ausgleichszahlungen						1,41
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 0,5	3,9	- 4,1	6,4	14,5	2,7
davon:						
Agrarpolitik	2,5	1,8	2,5	4,8	2,9	4,1
Strukturpolitik	- 6,0	3,5	- 18,6	4,6	41,1	- 8,0
Interne Politiken	- 8,4	20,1	- 1,3	24,0	- 5,6	20,6
Externe Politiken	12,8	- 16,3	10,2	4,5	9,5	1,5
Verwaltungsausgaben	6,9	5,1	2,5	7,2	2,9	12,5
Reserven	11,1	- 36,7	10,5	- 19,0	152,9	2,3
Heranführungsstrategie			16,7	25,0	54,9	0,0
Ausgleichszahlungen						-
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	49,5	48,5	51,9	51,1	45,9	46,6
Strukturpolitik	33,2	33,1	28,1	27,6	34,0	30,5
Interne Politiken	5,6	6,4	6,6	7,7	6,4	7,5
Externe Politiken	5,7	4,6	5,3	5,2	4,8	4,8
Verwaltungsausgaben	5,6	5,7	6,1	6,1	5,5	6,0
Reserven	0,4	0,2	0,3	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	0,0	1,4	1,8	2,1	2,9	2,9
Ausgleichszahlungen						1,4
<b>Einnahmenseite</b>						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	86,90	92,72	94,28	95,43	97,50	100,12
davon:						
Zölle	11,71	13,11	12,83	11,63	10,71	10,15
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,15	2,16	1,82	1,84	1,43	1,22
MwSt-Eigenmittel	31,33	35,19	30,69	22,54	24,12	14,32
BSP/BNE-Eigenmittel	37,51	37,58	34,46	45,85	59,40	74,18
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	2,8	6,7	1,7	1,2	2,2	2,7
davon:						
Zölle	- 3,7	12,0	- 2,1	- 9,4	- 7,9	- 5,2
Agrarzölle und Zuckerabgaben	10,3	0,5	- 15,7	1,1	- 22,3	- 14,7
MwSt-Eigenmittel	- 5,3	12,3	- 12,8	- 26,6	7,0	- 40,6
BSP/BNE-Eigenmittel	7,1	0,2	- 8,3	33,1	29,6	24,9
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,5	14,1	13,6	12,2	11,0	10,1
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,5	2,3	1,9	1,9	1,5	1,2
MwSt-Eigenmittel	36,1	38,0	32,6	23,6	24,7	14,3
BSP/BNE-Eigenmittel	43,2	40,5	36,6	48,0	60,9	74,1

**Bemerkungen:**

1999 bis 2002 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung (2002 vorl.) und ERH-Jahresbericht.

2003 Sollansatz gemäß EU-Haushalt

2004 Sollansatz für die erweiterte Union (nach 1. Lesung Rat).

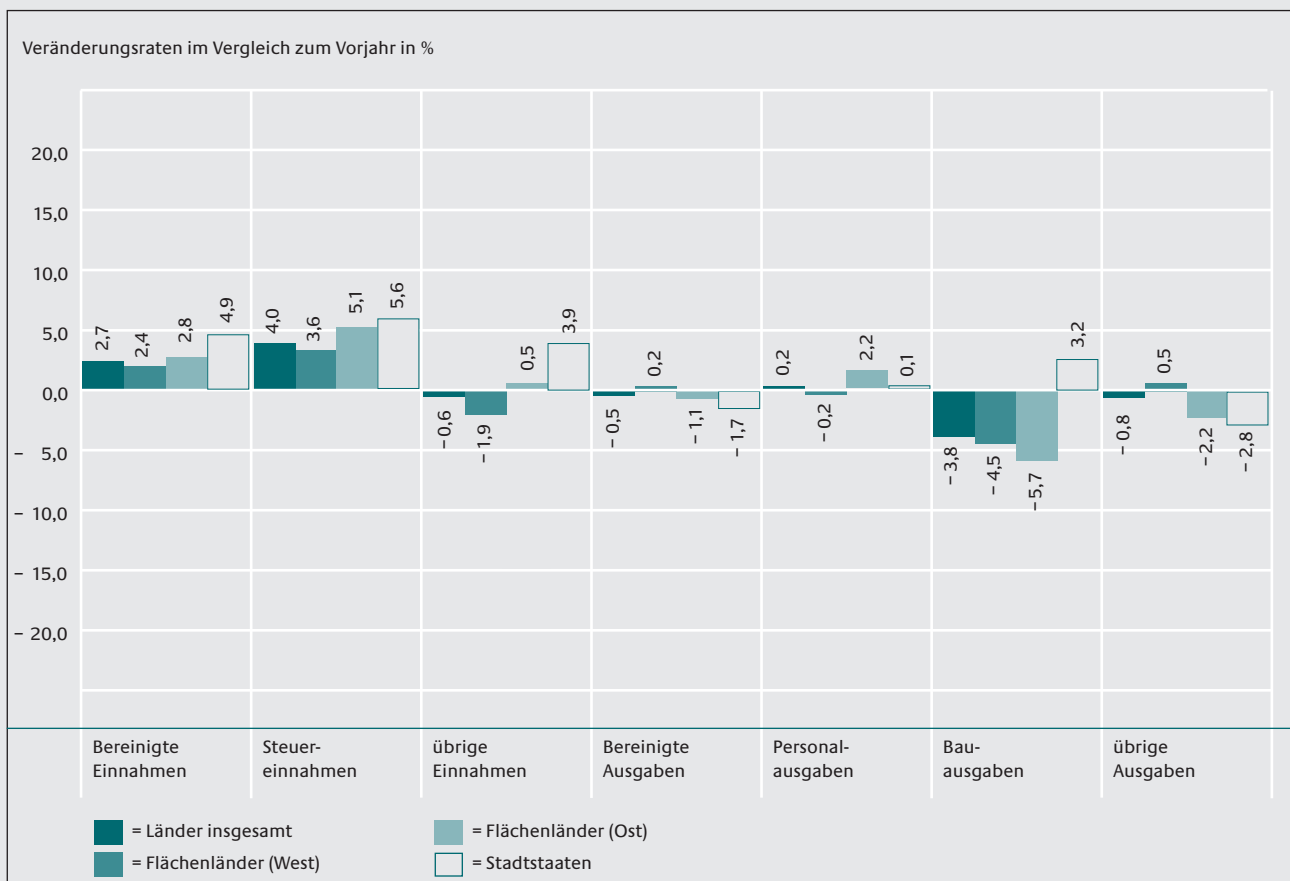
Stand: November 2003.

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2004 im Vergleich zum Jahressoll 2004

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>159 769</b>	<b>76 001</b>	<b>48 682</b>	<b>22 344</b>	<b>28 895</b>	<b>14 336</b>	<b>231 546</b>	<b>109 891</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	124 495	60 107	23 679	11 272	16 966	8 705	165 140	80 084
übrige Einnahmen	35 274	15 894	25 003	11 072	11 929	5 631	66 406	29 807
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>174 863</b>	<b>87 468</b>	<b>52 401</b>	<b>24 239</b>	<b>34 597</b>	<b>17 615</b>	<b>256 061</b>	<b>126 532</b>
darunter:								
Personalausgaben	72 005	36 118	13 791	6 911	11 582	6 085	97 379	49 114
Bauausgaben	2 349	860	1 718	545	858	248	4 926	1 653
übrige Ausgaben	100 508	50 491	36 892	16 783	22 157	11 282	153 756	75 765
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>- 15 088</b>	<b>- 11 467</b>	<b>- 3 719</b>	<b>- 1 896</b>	<b>- 5 687</b>	<b>- 3 279</b>	<b>- 24 494</b>	<b>- 16 641</b>

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juni 2004





### 3 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage des Bundes und der Länder Ende des Monats Juni 2004; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Juni 2003			Mai 2004			Juni 2004		
		Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins- gesamt	Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins- gesamt	Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>	<b>94 583</b>	<b>106 988</b>	<b>195 374</b>	<b>72 711</b>	<b>85 543</b>	<b>152 597</b>	<b>90 259</b>	<b>109 891</b>	<b>193 428</b>
	für das laufende Haushaltsjahr									
111	darunter: Steuereinnahmen	82 388	76 994	159 382	66 415	63 600	130 015	82 861	80 084	162 945
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	95 617 <sup>4</sup>	41 398	137 015	93 366 <sup>4</sup>	36 883	130 248	108 493 <sup>4</sup>	43 487	151 980
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>	<b>131 644</b>	<b>127 104</b>	<b>252 551</b>	<b>111 876</b>	<b>103 232</b>	<b>209 451</b>	<b>131 014</b>	<b>126 532</b>	<b>250 824</b>
	für das laufende Haushaltsjahr									
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	13 477	49 036	62 513	11 233	41 266	52 499	13 338	49 114	62 451
122	Bausausgaben	1 869	1 719	3 587	1 366	1 274	2 639	1 786	1 653	3 439
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-166	-166	-	-433	-433	-	-229	-229
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	88 449	24 047	112 495	68 155	23 550	91 705	88 440	26 860	115 300
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)</b>									
	<b>(Finanzierungssaldo)</b>	<b>-37 061</b>	<b>-20 116</b>	<b>-57 177</b>	<b>-39 165</b>	<b>-17 689</b>	<b>-56 854</b>	<b>-40 755</b>	<b>-16 641</b>	<b>-57 396</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	167	167	-	177	177
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	69	69	-	72	72
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	98	98	-	105	105
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	9 558	17 335	26 893	25 449	12 097	37 546	20 346	14 901	35 247
<b>2</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)</b>									
<b>21</b>	<b>des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>	-	-648	-648	-	-2 039	-2 039	-	-2 038	-2 038
<b>22</b>	<b>der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)</b>	-	-1 134	-1 134	-	-1 406	-1 406	-	-1 243	-1 243
<b>3</b>	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>									
31	Verwahrungen	15 415	6 937	22 352	12 074	7 012	19 086	15 697	6 982	22 679
32	Vorschüsse	-	12 545	12 545	-	10 079	10 079	-	11 587	11 587
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	6 283	6 283	-	4 308	4 308	-	3 838	3 838
34	Saldo (31-32+33)	15 415	674	16 090	12 074	1 241	13 315	15 697	-767	14 930
<b>4</b>	<b>Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)</b>	<b>-12 088</b>	<b>-3 889</b>	<b>-15 976</b>	<b>-1 642</b>	<b>-7 698</b>	<b>-9 340</b>	<b>-4 712</b>	<b>-5 683</b>	<b>-10 395</b>
<b>5</b>	<b>Schwebende Schulden</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	12 088	2 875	14 963	1 642	6 871	8 513	4 712	4 364	9 076
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	305	305	-	405	405	-	188	188
56	Zusammen	12 088	3 180	15 268	1 642	7 276	8 918	4 712	4 552	9 264
<b>6</b>	<b>Kassenbestand insgesamt (4+56)</b>	<b>0</b>	<b>-709</b>	<b>-709</b>	<b>0</b>	<b>-422</b>	<b>-422</b>	<b>0</b>	<b>-1 131</b>	<b>-1 131</b>
<b>7</b>	<b>Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)</b>									
71	Innerer Kassenkredit <sup>5</sup>	-	1 468	1 468	-	1 373	1 373	-	820	820
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	1 185	1 185	-	871	871	-	1 187	1 187

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung  
<sup>3</sup> Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

<sup>4</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

<sup>5</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Juli 2004

## 4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats Juni 2004; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland <sup>6</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>13 922,1</b>	<b>16 053,3<sup>9</sup></b>	<b>4 207,4</b>	<b>8 087,9</b>	<b>3 039,6</b>	<b>9 007,3</b>	<b>19 767,8</b>	<b>5 034,6</b>	<b>1 297,2</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	10 615,9	12 873,6	2 179,9	6 865,0	1 482,1	6 701,5	16 306,7	3 631,7	824,0
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	263,4	–	217,7	140,8	–	79,5	54,9
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	3 661,0	1 799,4 <sup>7</sup>	1 634,4	1 250,0	475,3	3 764,4	8 724,0	4.067,3	829,5
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>14 384,2</b>	<b>16 805,3<sup>9</sup></b>	<b>4 389,2</b>	<b>8 882,2</b>	<b>3 183,5</b>	<b>10 708,4</b>	<b>25 293,4</b>	<b>6 193,2</b>	<b>1 590,5</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	5 813,3	7 710,9	1 186,6	3 471,9	893,2	4 337,9 <sup>3</sup>	9 740,4 <sup>3</sup>	2 621,0	681,7
122	Bauausgaben	149,9	298,5	107,2	160,9	77,4	70,1	59,2 <sup>4</sup>	25,2	30,1
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	766,6	1 007,6	–	1 132,5	–	–	–8,0	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 123,8	919,0 <sup>8</sup>	839,7	1 689,8	373,2	2 867,5	6 456,3	2 960,3	400,4
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 462,1</b>	<b>– 752,0<sup>9</sup></b>	<b>– 181,8</b>	<b>– 794,3</b>	<b>– 143,9</b>	<b>– 1 701,1</b>	<b>– 5 525,5</b>	<b>– 1 158,7</b>	<b>– 293,3</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	2 544,1	920,2	893,0	– 435,2	102,0	475,9	2 266,9	1 035,6	431,6
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	– 274,5	–	–	– 44,6	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 801,6	– 125,7	0,3	– 163,3	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 633,8	1 656,9	– 408,0	429,8	119,5	140,4	1 425,3	1 100,4	118,3
32	Vorschüsse	3 780,0	2 699,7	0,3	34,6	0,1	727,9	187,5	978,3	16,9
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	176,3	1 676,2	–	172,1	50,5	737,7	324,2	1,5	9,2
34	Saldo (31–32+33)	– 1 969,9	633,4	– 408,3	567,4	169,9	150,2	1 562,0	123,6	110,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 162,4	0,0	177,2	– 706,4	– 35,3	– 1 075,0	– 1 696,6	0,5	248,9
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	833,5	422,0	7,0	821,0	1 532,0	–	– 248,9
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	188,0	–	–	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	833,5	610,0	7,0	821,0	1 532,0	–	– 248,9
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>5</sup>	– 162,4	0,0	1 010,7	– 96,4	– 28,3	– 254,0	– 164,6	0,5	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>10</sup>	–	–	–	–	–	561,5	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	737,7	321,7	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung

<sup>3</sup> Ohne Juli-Bezüge.

<sup>4</sup> Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden.

<sup>5</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

<sup>6</sup> Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

<sup>7</sup> Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €.

<sup>8</sup> Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 0,0 Mio. €.

<sup>9</sup> Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 16 030,9 Mio. €, die Ausgaben 16 696,7 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 665,8 Mio. €.

<sup>10</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Juli 2004

## 4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats Juni 2004; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen <sup>6</sup>	Hamburg	Länder zusammen <sup>6</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>7 107,5</b>	<b>4 179,5</b>	<b>3 168,2</b>	<b>3 809,7</b>	<b>8 294,9</b>	<b>1 667,2</b>	<b>4 573,3</b>	<b>109 890,7</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	3 491,8	2 168,1	2 288,4	1 950,0	4 024,7	915,7	3 765,0	80 084,1
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	486,5	263,2	62,0	272,4	1 288,5	197,9	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	683,3	3 135,6	2 203,5	1 508,8	7 962,3	777,4	1 010,9	43 487,1
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>7 271,1</b>	<b>4 728,2</b>	<b>3 947,9</b>	<b>4 667,4</b>	<b>10 360,0</b>	<b>2 134,1</b>	<b>5 319,8</b>	<b>126 531,6</b>
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	2 123,4	1 496,5	1 740,4	1 211,5	3 647,4	647,8	1 789,6	49 113,5
122	Bauausgaben	209,6	55,1	65,7	95,8	39,3	52,7	156,3	1 653,0
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	199,3	–228,8
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	925,6	1 284,1	1 559,5	751,1	4 336,2	373,1	0,0	26 859,6
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 163,6</b>	<b>– 548,7</b>	<b>– 779,7</b>	<b>– 857,7</b>	<b>– 2 065,1</b>	<b>– 466,9</b>	<b>– 746,5</b>	<b>– 16 640,9</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	176,6	–	176,6
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	71,9	–	71,9
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	104,7	–	104,7
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	– 247,2	1 845,3	656,7	757,7	2 234,8	403,8	1 015,8	14 901,0
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	– 312,5	–	32,4	– 1 438,6	– 2 037,8
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	– 152,6	–	–	–	– 1 242,9
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	441,0	154,4	–	206,8	– 308,9	154,2	117,6	6 981,5
32	Vorschüsse	421,1	1 522,0	–	39,6	–	– 38,5	1 217,2	11 586,7
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	284,3	71,6	–	3,4	105,7	– 33,1	258,4	3 838,0
34	Saldo (31–32+33)	304,2	– 1 296,0	–	170,6	– 203,2	159,7	– 841,2	– 767,0
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 106,6	0,6	– 123,0	– 394,5	– 33,5	233,5	– 2 010,5	– 5 683,1
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	381,6	52,3	– 210,4	774,0	4 364,1
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	188,0
56	Zusammen	–	–	–	381,6	52,3	– 210,4	774,0	4 552,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>5</sup>	– 106,6	0,6	– 123,0	– 12,9	18,8	23,0	– 1 236,5	– 1 131,1
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>10</sup>	–	–	–	–	–	–	258,4	819,9
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	1,0	105,7	– 98,3	119,1	1 186,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung

<sup>3</sup> Ohne Juli-Bezüge.

<sup>4</sup> Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden.

<sup>5</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

<sup>6</sup> Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

<sup>7</sup> Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €.

<sup>8</sup> Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 0,0 Mio. €.

<sup>9</sup> Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 16 030,9 Mio. €, die Ausgaben 16 696,7 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 665,8 Mio. €.

<sup>10</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Juli 2004

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbs- quote <sup>2</sup>	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.	in %	Mio.	in %	gesamt Veränderung in % p. a.	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	Investitions- quote <sup>4</sup> in %
1991	38,5	.	50,8	2,1	5,2	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,1	2,5	6,2	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	49,7	3,0	7,5	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	49,7	3,2	8,0	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	49,5	3,1	7,7	1,7	1,5	2,5	22,4
1996	37,3	- 0,3	49,6	3,4	8,4	0,8	1,1	2,3	21,8
1997	37,2	- 0,2	49,9	3,8	9,3	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	50,2	3,6	8,7	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,2	50,4	3,3	8,1	2,0	0,8	1,5	21,6
2000	38,7	1,8	50,8	3,1	7,3	2,9	1,1	2,2	21,7
2001	38,9	0,4	51,0	3,1	7,4	0,8	0,4	1,4	20,3
2002	38,7	- 0,6	51,0	3,4	8,2	0,2	0,8	1,3	18,6
2003 <sup>5</sup>	38,2	- 1,1	50,9	3,8	9,2	- 0,1	1,0	0,8	17,8
1998/1993	37,4	0,1	49,8	3,4	8,2	1,6	1,5	2,1	22,2
2003/1998	38,4	0,3	50,7	3,4	8,1	1,2	0,8	1,4	20,2

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

<sup>2</sup> Erwerbstätige im Inland + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

<sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

<sup>5</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

## 2 Preisentwicklung<sup>1</sup>

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)	Preisindex für die Lebens- haltung <sup>2,3</sup>	Lohnstück- kosten <sup>4</sup>
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	7,4	5,0	2,2	4,5	4,4	5,1	6,4
1993	2,5	3,7	1,7	3,2	3,8	4,4	3,8
1994	4,9	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5
1995	3,8	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1
1996	1,8	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2
1997	2,1	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7
1998	3,1	1,1	2,3	0,5	1,1	0,9	0,2
1999	2,6	0,5	0,2	0,4	0,2	0,6	0,4
2000	2,6	- 0,3	- 4,4	1,2	1,5	1,5	1,0
2001	2,2	1,3	0,1	1,3	1,5	2,0	1,3
2002	1,8	1,6	1,9	1,0	1,3	1,4	0,7
2003 <sup>5</sup>	0,9	1,0	1,3	0,6	0,9	1,1	0,6
1998/1993	3,1	1,5	0,3	1,4	1,8	1,7	0,4
2003/1998	2,0	0,8	- 0,2	0,9	1,1	1,3	0,8

<sup>1</sup> Preisbasis 1995.

<sup>2</sup> Preisbasis 2000.

<sup>3</sup> Alle privaten Haushalte.

<sup>4</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

<sup>5</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €		Anteile am BIP in %		
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,2	6,9	28,84	- 4,50	29,0	27,5	1,5	- 0,2
1999	4,7	7,3	16,02	- 16,68	29,6	28,8	0,8	- 0,8
2000	17,0	19,0	7,52	- 7,88	33,8	33,4	0,4	- 0,4
2001	6,6	1,7	41,24	11,95	35,3	33,3	2,0	0,6
2002	3,6	- 3,4	90,67	65,22	35,9	31,6	4,3	3,1
2003 <sup>2</sup>	1,0	1,4	89,21	52,97	36,0	31,8	4,2	2,5
1998/1993	8,3	7,3	15,6	- 10,5	25,5	24,7	0,8	- 0,6
2003/1998	6,4	4,9	45,6	16,8	33,3	31,1	2,2	0,8

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

<sup>2</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>	Veränderung in % p. a.	
				in %			
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,8
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	- 3,1
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1
1999	1,8	- 0,3	2,6	72,0	72,9	1,5	1,6
2000	2,7	- 0,3	3,9	72,9	73,7	1,6	0,8
2001	2,2	2,8	2,0	72,7	73,7	1,9	1,7
2002	1,9	4,8	0,8	71,9	73,0	1,5	- 0,4
2003 <sup>4</sup>	0,1	- 0,3	0,2	72,0	73,3	1,3	- 0,5
1998/1993	2,8	5,3	1,9	73,0	73,8	1,6	- 1,6
2003/1998	1,7	1,3	1,9	72,2	73,2	1,5	0,6

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

<sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

<sup>4</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

## 5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland	2,2	5,7	1,7	2,9	0,8	0,2	-0,1	1,5	1,8
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,8	0,6	0,7	1,1	2,0	2,5
Dänemark	3,6	1,0	2,8	2,8	1,6	1,0	0,0	2,1	2,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,4	4,0	3,9	4,2	4,0	3,3
Spanien	2,3	3,8	2,8	4,2	2,8	2,0	2,4	2,8	3,3
Frankreich	1,5	2,6	1,7	3,8	2,1	1,2	0,2	1,7	2,4
Irland	3,1	7,6	9,9	10,1	6,2	6,9	1,2	3,7	4,6
Italien	3,0	2,0	2,9	3,0	1,8	0,4	0,3	1,2	2,1
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	9,1	1,2	1,3	1,8	2,4	3,1
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	1,2	0,2	-0,8	1,0	1,6
Österreich	2,4	4,7	1,6	3,4	0,8	1,4	0,7	1,8	2,5
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,4	1,7	0,4	-1,3	0,8	2,2
Finnland	3,4	-0,3	3,4	5,1	1,1	2,3	1,9	2,6	2,7
Schweden	2,2	1,0	4,1	4,3	0,9	2,1	1,6	2,3	2,6
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	2,8	3,8	2,1	1,6	2,2	3,0	2,8
Euro-Zone	2,2	3,6	2,2	3,5	1,6	0,9	0,4	1,7	2,3
EU-15	2,5	3,0	2,4	3,6	1,7	1,1	0,8	2,0	2,4
Estland	-	-	4,3	7,3	6,5	6,0	4,8	5,4	5,9
Lettland	-	-	-1,6	6,8	7,9	6,1	7,5	6,2	6,2
Litauen	-	-	6,2	4,0	6,5	6,8	8,9	6,9	6,6
Malta	-	-	6,2	6,4	-1,2	1,7	0,4	1,4	2,0
Polen	-	-	7,0	4,0	1,0	1,4	3,7	4,6	4,8
Slowakei	-	-	5,8	2,0	3,8	4,4	4,2	4,0	4,1
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,9	2,9	2,3	3,2	3,6
Tschechien	-	-	5,9	3,3	3,1	2,0	2,9	2,9	3,4
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,8	3,5	2,9	3,2	3,4
Zypern	-	-	6,5	5,0	4,0	2,0	2,0	3,4	4,1
Die 10 neuen Länder	-	-	5,4	4,1	2,5	2,4	3,6	4,0	4,2
EU-25	-	-	2,5	3,6	1,7	1,1	0,9	2,1	2,5
Japan	5,1	5,2	1,9	2,8	0,4	-0,4	2,7	3,4	2,3
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	0,5	2,2	3,1	4,2	3,2

Quellen: Für die Jahre 1985– 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2004 (Herausgeber EU-Kommission)

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2004

- = keine Angaben

Stand: Juni 2004

## 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland	1,8	2,7	1,9	1,4	1,9	1,3	1,0	1,3	1,1
Belgien	5,0	2,7	1,5	2,7	2,4	1,6	1,5	1,5	1,6
Dänemark	4,5	2,9	1,9	2,7	2,3	2,4	2,0	1,5	1,8
Griechenland	19,6	19,8	9,0	2,9	3,7	3,9	3,4	3,4	3,5
Spanien	8,1	6,6	4,8	3,5	2,8	3,6	3,1	2,4	2,3
Frankreich	5,8	3,0	2,0	1,8	1,8	1,9	2,2	1,9	1,5
Irland	5,1	2,1	2,8	5,3	4,0	4,7	4,0	2,1	2,3
Italien	9,1	6,4	6,0	2,6	2,3	2,6	2,8	2,2	1,9
Luxemburg	4,3	3,6	2,0	3,8	2,4	2,1	2,5	2,0	1,7
Niederlande	1,4	2,1	1,4	2,3	5,1	3,9	2,2	1,4	0,7
Österreich	3,5	3,3	2,0	2,0	2,3	1,7	1,3	1,4	1,3
Portugal	19,4	11,6	4,3	2,8	4,4	3,7	3,3	2,0	2,2
Finnland	5,7	6,0	0,8	3,0	2,7	2,0	1,3	0,4	1,5
Schweden	6,9	9,7	2,8	1,3	2,7	2,0	2,3	1,2	1,6
Vereinigtes Königreich	5,2	7,5	3,4	0,8	1,2	1,3	1,4	1,6	1,9
Euro-Zone	5,6	4,4	3,0	2,1	2,4	2,3	2,1	1,8	1,6
EU-15	5,5	5,1	3,0	1,9	2,2	2,1	2,0	1,8	1,7
Estland	–	–	27,1	3,9	5,6	3,6	1,4	2,8	2,9
Lettland	–	–	–	2,6	2,5	2,0	2,9	4,0	3,5
Litauen	–	–	–	0,9	1,3	0,4	– 1,1	1,0	2,2
Malta	–	–	–	–	–	–	1,3	1,8	1,9
Polen	–	–	27,2	10,1	5,3	1,9	0,7	2,3	3,0
Slowakei	–	–	9,2	12,2	7,2	3,5	8,5	8,2	4,5
Slowenien	–	–	21,7	8,9	8,6	7,5	5,7	3,6	3,2
Tschechien	–	–	9,2	3,9	4,5	1,4	– 0,1	2,8	2,8
Ungarn	–	–	27,7	10,0	9,1	5,2	4,7	6,9	4,6
Zypern	–	–	2,3	4,9	2,0	2,8	4,0	2,2	2,1
Die 10 neuen Länder	–	–	–	8,5	5,7	2,7	2,1	3,8	3,3
EU-25	–	–	–	2,2	2,4	2,1	2,0	1,8	1,8
Japan	1,8	2,8	– 0,3	– 0,7	– 0,6	– 0,9	– 0,3	0,0	0,2
USA	3,3	4,6	2,1	3,4	2,8	1,6	2,3	1,4	1,2

Quellen: Für die Jahre 1985– 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2004 (Herausgeber EU-Kommission)

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2004

– = keine Angaben

Stand: Juni 2004

## 7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,8	7,8	8,6	9,3	9,1	8,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	6,7	7,3	8,1	8,3	7,9
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,4	4,3	4,6	5,6	5,8	5,3
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,0	10,4	10,0	9,3	8,4	8,0
Spanien	17,7	13,1	18,8	11,3	10,6	11,3	11,3	10,9	10,5
Frankreich	9,8	8,6	11,3	9,3	8,5	8,8	9,4	9,6	9,4
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	3,9	4,3	4,6	5,0	4,9
Italien	8,2	8,9	11,5	10,4	9,4	9,0	8,7	8,6	8,5
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,1	2,8	3,7	4,7	5,0
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,9	2,5	2,7	3,8	5,3	6,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,7	3,6	4,3	4,4	4,5	4,3
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,1	4,1	5,1	6,4	6,8	6,7
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,0	8,9	8,6
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	4,9	5,6	6,1	5,8
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,0	5,1	5,0	5,0	5,0
Euro-Zone	9,4	7,6	10,6	8,5	8,0	8,4	8,8	8,8	8,6
EU-15	9,4	7,3	10,1	7,8	7,4	7,7	8,0	8,1	7,9
Estland	–	0,6	9,7	12,5	11,8	10,5	10,0	9,7	9,6
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,9	12,6	10,5	10,3	10,1
Litauen	–	–	11,3	15,7	16,1	13,6	12,7	11,5	10,7
Malta	–	5,3	5,6	7,0	6,7	7,5	8,2	8,6	8,1
Polen	–	–	13,4	16,4	18,5	19,8	19,8	19,6	19,3
Slowakei	–	–	13,3	18,7	19,4	18,7	17,1	16,5	15,9
Slowenien	–	–	7,0	6,6	5,8	6,1	6,5	6,4	6,2
Tschechien	–	–	4,0	8,7	8,0	7,3	7,8	8,2	8,2
Ungarn	–	–	10,0	6,3	5,6	5,6	5,8	5,7	5,6
Zypern	–	–	3,4	5,2	4,4	3,9	4,4	4,1	4,0
Die 10 neuen Länder	–	–	11,1	13,6	14,5	14,8	14,3	14,1	13,8
EU-25	–	–	10,6	7,9	7,5	7,9	9,0	9,0	8,8
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,0	5,4	5,1	4,8	4,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	4,8	5,8	6,0	5,6	5,6

Quellen: Für die Jahre 1985– 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2004 (Herausgeber: EU-Kommission)

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2004

– = keine Angaben

Stand: Juni 2004



## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	2002	2003	2004 <sup>1</sup>	2005 <sup>1</sup>	2002	2003	2004 <sup>1</sup>	2005 <sup>1</sup>	2002	2003	2004 <sup>1</sup>	2005 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft der unabhängigen Staaten</b>	<b>5,1</b>	<b>7,6</b>	<b>6,0</b>	<b>5,2</b>	<b>13,8</b>	<b>12,1</b>	<b>10,3</b>	<b>8,8</b>	<b>6,9</b>	<b>7,0</b>	<b>6,1</b>	<b>3,8</b>
darunter												
Russische Föderation	4,7	7,3	6,0	5,3	15,8	13,7	11,2	9,9	8,9	8,9	7,9	5,1
Ukraine	5,2	9,3	6,0	4,0	0,8	5,2	6,9	4,6	7,5	6,0	3,6	2,6
<b>Asien</b>	<b>6,2</b>	<b>7,2</b>	<b>7,2</b>	<b>6,8</b>	<b>1,9</b>	<b>2,5</b>	<b>3,8</b>	<b>3,4</b>	<b>3,8</b>	<b>3,8</b>	<b>3,2</b>	<b>2,7</b>
darunter												
China	8,0	9,1	8,5	8,0	- 0,8	1,2	3,5	3,0	2,8	2,1	1,6	1,9
Indien	4,7	7,4	6,8	6,0	4,3	3,8	4,3	3,5	1,0	0,5	0,2	0,3
Indonesien	3,7	4,1	4,8	5,0	11,9	6,6	5,0	4,5	4,5	3,9	2,9	2,2
Korea	7,0	3,1	5,5	5,3	2,8	3,5	3,7	3,4	1,0	2,0	1,5	0,9
Thailand	5,4	6,7	7,0	6,7	0,6	1,8	2,2	1,3	5,5	5,6	4,4	2,3
Türkei <sup>2</sup>	7,9	5,8	5,0	5,0	45,0	25,3	12,0	10,6	- 0,8	- 2,9	- 3,0	- 2,4
<b>Lateinamerika</b>	<b>- 0,1</b>	<b>1,7</b>	<b>3,9</b>	<b>3,7</b>	<b>8,9</b>	<b>10,6</b>	<b>6,2</b>	<b>5,6</b>	<b>- 0,9</b>	<b>0,2</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 1,0</b>
darunter												
Argentinien	- 10,9	8,7	5,5	4,0	25,9	13,4	6,7	9,5	10,5	5,7	4,6	1,6
Brasilien	1,9	- 0,2	3,5	3,5	8,4	14,8	5,9	4,7	- 1,7	0,8	- 0,4	- 0,9
Chile	2,2	3,3	4,6	5,5	2,5	2,8	1,3	2,9	- 1,3	- 0,8	- 0,2	- 0,6
Mexiko	0,7	1,3	3,3	3,3	5,0	4,5	4,3	3,2	- 2,2	- 1,5	- 2,0	- 2,2
Venezuela	- 8,9	- 9,2	8,8	1,1	22,4	31,1	29,3	35,0	7,9	11,3	9,3	6,4

<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

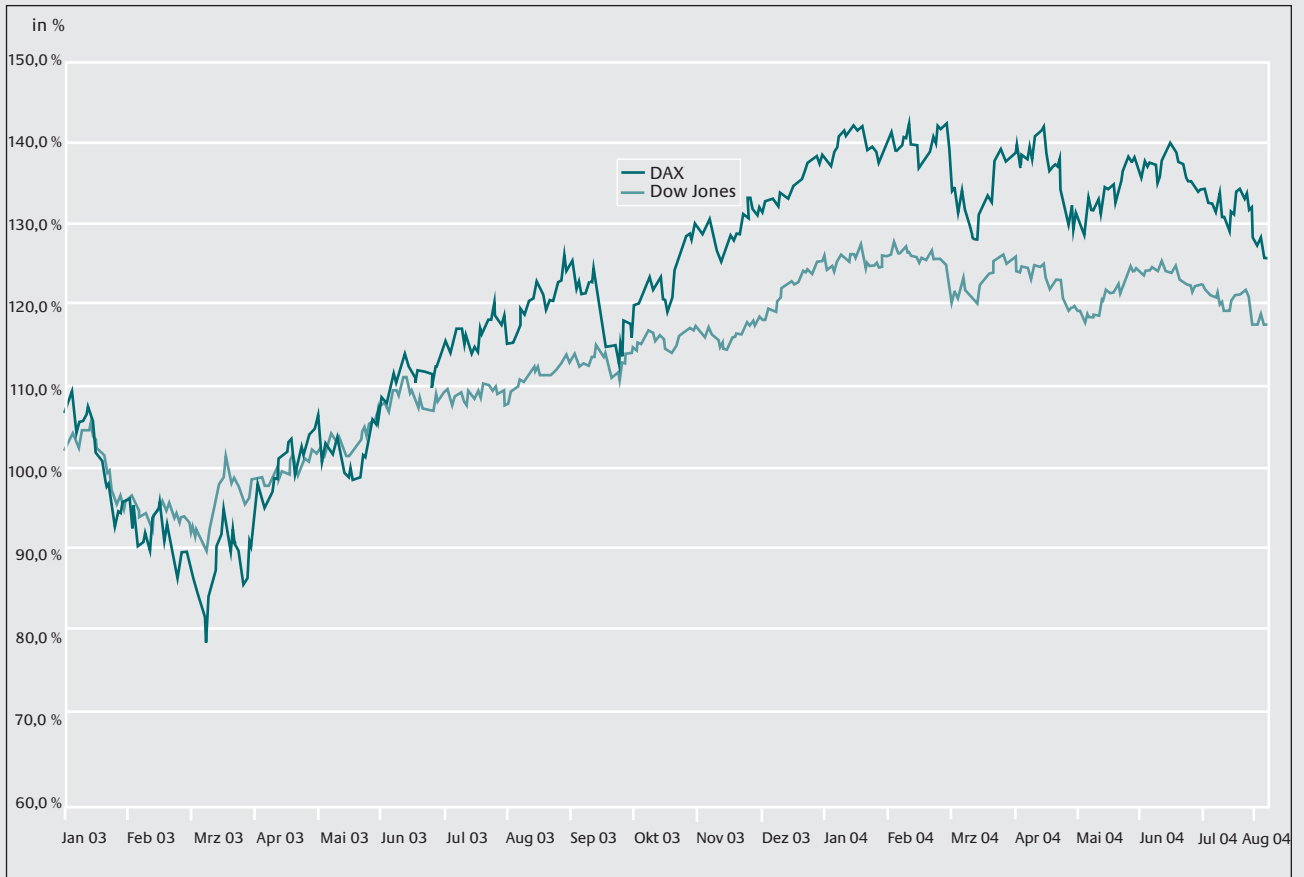
<sup>2</sup> Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Stand: April 2004

## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2. Januar 2003 = 100 %

(2. Januar 2003 bis 13. August 2004)



## 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

### Aktienindices

	Stand 13.08.2004	Anfang 2004	Änderung in % zu Anfang 2004	Tief 2002/2003	Hoch 2000
Dow Jones	9 825,35	10 410	- 5,61	7 197	11 750
Eurostoxx 50	2 547,84	2 687	- 5,19	1 904	5 220
Dax	3 646,99	4 019	- 9,24	2 189	8 136
CAC 40	3 470,33	3 597	- 3,52	2 401	6 945
Nikkei	10 757,20	10 825	- 0,63	7 604	20 434

### Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 16.08.2004	Anfang 2004	Spread zu US-Bond in %	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
USA	4,23	4,3741	-	3,57	5,43
Bund	4,04	4,329	- 0,19	3,79	5,26
Japan	1,55	1,40	- 2,68	0,63	1,67
Brasilien	10,00	8,218	5,78	8,46	30,78

### Währungen

	Aktuell 16.08.2004	Anfang 2004	Änderung in % zu Anfang 2004 <sup>1</sup>	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
Dollar/Euro	1,23	1,26	- 1,86	0,86	1,26
Yen/Dollar	110,82	107,03	3,54	107,31	134,37
Yen/Euro	134,94	134,68	0,19	112,12	140,57
Pfund/Euro	0,66	0,70	- 5,36	0,61	0,72

<sup>1</sup> Abweichungen durch Rundung möglich







**Herausgeber:**

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Information und Publikation  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

**Redaktion:**

Bundesministerium der Finanzen  
Arbeitsgruppe Monatsbericht  
[Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de)  
Berlin, August 2004

**Gestaltung:**

trafodesign, Düsseldorf

**Satz:**

Heimbüchel PR, Kommunikation und Publizistik GmbH,  
Berlin/Köln

**Druck:**

DMP - Digitaldruck GmbH, Berlin

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen:

telefonisch 0180 / 522 1996 (0,12 €/Min.)

per Telefax 0180 / 522 1997 (0,12 €/Min.)

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.